



56. Sitzung

Mittwoch, 10. Mai 2006

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	2871 A	Uwe Grund SPD	2880 B
Abwicklung der Tagesordnung	2871 A	Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU	2880 C
		Dr. Till Steffen GAL	2881 B
Aktuelle Stunde	2871 A	Christian Maaß GAL	2882 C
		Bernd Reinert CDU	2883 B
Fraktion der CDU:			
Flüssiger Verkehr durch innovative Verkehrspolitik		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Klaus-Peter Hesse CDU	2871 A	Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts	
Karin Timmermann SPD	2872 B	– Drs 18/3838 –	2883 D
Jörg Lüthmann GAL	2873 A	Ergebnis	2884 A
Dr. Michael Freytag, Senator	2873 D		
Jörg Hamann CDU	2874 C	Bericht des Wirtschaftsausschusses:	
Fraktion der SPD:			
Veränderung des Wahlrechts: Ein weiterer Schlag gegen das Volk!		Wirtschaftskriminalität – Ignoriert der Senat Gefahren für den Wirtschaftsstandort Hamburg? Schutz vor EC-Karten-Betrug – Einführung von KUNO in Hamburg	
mit		– Drs 18/4139 –	2884 C
Fraktion der GAL:			
Selbstbedienung beim Wahlrecht: Wie die CDU ihre absolute Mehrheit missbraucht		dazu	
Barbara Duden SPD	2875 B	Antrag der Fraktion der SPD:	
Kai Voet van Vormizeele CDU	2876 B	Wirtschaftskriminalität und Korruption konsequent bekämpfen!	
Farid Müller GAL	2877 B	– Drs 18/4262 –	2884 C
Dr. Andreas Dressel SPD	2878 A, 2882 A	Dr. Andreas Dressel SPD	2884 C
Dr. Manfred Jäger CDU	2878 D	Dittmar Lemke CDU	2886 A
Christa Goetsch GAL	2879 C	Jens Kerstan GAL	2887 C
		Udo Nagel, Senator	2889 B
		Ingo Egloff SPD	2890 D
		Beschlüsse	2891 C

Bericht des Haushaltsausschusses:

**Haushaltsplan 2005/2006
Familienfreundliches Quartier
in Altona-Altstadt
Berichterstattung zum Gesamtkonzept
sowie Nachforderung von Kassenmitteln
und Verpflichtungsermächtigungen**

– Drs 18/4228 – 2891 D

Hans-Detlef Roock CDU 2891 D, 2895 A

Britta Ernst SPD 2892 C

Claudius Lieven GAL 2893 C

Beschlüsse 2895 C

Dr. Martin Schäfer SPD 2908 A

Gunnar Uldall, Senator 2909 B

Ingo Egloff SPD 2912 B

Farid Müller GAL 2913 D

Beschlüsse 2914 D

Antrag der Fraktion der CDU:

**Investitionsfonds des Sonder-
investitionsprogramms Hamburg 2010
Neugestaltung der Freifläche
an der Außenalster**

– Drs 18/4184 – 2915 A

Senatsmitteilung:

dazu

**Metropolregion = Bildungsregion:
Engere Zusammenarbeit in der
norddeutschen Bildungspolitik**

– Drs 18/4116 – 2895 D

Robert Heinemann CDU 2895 D

Gerhard Lein SPD 2896 C

Christa Goetsch GAL 2897 B

Beschluss 2898 A

Antrag der Fraktion der GAL:

**Baden in der Alster: Leben und
Entspannen mitten in der Großstadt!**

– Drs 18/4277 – 2915 A

Beschlüsse 2915 A

Antrag der Fraktion der CDU:

**Verbesserung der Ertragslage
und der Qualität im Taxengewerbe**

– Drs 18/4073 – 2898 A

Klaus-Peter Hesse CDU 2898 A, 2901 A

Karin Timmermann SPD 2899 A, 2901 D

Jörg Lühmann GAL 2900 A, 2901 C

Beschlüsse 2902 A

Antrag der Fraktion der SPD:

**Geschichtswerkstätten sichern –
lebendige Bürgerkultur fördern!**

– Drs 18/4187 – 2902 B

Luisa Fiedler SPD 2902 B

Dietrich Rusche CDU 2903 B

Dr. Willfried Maier GAL 2904 A

Beschlüsse 2904 D

Große Anfrage der Fraktion der GAL:

**Die kreative Stadt – Hamburg ist
mehr als Handel und Hafen**

– Drs 18/4027 – 2904 D

Dr. Willfried Maier GAL 2904 D, 2911 A

Andreas Wankum CDU 2906 D, 2912 B

A **Beginn: 15.02 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Flüssiger Verkehr durch innovative Verkehrspolitik von der SPD-Fraktion

Veränderung des Wahlrechts: Ein weiterer Schlag gegen das Volk!

und von der GAL-Fraktion

Selbstbedienung beim Wahlrecht: Wie die CDU ihre absolute Mehrheit missbraucht

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und das dritte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Ich rufe das erste Thema auf. Das Wort hat der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zeit ist ein knappes Gut, auch für mich. Ich habe in der Aktuellen Stunde nur fünf Minuten Redezeit, aber Zeit ist auch Geld und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Politik der CDU daran ausgerichtet, dass die Menschen unserer Stadt kostbare Zeit nicht auf den Straßen verbringen, sondern möglichst am Arbeitsplatz oder noch besser bei ihren Familien oder in der Freizeit.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Ansatz einer Verkehrspolitik ist neu. Es gibt ihn seit 2001. Erinnern wir uns zurück, wie wir die Situation im Jahre 2001 vorgefunden haben.

(Dr. Willfried Maier GAL: Alle Leute auf den Straßen! – Ingo Egloff SPD: Fahrräder haben alles versperrt! – Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es ist zwar sommerlich, aber nicht besonders heiß. Wir können der Debatte in aller Ruhe und Gelassenheit folgen und vor allem den Redner zu Wort kommen lassen.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Ihre Politik, lieber Kollege Maier und auch die der SPD lag darin, Autofahrer zu schikanieren und zu versuchen, Autofahrer möglichst in den öffentlichen Personennahverkehr zu zwingen.

(Beifall bei Wolfgang Beuß CDU)

Stichworte sind Busbuchten, die zur Schikane von Autofahrern eingebaut wurden, und der Rückbau von wichtigen Straßen unserer Stadt.

(Zurufe von der SPD)

Die SPD schreit besonders. Ihnen haben wir es doch zu verdanken, dass wir Jahrzehnte keinen Autobahnring bekommen haben und uns jetzt zum Beispiel in der Stresemannstraße Gedanken machen müssen, wie wir mit dem Verkehr klarkommen. Das sind Hinterlassenschaften Ihrer Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist eine wachsende internationale Metropole, mittlerweile mit einer leistungsstärkeren Infrastruktur.

(Ingo Egloff SPD: Man muss es nur oft genug sagen, dann glaubt man es auch!)

Aus finanziellen und planerischen Gründen können wir aber leider nicht alles das ausbauen und herstellen, was in dieser Stadt gemacht werden müsste. Wir brauchen für die Zukunft eine Vision, dass nur punktuell dort ausgebaut werden muss, wo es nötig ist, dass wir auf moderne Technik, auf computergestützte Themen und Möglichkeiten zurückgreifen können, damit – was für unsere Stadt ganz wichtig ist – ein möglichst reibungsloser und abgestimmter Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer zu allen Tageszeiten möglich ist. Dies ist für eine Wirtschaftsmetropole, aber auch für die Menschen in unserer Stadt ein ganz wichtiger Ansatz.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Menschen in unserer Stadt, insbesondere in ihren Wohnquartieren, wollen nicht, dass der Verkehr durch ihre Quartiere läuft. Sie möchten, dass der Verkehr auf Hauptverkehrsstraßen, auf Ausfallstraßen läuft. Dafür ist es notwendig, diese Straßen auch zu ertüchtigen, leistungsstärker ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, auch der Bürgermeister hat ein Anrecht darauf, der Debatte ungestört folgen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Deswegen wollen wir, dass sich die Menschen in unserer Stadt nicht nur in den Wohngebieten aufhalten müssen, sondern dass die Straßen, die Hauptverkehrsstraßen leistungsstark sind und da ist Hamburg mittlerweile, was die Technik angeht, innovativ bundesweiter Trendsetter. Das haben wir diesem Senat und dem Senator Michael Freytag zu verdanken.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU steht für ökologische und ökonomische Verkehrspolitik,

(Claudius Lieven GAL: Was?)

– ich weiß gar nicht, Herr Lieven, warum Sie oder Frau Husen sich so aufregen –, denn ein fließender Verkehr hat auch ökologische Vorteile. Der Abgasausstoß wird reduziert und insofern verstehe ich Ihre Aufregung nicht.

Seit 2001 hat es ein Umdenken in der Politik gegeben. Man hat angefangen, Autofahrer in unserer Stadt zu bevorzugen, indem zum Beispiel Dinge wie der grüne Pfeil eingeführt wurden, den sich mittlerweile keiner in unserer Stadt mehr wegdenken kann.

(Ingo Egloff SPD: Ich!)

Tempo 60 wurde auf Straßen, wo es möglich ist und die Verkehrssicherheit gewahrt bleibt, eingeführt. Wir machen eine Politik, die die Luftqualität verbessert und trotz-

C

B

D

- A dem die Mobilität steigert. Das ist innovative CDU-Politik hier in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Nicht von ungefähr kam deshalb auch am 4. Mai die Ehrung dieser Politik durch den ADAC. Die CDU und auch der CDU-geführte Senat wurden vom ADAC ausgezeichnet für mehr Verkehrsfluss und Umweltschutz. Die Luftqualität wurde verbessert und die Mobilität wurde durch zwei Maßnahmen, die ich ansprechen möchte, gesteigert. Zum einen die verkehrsadaptive Netzsteuerung. Darüber wurde zu Ihrer Zeit immer nur gesprochen, aber es ist nichts entstanden. Wir haben es auf der Habichtstraße bereits jetzt schon nachgewiesen ...

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, für die zweite Maßnahme wird Ihnen keine Zeit mehr bleiben. Bitte einen Schlusssatz.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Wir haben nachgewiesen, dass es durch die verkehrsadaptive Netzsteuerung und das 39-Punkte-Programm dieses Senats geschafft wurde, die Straßenleistungsfähigkeit zu steigern und die Verkehrssicherheit zu fördern und eine intelligente Politik ...

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, so geht es wirklich nicht. Sie sind am Ende der Redezeit angekommen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

- B Das Wort bekommt die Abgeordnete Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, Herr Senator Freytag, sehr geehrte Damen und Herren! Die Auszeichnung, die die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durch den ADAC in der Kategorie "Verkehr flüssiger gestalten" erhalten hat, ist sicherlich eine Bestätigung, dass der Einsatz von intelligenten Ampelschaltungen ein Weg in die richtige Richtung ist. Wir hoffen, dass diese Auszeichnung gleichzeitig auch eine Motivation ist, an weiteren Stellen, über den Wandsbeker Markt hinaus, Ring 3, verkehrsadaptive Netzsteuerungen einzuführen. Dabei müssen aber die Klagen der älteren Mitbürger über die Verkürzung der Grünphase für Fußgänger ebenso ernst genommen und berücksichtigt werden wie jene der Radfahrer, für die sich zum Teil Verschlechterungen ergeben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir teilen grundsätzlich die Auffassung, dass der Verkehrsfluss durch verkehrsgerechte Ampelschaltungen verbessert wird. Die dadurch entstehenden Kosten sind auf alle Fälle besser angelegt als durch die Umprogrammierung von Ampeln für eine Tempoerhöhung auf 60 Kilometer je Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten Tempoerhöhungen, auch vor dem Hintergrund, dass überhöhte Geschwindigkeit eine der Hauptursachen für Verkehrsunfälle ist, für den verkehrten Weg. Für uns muss innovative Verkehrspolitik auch ein Mehr an Verkehrssicherheit beinhalten. Innovative Verkehrspolitik darf nicht zulasten der schwächeren Verkehrsteilnehmer gehen, sondern muss gleichermaßen für alle ein Zugewinn sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C

Den Verkehr flüssiger zu gestalten heißt aber auch, ein intaktes Straßenverkehrsnetz vorzuhalten, das nicht durch Buckelpisten, schlechte Geh- und Radwege gekennzeichnet ist.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wo haben wir die denn?)

Lieber Herr Reinert, heute möchte ich Sie gerne einmal einladen, mit mir – und ich habe die Wasserwaage mitgebracht – die Straßenrillen auszumessen. Ich denke, wir beide – vielleicht kommt Herr Hesse mit –

(Klaus-Peter Hesse CDU: Vielleicht!)

schauen uns einmal an, wie die Situation heute ist. Sie haben, als wir in der Regierungsverantwortung waren, mit Ihrer Methode auf die Missstände hingewiesen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Reinert?

Karin Timmermann (fortfahrend): Nein, ich würde gerne weitermachen. Ich denke, bei unserer Rundfahrt, Herr Reinert, werden wir uns gemeinsam über den damaligen und den heutigen Zustand austauschen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Bernd Reinert CDU: Ich komme mit, aber nur mit Eugen Wagner!)

– Ja, das können wir einmal versuchen. Sie haben, als wir noch in der Regierungsverantwortung waren, mit Ihrer Methode auf die Missstände hingewiesen. Ja, Schlaglöcher gab es auch zu SPD-Zeiten. Das wissen wir.

D

Sie waren aber angetreten, alles besser zu machen.

(Wilfried Buss SPD: Eben!)

Gehalten haben Sie beziehungsweise Ihr Senat diese Versprechen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil. In einigen Bereichen hat sich der Zustand der Straßen um ein Vielfaches verschlechtert und das ist nicht nur die Wahrnehmung der Opposition, sondern das konnte man in den letzten Wochen ständig der Presse entnehmen.

Von den Rad- und Gehwegen, die völlig verwahrlost sind, weil Sie das Geld hierfür in den letzten Jahren in Ihre Leuchttürme gesteckt haben, ganz zu schweigen.

Gratulieren möchte ich Ihnen schließlich zu Ihrer Marketingabteilung. Der ADAC hat letztendlich auch das so genannte 39-Punkte-Programm ausgezeichnet. Der Inhalt dessen ist größtenteils die Veränderung der Ampelschaltung oder der Bau der einen oder anderen Abbiegespur. Für sich genommen jeweils nur kleine Maßnahmen, die dem normalen Verwaltungshandeln entsprechen sollten. 39 zumindest kleine Maßnahmen, zusammengefasst in einem 39-Punkte-Programm, klingen natürlich ganz anders und bringen dann auch Preise.

Gegen die meisten dieser Maßnahmen kann man im Übrigen gar nichts haben – das wurde auch in der Debatte sehr deutlich – und wir haben auch bei den Beratungen

- A in vielen Teilen mitgestimmt. Der Ausbau des Ring 3 kommt aber für uns unverändert nicht in Betracht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Hesse, auch kleine, einleitende Maßnahmen, die im 39-Punkte-Programm stehen: Mit uns nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Lühmann.

Jörg Lühmann GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 45 Überschreitungen von Feinstaubwerten im Jahre 2005 an der Kreuzung Habichtstraße, 27 bereits in diesem Jahr bei erlaubten maximal 35, das ist dem ADAC die Verleihung eines Umweltpreises wert. Ich glaube, da disqualifiziert sich der Preisgeber selbst, wenn er sich diese Zahlen nicht ernsthaft zu Gemüte führt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jetzt soll diese Übung an der Habichtstraße auch noch innovativ sein.

(Lachen bei Dr. Till Steffen GAL)

Innovativ, meine Damen und Herren, soll ein 39-Punkte-Programm, soll die Beschleunigung auf Tempo 60 und sollen Ampelschaltungen sein, von denen Herr Hesse sagt, die bevorzugen Autofahrer. Das hat er eben wörtlich gesagt. Der Umkehrschluss ist mehr als zulässig. Radfahrer und Fußgänger werden gezielt benachteiligt. Wir haben das schon immer beklagt und Frau Timmermann hat es eben zu Recht noch einmal benannt.

B

Zum Thema Innovation und wie sehr der ADAC überhaupt Innovatives bemessen kann, eine kleine Bemerkung, die der ADAC zum Ergebnis der Planungswerkstatt Stresemannstraße gemacht hat. In der "Welt" vom Sonnabend wird Herr Rocke mit seiner Einschätzung zur Stresemannstraße zitiert:

"Die Häuser müssten entmietet und abgerissen werden."

Soweit zum Thema "innovativ". Ehrlich gesagt, wenn das eine innovative Leistung sein soll und wenn diese Leute Ihnen einen Preis für innovative Lösungen geben, Herr Freytag, würde ich an Ihrer Stelle diesen Preis mit Dank zurückgeben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber wie soll denn innovativer Verkehr in der Stadt überhaupt aussehen? Da hilft ein Blick in den Bürgerleitfaden "Familienfreundlicher Wohnort Hamburg". Da hat es eine Internetdiskussion gegeben und Senatorin Schnieber-Jastram, die heute nicht da ist, sagt in den ersten Sätzen ihres Vorwortes:

"ob eine Großstadt überhaupt familienfreundlich sein kann, bin ich unlängst gefragt worden. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Sie muss es sein, wenn sie zukunftsfähig sein will."

Soweit die Sonntagsrede und soweit auch richtig. Aber dann schauen wir doch einmal nach, was die Familien in dieser Internetdiskussion selber als innovativ und familienfreundlich anmahnen.

- C Dort steht Verkehrsvermeidung als oberste Priorität. Da ist bei diesem Senat absolute Fehlanzeige.

Zweitens: Ein innovatives, zukunftsweisendes Verkehrskonzept mit Schwerpunkt auf den ÖPNV. Dazu Herr Hesse eben, die SPD und die Grünen hätten die Leute in den ÖPNV zwingen wollen. Wie böseartig. Nein, das ist innovativ, das ist wirklich umweltfreundlich, Herr Hesse.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Förderung innovativer Car-sharing-Konzepte wird gefordert.

(Dirk Kienscherf SPD: Genau!)

Was macht die CDU aus unseren entsprechenden Anträgen? Sie werden so umgedreht, dass nicht einmal die Car-sharing-Unternehmen ernsthaft Interesse an dem haben, was Sie mit Ihrer Mehrheit beschließen.

So geht es in einer Tour weiter. Vor allen Dingen noch einmal wieder zurück zum Punkt Telematik. Was fordern denn die Familien ernsthaft? Sie fordern längere Grünphasen für Fußgänger, sie fordern Ampelschaltungen, an denen Radfahrer und Fußgänger nicht mehr benachteiligt werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist aber sehr selektiv, Herr Lühmann!)

Sie fordern dann auch eine Abschaffung des grünen Pfeils, weil dadurch Kinder gefährdet würden.

All dies steht da drin und da steht natürlich auch noch drin – Herr Hesse, insoweit will ich Ihnen gerne Recht geben, dass Verkehr in der Wahrnehmung der Leute immer dann schlecht ist, wenn die anderen ihren Verkehr betreiben und man selber ist immer ein Umweltengel, das ist völlig klar –, aber mit dieser Haltung kommt man in der Stadt nicht ernsthaft weiter. In der Stadt kommt man nur dann weiter, wenn man den umweltfreundlichen Verkehr ernsthaft fördert. Ich sehe gerade in Bezug darauf, wofür Sie sich hier selbst feiern wollen, überhaupt keinen Anlass. Ihr 39-Punkte-Programm ist, was die einzelnen Maßnahmen angeht, tatsächlich das kleinste Karo, das man mit bloßem Auge erkennen kann.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Christian Maaß GAL: Das war früher Herr Perschau!)

Es wird auch nicht besser, wenn Sie hier Erfolge feiern wollen, die zulasten des umweltfreundlichen Verkehrs gehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Dr. Freytag.

(Michael Neumann SPD: Der ist Fahrradfahrer!)

Senator Dr. Michael Freytag: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat ist am 4. Mai 2006 in Berlin eine Preisverleihung an die Hansestadt Hamburg als Bundessieger im Bereich "Verkehr flüssiger gestalten" vorgenommen worden. Meine Damen und Herren, Veranstalter dieses Wettbewerbes mit dem Thema "Luftqualität verbessern, Mobilität steigern" war nicht nur der ADAC, sondern auch der Deutsche Städtetag, der Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Verkehrssicherheitsrat und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag.

C

D

- A Wenn diese Institutionen unserer Stadt und unserer Verkehrspolitik einen Bundessiegerpreis verleihen, sagt das alles. Wir sind stolz darauf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es ist nicht klug, dass Sie hier versuchen, die Preisverleiher zu beleidigen, denn das sind Institutionen, die in ganz Deutschland verankert und anerkannt sind.

(Farid Müller GAL: Zwangsmitgliedschaft!)

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, dahinter stehen sachverständige Menschen, die sehr wohl beurteilen können, welche Verkehrsmaßnahmen Auswirkungen haben und welche nicht.

Ich finde es gut, wenn das, was wir als Schwerpunkt für unsere Verkehrspolitik ausgegeben haben, nämlich modernste Technik, intelligente Ampelschaltungen, intelligente Verfahren und Grüne-Welle-Schaltungen zu nutzen, dazu führt, den Verkehr flüssiger zu machen **und** die Umwelt zu schonen, denn ein fließender Verkehr hat direkten Einfluss auf den CO₂-Ausstoß. Je flüssiger der Verkehr ist, je weniger Staus es gibt, desto weniger schädliches Kohlendioxid ist in unserer Atmosphäre. ADAC und die anderen Veranstalter haben sich sehr genau angeschaut, was wir mit unserem großen Pilotversuch erreicht haben. Dieser hat ein sehr erfreuliches Ergebnis und das wissen Sie auch. In der Habichtstraße haben wir durch die adaptive Netzschaltung und intelligente Ampelschaltungen eine Erhöhung der Fließgeschwindigkeit von 10 Prozent erreicht. Das macht bei täglich 90 000 Kraftfahrzeugen einen volkswirtschaftlichen Gewinn von 1,5 Millionen Euro aus. Man spart 560 000 Liter Kraftstoff pro Jahr und 1300 Tonnen schädlichen Kohlendioxidausstoß, nur an dieser Stelle des Pilotversuches. Deshalb machen wir weiter und werden als nächste konkrete Maßnahme den Bereich Wandsbeker Markt mit der adaptiven Netzsteuerung angehen, meine Damen und Herren. Das ist konkrete Umweltpolitik der Tat, die gleichzeitig dafür sorgt, dass der Verkehr fließt. Wir werden genau daran festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Das 39-Punkte-Programm, Frau Timmermann, das Sie hier meinen verniedlichen zu wollen, haben ADAC und die anderen Preisverleiher ganz anders eingeschätzt. Hier werden nämlich 11,5 Millionen Euro sehr gezielt für Einzelmaßnahmen an Verkehrsknotenpunkten eingesetzt. Das können Änderungen der Fahrbahnmarkierung, Umbau/Umschaltung von Ampeln und zusätzliche Abbiegestreifen sein. Das sind ganz konkrete Maßnahmen an 39 neuralgischen Punkten, mit denen bei uns in der Stadt der Verkehr flüssiger gemacht wird. Damit erreichen wir genau den Effekt, den alle wollen: Schnellere Mobilität in Hamburg und gleichzeitig mehr Schutz unserer Umwelt. Was wollen Sie mehr, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Ich komme gerade von der Hamburger Konferenz zum CUTE-Programm mit Vertretern der Europäischen Kommission. Diese Konferenz wurde in Hamburg veranstaltet, weil unsere Stadt international die meisten Wasserstoffbusse im öffentlichen Personennahverkehr einsetzt.

(Christa Goetsch GAL: Diese zweieinhalb Busse!)

Es gibt keine Stadt in der Welt, die so viele umweltfreundliche Wasserstoffbusse einsetzt wie wir in Hamburg. Dafür werden wir auch von der Europäischen Union anerkannt. Wir wollen nämlich konkrete Ergebnisse mit den Bereichen erzielen, die wir in unserer Behörde vernetzt haben – Bau, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Wir haben wirklich die große Chance – und durch die Preisverleihung ist uns das ausdrücklich bestätigt worden –, im Bereich Verkehr und Umweltschutz Maßnahmen gemeinsam auf den Weg zu bringen. Deshalb haben wir im Haushalt auch erhebliche Beträge dafür eingesetzt. Ich werde weiter auf die Schiene intelligente Technik für Mobilität und Umweltschutz setzen. Das ist unsere konsequente Politik.

Meine Damen und Herren, ob Preisverleihung oder nicht, ich glaube, im Ergebnis haben die Bürger etwas davon. Wir machen das nicht für uns, wir machen das nicht für Preise, wir machen das für die Bürger unserer Stadt. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lühmann, das erste Mal wurde ich mit grüner Verkehrspolitik Mitte der Achtzigerjahre konfrontiert. Das fiel mir bei Ihrer Rede eben ein und, ich glaube, liebe Kollegen, seitdem hat sich bei Ihnen nicht viel geändert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Damals rief mich ein guter Freund an – es war Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein und er fuhr täglich über eine vielbefahrene Straße nach Hamburg und stand dort zugegebenermaßen auch im Stau –

(Jan Quast SPD: Das tut man heute auch!)

und erzählte mir voller Empörung, die Grünen hätten genau an der Straße, wo es sich staute, ein Verkehrsschild beziehungsweise ein Werbeplakat aufgestellt, auf dem stand: Autofahrer, Du stehst nicht im Stau, Du bist der Stau.

(Dr. Till Steffen GAL: Jo!)

– Das wusste ich, dass Sie sich darüber freuen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja auch der Ausdruck Ihrer Rede. Darüber kann man im ersten Moment auch lachen. Nur, Fehler, meine lieben Kollegen, sind in erster Linie die Fehler, aus denen man nicht lernt und da habe ich den Eindruck, dass man auf der ganzen Seite dieses Hauses auch überhaupt nicht lernen möchte.

(Beifall bei der CDU)

Ähnliches kann man im Grunde auch zu dem sagen, was wir heute von der SPD gehört haben, denn über die SPD-Politik hat mein Kollege Hesse völlig zu Recht ausgeführt, dass die im Bereich der Verkehrspolitik wirklich zu nichts als zu fortlaufenden Staus geführt hat.

Ich erinnere Sie an Folgendes. Die Verkehrspolitik der SPD ist zum Ende ihrer Regierungszeit unter heftige Kritik geraten. Immer wieder verschobene Investitionsentscheidungen vermittelten vielen Hamburgern den Eindruck, dass sich in diesem Bereich überhaupt nichts

C

D

- A bewegte. Wer in einem Stau wertvolle Zeit verlor, machte die rotgrüne Mehrheit der Stadt dafür verantwortlich. So war es auch.

(Ingo Egloff SPD: Sie haben wohl noch nicht viel investiert! Sie sind das doch heute!)

So damals die heutige Vizepräsidentin der Bürgerschaft, Frau Duden, in dem Positionspapier Ihrer Partei aus dem Jahre 2003. Das habe ich heute im Internet gefunden. Etwas anderes findet sich bei Ihnen auch nicht. Seit 2003 ist bei Ihnen zum Thema Verkehrspolitik kein neues Konzept entwickelt worden, keine Stellungnahme, keine Idee, gar nichts. Das Einzige, was Sie im Internet zu diesem Thema haben, ist Ihr Versagen in der Zeit Ihrer Regierung, das Sie damit noch einmal dokumentieren.

(Beifall bei der CDU)

Mein Eindruck ist, dass Ihnen dazu schlichtweg nichts einfällt. Der Senat hingegen hat dieses Programm mit 39, zugegebenermaßen kleinen Punkten für relativ wenig Geld effektiv genutzt, um in dieser Stadt eine zügige Mobilisierung und auch eine Beschleunigung des Verkehrs herbeizuführen.

(Ingo Egloff SPD: Sagen Sie doch mal was zu den Löchern in den Straßen!)

Dafür, Herr Egloff, ist dieser Senat zu Recht ausgezeichnet worden und die Freie und Hansestadt Hamburg hat diesen Preis ebenfalls völlig zu Recht bekommen.

(Beifall bei der CDU)

- B Dieser Senat macht es gut, dieser Senat wird es auch weiterhin gut machen und die schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen Mitte der Achtzigerjahre hat auch die CDU gewonnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann rufe ich das nächste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Duden hat es.

Barbara Duden SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wahrlich kein Geheimnis, dass die SPD vom neuen Wahlrecht auch nicht begeistert ist. Wir wollten ein Modell mit 50 Wahlkreisen. Doch der entscheidende Unterschied zur CDU ist der, dass das Volk sich für dieses Wahlrecht entschieden hat und wir meinen, dass die Politik dieses Votum der Bürger zu respektieren hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieses neue Wahlrecht wird nicht die Chance bekommen, eine Bewährungsprobe zu durchlaufen. Das ist für uns Sitzenbleiben vor der Einschulung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was die CDU verniedlichend Modifizierung nennt, ist eine Aushöhlung des neuen Wahlrechts und die Signale aus der CDU in dieser Frage waren sehr eindeutig. Der Landesvorsitzende Fischer hat gesagt, der Bürger hat die Richtung vorgegeben, das Parlament muss das Recht haben, Unsinn zu korrigieren.

(Beifall bei Inge Ehlers CDU)

Herr Fischer hat offensichtlich nicht mitbekommen, dass es hier auch um die Frage geht, ob die Parteiendemokratie zu wenig demokratisch ist. Ich freue mich, dass es nur so wenige Leute bei Ihnen gegeben hat, die Beifall geklatscht haben. Es gibt doch noch Nachdenkliche.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich möchte die Gelegenheit nutzen, für Ruhe zu sorgen und damit ein wenig dem Gedächtnis des Abgeordneten Finck nachzuhelfen.

Barbara Duden (fortfahrend): Solange das nicht auf meine fünf Minuten geht, ist das okay. Nicht alle in der CDU stimmen dieser Wahlrechtsänderung leichten Herzens zu. Lange Diskussionen mit sich selbst, das alles hätten Sie sich sparen können, wenn Sie sich daran gehalten hätten, was das Volk entschieden hat, wobei man auch klarstellen muss, dass die Streitereien um die Zuschneidungen der Wahlkreise doch eher ein machttaktisches Geplänkel sind und längst nicht das Gewicht der Änderungen haben, auf die Sie sich mit sich selber verbären haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hier geht es nicht um Relevanzschwellen, hier geht es nicht um österreichische Mauern oder alles andere mit ähnlicher Aussagekraft, hier geht es schlicht um die Frage: Hat der Wähler eine Wahl? Gestern hat der Bürgermeister auf dem Bürgertag gesagt, wenn es um das Wohl Hamburgs geht, dann muss er sich auch gegen den Wählerwillen entscheiden können. Das bedeutet aber auch, dass die CDU entscheidet, was das Wohl Hamburgs ist. Das heißt nicht, dass wir in einer Demokratie auf Parteien verzichten können. Nein, keineswegs. Hier wird aber allzu deutlich, wie man sich Volkes Willen zurechtschneiden kann und Sie setzen sich in Serie über Hamburgs Volkes Willen hinweg,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

ein weiterer Baustein auf dem Weg der Hamburger CDU zur Volksentfremdung.

Wenn Herr Reinert noch im Oktober 2005 gesagt hat, er gehe davon aus, dass die Philosophie des neuen Wahlrechts erhalten bliebe, dann kann man heute nur bemerken: Philosophie war vermutlich nicht Ihr Leistungskurs, Herr Reinert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Lafrenz, auch Mitglied der CDU, bemerkte, die CDU könne sich Angriffen ausgesetzt sehen, die sie nicht mehr abwehren könne. Das ist sehr weitsichtig, Herr Lafrenz, so wird es sein. Im Übrigen gab es von Ihnen in den letzten Tagen eine ganze Reihe wunderbarer Zitate, die ich hier in fünf Minuten nicht zitieren kann – man hätte sie alle nennen können –, die aber deutlich machen, dass sich die CDU fragen lassen muss, ob sie alles machen darf, wozu sie gerade die Macht in dieser Stadt hat. Das wird für Sie eine harte Entscheidung, Herr Lafrenz.

Aber ein paar Worte zu einem Punkt im neuen Wahlrecht, den auch mein Kollege Andreas Dressel noch benennen wird, nämlich die Frage, bekommt eine Partei, die die absolute Mehrheit der Bürgerschaftsmandate bekommt, automatisch auch die absolute Mehrheit der insgesamt

C

D

- A für sie auf der Landesliste abgegebenen Stimmen. Das bedeutet für dieses Parlament, es wird so lange aufgefüllt, bis es passt. Kein anderes Bundesland braucht so ein Wahlrecht. Herr Berlusconi hat sich wenigstens getraut, es in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Hier kommt es durch die Hintertür und wir können nur sagen, dieses Parlament braucht keine Abgeordneten auf Ersatzbänken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Noch ein Wort zu den Mehrheiten. Ein vom Bürger durchgesetztes Wahlrecht sollte auch hier von einer Bürgermehrheit verändert werden können. Im Parlament sollten gravierende Veränderungen entweder nur im Konsens oder mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können, nicht mit einer Minimehrheit der CDU. Das ist in den Augen der SPD ein zu laxer Umgang mit der Demokratie. Es ist das erste Mal, dass sich eine Regierung traut, eine Wahlrechtsänderung nur mit ihrer eigenen Mehrheit zu beschließen. Die CDU riskiert mit dem Vorgehen in Sachen Wahlrechtsänderung nicht nur, eine Entscheidung des Volkes mit Füßen zu treten, viel schlimmer ist, dass dieses Verhalten der CDU auf das ganze Parlament zurückfällt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es trifft nicht nur die CDU, es trifft das Parlament, es trifft die Hamburger Bürgerschaft und es trifft die Politiker. Bei dieser Haltung "was schert uns das Volk" leidet das Ansehen der Politik allgemein und das ist eine Katastrophe.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Das hinterlässt einen sehr bitteren Beigeschmack und deshalb an dieser Stelle der Appell: Verzichten Sie auf diese weiteren Bausteine auf dem Weg zur Volksentfremdung. Herr Weidmann hat gestern auf dem Bürgertag gesagt, Elbphilharmonie und HafenCity können nicht zur Wahl gehen und ich hoffe, dass die Wahlbürger nicht vergessen, was hier heute passiert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen, es ist richtig, dass wir als CDU-Fraktion zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft in zwei Wochen einen Antrag einbringen werden, mit dem wir das jetzt geltende Wahlrecht modifizieren werden. Wir werden das Wahlrecht da ändern, wo wir uns als Abgeordnete dieses Hauses, als Mitglieder der CDU-Fraktion

(Christiane Blömeke GAL: Wo es unbequem ist!)

auch in der Verantwortung gegenüber dieser Stadt und den Menschen in dieser Stadt sehen. Während wir, verehrte Kollegen, uns auch zu dieser Verantwortung kennen, die wir als Mehrheitsfraktion natürlich haben, kommen Sie zwar hinter vorgehaltener Hand, hinter verschlossenen Türen gerne bei uns an – gerade die Kollegen der SPD – und sagen, das ist prima, was ihr da macht, aber Sie sind auch diejenigen, die sich vor der Verantwortung drücken. Sie reden hier viel und machen Populismus pur, aber eigentlich drücken Sie sich vor Ihrer eigenen Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

C Wir wollen nicht so tun, als falle es uns Christdemokraten leicht. Wir haben lange und intensiv darüber diskutiert und das, was Frau Duden eben in einem Nebensatz etwas höhnisch mit den vielen verschiedenen Zitaten meinte, mag Sie stören, ich finde es aber richtig und gut, dass auch bei einem Thema wie dem Wahlrecht eine Streitkultur herrscht und wir gezeigt haben, dass wir uns streiten. Wir haben lange darüber diskutiert, aber wir haben uns auch geeinigt und das werden Sie sehen. Diese Streitkultur brauchen wir und nicht das, was Sie machen, hinter vorgehaltener Hand zu sagen, Ihr macht das Richtige, aber draußen zu sagen, wir machen es ganz anders.

Wir werden das Wahlrecht in der Tat nur in Teilbereichen ändern. Wir werden das, was den Menschen in dieser Stadt wichtig gewesen ist, erhalten, aber wir werden auch neue Weichenstellungen vornehmen, wo wir uns in der Verantwortung für diese Stadt und für dieses Bundesland sehen. Das heißt ganz besonders, dass wir wieder eine geschlossene Landesliste einrichten wollen, und zwar aus einem einfachen Grunde. Der Wähler, der eine Entscheidung für eine Landesliste trifft, trifft die Entscheidung, welche politische Richtung in den nächsten vier Jahren in dieser Stadt regieren soll. Man kann nicht sagen, ich möchte die Hälfte davon, ein Drittel davon und noch ein paar Prozent von der anderen Partei. Hier haben die Wähler und auch wir als Parteien die Pflicht und die Verantwortung, klar und deutlich Richtungsentscheidungen herbeizuführen und sie zu akzeptieren. Wer meint, er könne mit Kumulieren und Panaschieren Gemeinderatswahlrecht umsetzen, der erkennt, dass wir in einem Bundesland leben und andere Voraussetzungen haben.

(Beifall bei der CDU)

D Wir wollen aber auch den Teil, der der Wahlinitiative und auch uns wichtig gewesen ist, nämlich die Auswahlmöglichkeit in den Wahlkreisen – dort wird auch künftig die Mehrheit der Abgeordneten gewählt –, voll und ganz erhalten. Es wird weiterhin Kumulieren und Panaschieren in den Wahlkreisen geben. Aber wir werden – das sage ich hier ganz offen und deutlich – nicht dafür stehen, dass diejenigen, die sich als Spaßparteien bezeichnen oder unseriöse Einzelbewerber, wie wir sie auch schon bei mehr als einer Wahl gehabt haben, es mal eben mit einigen wenigen Stimmen erreichen können, einen Platz in diesem Parlament zu erwerben, einem Parlament, das die entscheidenden Entscheidungen für diese Stadt treffen muss. Wir brauchen eine klare und deutliche Aussage, dass eine Relevanzschwelle da sein muss. Wer die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, wird derjenige sein, der in diesem Hause auch Verantwortung tragen kann. Davon sind wir fest überzeugt und nur das kann es auch sein.

Lassen Sie mich ein Wort zu dem sagen, was der Kollege Dressel in den letzten ein, zwei Wochen permanent als Berlusconi-Klausel bezeichnet und was Frau Duden eben wiederholt hat. Frau Duden, ich weiß nicht, wo Sie das nachgelesen haben.

(Werner Dobritz SPD: Machtversoffen! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich erteile dem Abgeordneten Dobritz einen Ordnungsruf.

(Bernd Reinert CDU: Das ist aber früh heute!)

A **Kai Voet van Vormizeele** (fortfahrend): – Langsam ist die Zahl der Ordnungsrufe für den Kollegen so hoch, dass es meine Zählfähigkeit übersteigt.

Aber lassen Sie mich noch ganz kurz darauf eingehen, dass es in keinem anderen Bundesland diese Klausel gäbe, die in unserem Entwurf steht, den wir in der nächsten Woche einreichen werden, und wer das machen wolle, der wäre doch ein typischer Berlusconi. Liebe Kollegen von der SPD, wenn dem so ist, dann heißt der Kollege, der in Brandenburg regiert, neuerdings auch Berlusconi, denn Brandenburg hat exakt diese Klausel. Auch Mecklenburg-Vorpommern hat diese Klausel

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nein!)

und viele andere auch. Sie versuchen, eine Regelung, die sogar im Bundeswahlrecht enthalten ist, hier zu diffamieren und das ist falsch.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns über das Wahlrecht streiten, lassen Sie uns gerne demokratisch streiten, lassen Sie uns strittige Entscheidungen in diesem Hause fällen, aber hören Sie auf, Andersdenkende und die Fraktionen, die eine andere Meinung haben, als Nichtdemokraten zu beschimpfen; dann werden wir gemeinsam eine richtige Entscheidung treffen.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß* GAL: Oh Gott!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Müller.

B **Farid Müller** GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Geschichte ist voll von Beispielen für Versuche, das Wahlrecht zu manipulieren und die eigene Macht zu sichern. Über den Wahlrechtsraub 1906 haben wir hier schon gesprochen und Silvio Berlusconi hat dieses Jahr auch seine Erfahrungen machen müssen. Dabei hat die Geschichte aber auch eines gezeigt: Macht kann nicht unendlich gehalten werden. Wem die Stunde schlägt, der rauscht in die Opposition. Da helfen keine Tricks und auch keine Täuschungen, liebe Kollegen von der CDU.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Trotzdem haben wir heute erneut die traurige Pflicht, über Manipulationen am Wahlrecht zu diskutieren. Diesmal handelt es sich um eine besonders hinterhältige Attacke, denn diesmal geht es nicht um irgendein Wahlrecht, sondern um ein Wahlrecht, das vom Volk selbst beschlossen wurde.

2004 – Sie erinnern sich – gab es diesen Volksentscheid und dieser Volksentscheid hatte zwei Ziele: den Einfluss der Wählerinnen und Wähler zu stärken und den der Parteien zu schwächen. Beide Ziele werden von der CDU mit diesen Vorschlägen zunichte gemacht. Statt einer kombinierten Partei- und Personenwahl sollen die Hamburger jetzt wieder die alten schönen Parteilisten abnicken.

(Hartmut Engels CDU: Stimmt ja gar nicht!)

In den Wahlkreisen werden die Hürden so hoch gesetzt, dass eine Personenwahl kaum noch stattfinden kann. Herr Bürgermeister, Sie müssen wirklich eine panische Angst vor Ihrem Volk haben. Nach fünf Jahren an der

Regierung sind Sie sich der Zustimmung der Hamburger immer noch nicht sicher. Anders lässt es sich nicht erklären, dass Sie mit aller Macht versuchen, das Hamburger Volk vor wichtigen Entscheidungen zu schützen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist ja lächerlich!)

Anders lässt es sich nicht erklären, dass Sie dem Volk die Entscheidung über die Frage, wer auf diesen Plätzen nach der nächsten Wahl sitzt, wieder abnehmen wollen. Für Hafengeburtstag, um Steuern zu zahlen und als Kulisse für einen Sonnenstadtstaat, meine Damen und Herren von der CDU, sind die Hamburger gut genug,

(Wolfgang Beuß CDU: Sie haben ja keine Ahnung!)

aber mitentscheiden sollen sie auf keinen Fall.

Herr von Beust, Sie verdanken Ihren Sitz doch nicht den 63 Damen und Herren von der CDU, Sie verdanken Ihre Macht und Ihren Sitz den Menschen in dieser Stadt und genau diesen Menschen nehmen Sie das jetzt weg, was sie sich mit Zweidrittelmehrheit, entgegen Ihrem Entwurf, 2004 gegeben haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, wollen Sie allen Ernstes erneut einen Volksentscheid in dieser Stadt brechen? Sie glauben, es mal wieder besser zu wissen und das ist wirklich Arroganz.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte Sie auch in aller Form warnen. Die Geister, die Sie heute rufen, werden Sie nicht wieder los mit dieser Selbstbedienung, denn Ihre Pläne sind ein Sofortprogramm für Politikverdrossenheit nach dem Motto: Die da oben scheren sich einen Dreck um eure Meinung. Gerade Sie von der CDU müssten es doch wissen.

(Hartmut Engels CDU: Eine Tränensackrede! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Engels bekommt einen Ordnungsruf.

Farid Müller (fortfahrend): Es sind doch die Schills und die Kuschs, die dann von den Enttäuschten ...

(Zuruf von Hartmut Engels CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Engels, Sie bekommen einen zweiten Ordnungsruf.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Farid Müller (fortfahrend): Ich weiß, Sie mögen diese Namen nicht. Es sind die Schills und die Kuschs, die von Ihrer Politik jetzt profitieren. Gegen alle demokratischen Gepflogenheiten wird in einem Hauruck-Verfahren angeblich bis zur Sommerpause im Alleingang das Wahlrecht geändert. Sie mögen die Mehrheit dazu haben, die Legitimation dazu haben Sie schon längst verloren.

(Beifall bei der GAL)

Wir haben eine Organtreue gegenüber dem Volksgesetzgeber. Daran möchte ich Sie noch einmal erinnern. Das hat das Verfassungsgericht Ihnen auch in das Urteil hineingeschrieben. Das heißt, alle Staatsgewalt geht vom

C

D

- A Volke aus und nicht von den Parteien; schauen Sie mal ins Grundgesetz.

Was Sie hier planen, ist ein erlaubter Putsch.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Ungeheuerlich!)

Es ist ein rechtmäßiger Verfassungsbruch, aber wozu? Damit Sie in den Hinterzimmern wieder auskugeln können, wer bei der nächsten Wahl in der Bürgerschaft sitzt? Ist das der Grund? Die Rolle, die Sie Ihrer Partei damit zubilligen, ist nicht mehr zeitgemäß.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Farid Müller (fortfahrend): Herr Kusch hat von der Sozialdemokratisierung Ihrer Partei gesprochen. Mich erinnert Ihr Verhalten eher an die Arroganz der SED. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter Müller, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Das Wort bekommt der Abgeordnete Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf das Thema der schon jetzt im Volksmund Berlusconi-Klausel genannten Regel eingehen und da wird es dann schon ein bisschen ungemütlicher. Der Kollege Voet van Vormizeele wollte weismachen, dass das in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auch so im Gesetz stünde. Das stimmt gar nicht, sondern in diesen Bundesländern sind die Sahnehäubchenmandate, die dort verteilt werden, begrenzt. Deshalb ist das ein wirklich unzulässiger Vergleich. Hören Sie auf, an dieser Stelle die Öffentlichkeit zu täuschen, wenn es hier um Ihre Berlusconi-Klausel geht.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie täuschen doch die Öffentlichkeit!)

Haben Sie solche Angst, Ihre absolute Mehrheit in dieser Stadt zu verlieren, dass Sie es nötig haben, dieses auf der Zielgeraden in Ihr Gesetzesvorhaben hineinzuschreiben? Das war nämlich im letzten Herbst noch gar nicht Bestandteil dieses Vorhabens und ist jetzt so en passant mit hineingerutscht. Das hinterlässt einen katastrophalen Eindruck bei den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und auch deshalb muss das verhindert werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Kommen wir noch einmal zu dem Punkt, wie Sie das innerparteilich vorbereitet haben. Man liest viel über die Art und Weise, wie Sie diese Wahlrechtsdemontage innerparteilich als geheime Kommandosache eingefädelt haben. Da kann man zum Beispiel lesen, was Ihr Parteimitglied Ahlers dazu in der FAZ gesagt hat. Es gab viele Stellungnahmen dazu in der Zeitung zu lesen. Sie setzen kontinuierlich Ihre unrühmliche Tradition von 1993 fort, als wegen Ihrer undemokratischen Kandidatenaufstellung eine Bürgerschaftswahl wiederholt werden musste. Es ist wirklich schlimm, dass Sie in dieser Tradition stehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es war damals die politische Höchststrafe, die man als Partei bekommen kann, dass wegen der eigenen Kandidatenaufstellung eine Wahl wiederholt werden musste, und daraus haben Sie nichts gelernt. Das sieht man an dieser Stelle ganz glasklar, wenn man dann noch sieht, dass Ihr Kollege, Herr Lafrenz, das selber auch erkannt hat. Er hat nämlich in der "Welt" letzte Woche gesagt, dass diese Wahlrechtsbeschlüsse vergleichbare Folgen haben könnten wie bei dem Fall Wegener und der Verfassungswidrigkeit der Kandidatenaufstellung 1993. Zitat weiter:

"Ich verstehe meine Rolle als Abgeordneter so, dass ich mich in der Verantwortung befinde, nichts zu beschließen, was Staat, Bürger und meiner Partei schadet."

Genau und deshalb gehört dieser Gesetzentwurf auf den Müllhaufen dieses Parlaments.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Voet van Vormizeele redet hier von Verantwortung bei dem Thema Wahlrecht. Welche Vorstellung von Verantwortung haben Sie denn vor der Verfassung, vor den Bürgern dieser Stadt und vor der demokratischen Kultur dieser Stadt? Kehren Sie zur demokratischen Kultur dieser Stadt zurück, ziehen Sie Ihren Entwurf zurück. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Jäger.

Dr. Manfred Jäger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Müller, was Sie sich hier eben geleistet haben, schlägt wirklich dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der CDU)

Gegenüber der CDU von einem Putsch zu sprechen oder uns mit der Arroganz der SED zu vergleichen, ist eine absolute Frechheit, die ich auf das Schärfste zurückweisen muss.

(Beifall bei der CDU)

Es ist erstaunlich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, mit welcher Regelmäßigkeit Sie immer wieder das Wahlrecht zum Gegenstand der Auseinandersetzungen machen.

(Lachen bei der SPD)

– Hören Sie zu.

Mich überrascht das deshalb, weil Ihnen in der Sache nichts Neues einfällt: immer wieder dieselben Wiederholungen, Unterstellungen und Gemeinplätze.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Sie reden auch immer das Gleiche! Erzählen Sie doch mal was Neues!)

Doch ich korrigiere mich, eines ist anders gewesen. Ich hatte damit gerechnet, dass Herr Petersen bei diesem Thema wieder einmal den Staatsmann geben würde nach dem hemdsärmeligen Volkstribun auf dem Parteitag vom Wochenende.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

- A Aber ich kann verstehen, Herr Petersen, dass Sie sich noch nicht zwischen der Rolle des alles könnenden Staatsmanns nach dem Vorbild Ihres ausgeschiedenen Jokers oder des nach links drängenden Lafontaine-Verschnitts entscheiden können.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Aber ich komme zum eigentlichen Thema zurück.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich wollte eigentlich warten, bis man sich Ihnen entweder zuwendet oder zumindest so leise ist, dass Sie zu Gehör kommen können.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Jäger.

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Das andere gehört auch durchaus zum Thema, nur wollen Sie das nicht hören.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte bei diesem Thema auf ein Zitat in der "Bild"-Zeitung vom November letzten Jahres verweisen. Dort stand in der Rubrik "Wie ich es sehe" das Zitat – hören Sie zu, das wollen Sie auch nicht hören, das gehört zum Thema –:

(*Gerhard Lein SPD*: Doch jetzt, wo er zum Thema kommt!)

- B "21 Prozent der Wahlberechtigten in Hamburg haben für eine neue Wahlgesetzfassung gesorgt, die im Ergebnis für die Parteien allerdings unerfreulich werden kann. Sie haben etwas unterschrieben, von dem viele Wähler nicht wissen, wie sie damit anlässlich einer Wahl umzugehen haben. Und so ist es doch keineswegs undemokratisch, wenn die von 68,7 Prozent der Wahlberechtigten gewählte Bürgerschaft ein Wahlgesetz ändern will, das von nur einem Drittel der Wahlberechtigten veranlasst wurde."

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Das Zitat geht weiter:

"Gesetze werden von der Bürgerschaft oder durch Volksentscheide beschlossen. Letztere heben das Recht der Bürgerschaft jedoch nicht auf, neue Gesetzesvorlagen einzubringen. Dies ist in jedem Fall demokratischer, als sie von einer nicht in der Verantwortung stehenden, anonymen, so genannten Basisdemokratie zu beziehen."

Ende des Zitats.

Diesen Worten habe ich nichts hinzuzufügen. Aus Sicht der CDU-Fraktion kann ich sie rückhaltlos unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend, meine Damen und Herren von der Opposition, komme ich nicht umhin, mich über eine gewisse Doppelzüngigkeit bei Ihnen zu wundern. Unsere Änderungsvorschläge beim Wahlrecht prangern Sie an, wir dürften das durch Volksgesetzgebung geschaffene Gesetz nicht ändern, wir handeln aber eindeutig rechtmäßig. Sie oder zumindest einige Ihrer Vertreter in den Deputationen sind nicht einmal bereit, sich an geltendes Recht

zu halten und ihre Sitze nach der Gesetzesänderung dort aufzugeben.

(Beifall bei der CDU)

Das müssten Sie tun. Sie messen mit zweierlei Maß und das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ist in höchstem Maße unredlich. Das nenne ich Missbrauch und damit tun Sie genau das, was Sie uns vorwerfen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Das war keine Rede, das war Gehoppel!)

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Jäger, Sie haben dazu beigetragen, dass man erst recht dafür plädieren muss, dass sich die Bürger ihre Abgeordneten selbst auswählen. Der eine hat das Thema verfehlt, der andere hat seinen Leistungskurs nicht besucht. Das spricht nur dafür.

Aber am meisten an der ganzen Debatte ärgert mich, dass Sie hier eine Skrupellosigkeit an den Tag legen und immer dreister werden in Ihren Argumentationen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie sind nicht nur Wiederholungstäter, sondern inzwischen zum Intensivtäter in Sachen Machtmissbrauch und Missbrauch der demokratischen Spielregeln geworden. Ihr Gedächtnis haben Sie sowieso an der Garderobe abgegeben. Ich erinnere Sie ganz bewusst noch einmal an den LBK-Verkauf, Herr Mattner, und das kann man nicht oft genug tun; wir hatten uns damals schon bitter getäuscht. Die CDU-Fraktion, der CDU-Senat haben kaltlächelnd die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler übergangen, aber Sie setzen wohl auf die Vergesslichkeit der Wähler. Beim Wahlrecht ist es jetzt dasselbe Spiel. Demokratische Spielregeln gelten anscheinend nicht für absolute Mehrheiten. Mit durchsichtigen Argumenten ziehen Sie zu Ihrem Vorteil die Gesetzesänderung durch und hier von Modifizierung zu reden, ist schon mehr als zynisch. Ich bin immer wieder überrascht, wie der Bürgermeister sich da heraushält und frage mich, wo denn seine demokratischen Grundsätze bleiben. Vielleicht haben Sie die auch an der Garderobe abgegeben, Herr von Beust. Was muss jemand denken – im Publikum ist bestimmt der eine oder andere dabei –, der sich für die direkte Demokratie engagiert hat, der vielleicht sogar Unterschriften gesammelt und das Verfahren bis zum Volksentscheid mitgemacht hat, wenn Sie das einfach so einkassieren? Man fühlt sich doch auf den Arm genommen, wenn man sich als Hamburgerin und Hamburger in den letzten Jahren für diese Art der direkten Demokratie zur parlamentarischen Demokratie entschieden hat. Dann kommt tatsächlich das durch, was eben schon von einer meiner Vorrednerinnen angedeutet wurde: Die da oben machen sowieso, was sie wollen. Zwei Drittel der Hamburgerinnen und Hamburger haben sich für dieses neue Wahlrecht entschieden und da können Sie doch nicht sagen, was schert mich Mehrheit und Demokratie. Das ist ein politischer Dammbbruch, den Sie sich da erlauben.

(Beifall bei der GAL und der SPD und Zurufe von der CDU)

- A Brüllen Sie nicht so herum, Herr Voet van Vormizeele. Sie tun es trotzdem und können es natürlich auch. Damit zementieren Sie das Urteil über absolute Mehrheiten: Absolute Mehrheiten sind gefährlich für die Demokratie. Das ist ein ziemlich riskanter Stil Ihrer Fraktion und da wollen Sie Hamburg-Partei werden. Daran kann man nicht glauben, wenn Sie Ihre Vorbildfunktion aufgeben, wenn Sie Ihre Verantwortung abgeben und wenn Sie vor allen Dingen Politikverdrossenheit und Resignation produzieren.

Meine Damen und Herren von der CDU! Wovor haben Sie eigentlich Angst?

(Barbara Ahrons CDU: Nicht vor Ihnen!)

Probieren Sie doch wenigstens einmal dieses neue Wahlrecht aus, das sich die Hamburgerinnen und Hamburger gegeben haben.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wir sind doch nicht im Kindergarten!)

Das wäre doch die Lösung. Sie schicken alle Leute, die sich für die direkte Demokratie engagiert haben, wieder zurück auf Los und das Spiel ist erst mal aus. Besser wäre es, wenn Sie zurück auf Los gingen oder noch besser: Sie setzen mal eine ganze Runde aus

(Beifall bei der GAL und der SPD)

und denken erst einmal darüber nach und dann können Sie wieder starten. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Das darf doch nicht wahr sein!)

- B **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU behauptet von sich, eine Volkspartei zu sein und hat die letzte Koalition unter dem Namen geführt, es sei eine bürgerliche. Seit dieses Gesetz existiert, hat diese Regierung unter der Führung von Ole von Beust auf der bezirklichen Ebene mehrere Bürgerbegehren schlicht weggestimmt und niedermanipuliert,

(Bernd Reinert CDU: Was?)

in Altona im Zusammenhang mit der Stresemannstraße – das Thema Bismarckbad ist noch gar nicht alt – und zwei Vorfälle bereits in Wandsbek.

Der Volkswille zum Landesbetrieb Krankenhäuser wurde durch diese Regierung mit Füßen getreten. Die betriebliche Mitbestimmung am Beispiel des Personalvertretungsrechts für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurde demontiert, anders kann man das gar nicht sagen. Das ist nicht reformiert, sondern demontiert.

(Beifall bei der SPD)

Und nun der Gipfel: Das Wahlrecht, vom Volk mehrheitlich so bestimmt, wird verbogen, bevor es überhaupt in der Lage ist, sich zu bewähren. Es wird durch diese Regierungsmehrheit hinweggetrickst. Eine Partei, die von sich behauptet, bürgerlich zu sein, muss sich für diese Vorgänge schämen; anders kann man das nicht sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die CDU ist jedenfalls auf dem besten Weg, die Fähigkeit, von sich als Volkspartei zu sprechen, zu verlieren.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Machen Sie sich mal keine Sorgen um unsere Partei!)

Es gibt viele von Ihnen – das wissen wir –, die sagen, da müssen wir durch, wir nehmen den Ärger auf uns, es ist notwendig wegen der Parteiräson; das wird sich bitter rächen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Langhein.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wahlrecht gehört zu den originären Aufgaben, die der Gesetzgeber zu bestimmen hat. Es ist völlig legitim, wenn Abgeordnete und Fraktionen sich über das Wahlrecht Gedanken machen und im demokratischen Diskurs als Gesetz festlegen.

(Beifall bei der CDU)

Auch das derzeit gültige Wahlrecht hat sich den Fragen und Gedanken von frei gewählten Abgeordneten in diesem Parlament zu stellen. Dies ist kein Missbrauch, sondern primäre Aufgabe der Abgeordneten in diesem Hause. Es gibt keinen Grundsatz, der besagen würde, das derzeit gültige Wahlrecht sei das einzig richtige und mögliche. Es unterliegt auch der Prüfung, der sich die CDU-Fraktion angenommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Meinungen zum Wahlrecht müssen erlaubt sein. Sie als Schlag gegen das Volk oder als Missbrauch zu bezeichnen, hat wenig – wenn nicht gar nichts – mit parlamentarischer Demokratie zu tun.

(Beifall bei der CDU – Gesine Dräger SPD: Meinungen sind erlaubt!)

Demokratie lebt von der Fähigkeit, einen Kompromiss zu erzielen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja! – Manuel Sarrazin GAL: Ja, eben!)

Das derzeit gültige Wahlrecht spiegelt nur eine Meinung zum Wahlrecht wieder und nicht die einzige. So ist die Kopplung der Bezirksversammlungswahl mit der Wahl zum Europäischen Parlament verfassungsrechtlich problematisch, denn was passiert, wenn sich das Europaparlament auflöst? Dies kann nicht zur Folge haben, dass damit zugleich die Bezirksparlamente aufgelöst sind. Auch das Überlassen des Rechts zur Bildung von Wahlkreisen durch die Bezirksversammlung ist verfassungsrechtlich problematisch, denn nur der Gesetzgeber ist dazu legitimiert, das Wahlrecht auszugestalten.

Wenn aber nun – wie man sieht – Fehler im derzeitigen Wahlrecht vorhanden sind, kann kein vernünftiger Mensch es bei solchen Fehlern belassen. Auch die Opposition ist dazu aufgerufen, solche Fehler zu beseitigen. Die weiteren Änderungsvorschläge der CDU-Fraktion zum derzeitigen Wahlrecht führen zu mehr Übersichtlichkeit und Vereinfachung.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Ein komplizierteres Wahlrecht ist nicht demokratischer, weil es kompliziert ist, als ein übersichtliches und etwas einfacher ausgestaltetes Wahlrecht, das die CDU-Frak-

C

D

- A tion nun nach langer Diskussion vorschlägt. Es ist doch unbestreitbar, dass das derzeitige Wahlrecht sehr kompliziert ist und einem intellektuellen Systemdenken entspricht, das nicht zwingend zu mehr Demokratie führt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Um mit den Worten des Altkanzlers Helmut Schmidt zu sprechen: Die intellektuellen Spinner sind nicht die Einzigen, die den Anspruch auf die Richtigkeit ihrer Antworten auf Fragen zu bestimmten Problemen haben.

(Beifall bei der CDU – *Jens Kerstan GAL*: Sie halten die Mehrheit des Volkes also für intellektuelle Spinner?)

Die CDU-Fraktion knüpft mit ihren Verbesserungsvorschlägen an das derzeitige Wahlrecht an und lässt es in seinem Kernbereich unangetastet. Ob dies bei der praktischen Durchführung dieses realitätsangepassten Wahlrechts ausreicht, ist in der nächsten Wahlperiode zu überprüfen. Die CDU-Fraktion wird nicht ein fehlerhaftes, weil verfassungsrechtlich unzulässiges Wahlrecht zur Anwendung kommen lassen. Als Regierungsfraktion kann sie dies auch nicht verantworten. Nur die Opposition versperrt sich einer undogmatischen Überprüfung des derzeitigen Wahlrechts, was aber keineswegs konstruktiv ist. Ich rufe Sie also auf, sich inhaltlich mit den Vorschlägen der CDU-Fraktion zum derzeitigen Wahlrecht auseinanderzusetzen und nicht mit Schlagworten diesen Kernbereich parlamentarischer Tätigkeit zu untergraben.

(Beifall bei der CDU)

- B Die Benennung dieser Probleme muss in der parlamentarischen Demokratie erlaubt sein, ebenso wie das Präsentieren von Verbesserungsvorschlägen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Langhein, ob jemand, der keine Hochschulausbildung genossen hat, Ihre gestellte Rede verstanden hätte, bezweifle ich arg.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Barbara Ahrons CDU*: Wunderbar klar war die!)

Aber im Gegensatz zu Ihnen können wir gern über konkrete Punkte in Ihren Vorschlägen reden, denn Sie reden allgemein von Fehlern des Wahlrechts, ohne konkret zu analysieren, wo die Fehler wirklich derart unerträglich seien, dass ein Gesetz unbedingt geändert werden müsse, das über lange Jahre beraten worden und Gegenstand eines langjährigen Prozesses der Volksgesetzgebung gewesen ist.

Um einen zentralen Punkt herauszugreifen: Sie liegen mit Ihrer Analyse falsch, was durch dieses Gesetz passieren werde, denn Sie malen hier ein falsches Bild an die Wand. Sie tun so, als wäre das Ergebnis dieses Wahlrechts, dass die Listen der Parteien komplett von den Füßen auf den Kopf gestellt und durcheinander gewirbelt würden. Es wird dann mit den Fachleuten argumentiert, die gute fachliche Arbeit leisten würden und nicht die Show-Macher im Wahlkreis seien, diese würden sich dann nicht durchsetzen. Schauen Sie einfach einmal ganz nüchtern nach Süddeutschland, wo es im Kommunalwahlrecht dieses Wahlrecht gibt. Dort ist es mitnichten

so, dass regelmäßig die Parteilisten durcheinander gebracht werden. Es gibt in der Tat eine Regelmäßigkeit. Vielleicht machen Sie sich da besonders Sorgen: Bei Parteien, die Frauen unterrepräsentiert aufstellen, werden Frauen sehr stark nach vorn gewählt,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

da leider – aus Sicht dieser Parteien – 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler Frauen sind und diese eben gern Frauen wählen. Das kommt natürlich bei Parteien – insbesondere die CDU ist da betroffen – negativ an, weil dann die Männer, die weiter vorn platziert sind, das Nachsehen haben. Ansonsten zeigen die Erfahrungen, dass die Listen eben nicht durcheinander gebracht werden, sondern dass die Wählerinnen und Wähler im Regelfall sehr wohl die Vorschläge der Parteien bestätigen. Es gibt aber die Möglichkeit, im Ausnahmefall zu korrigieren, wenn eine Partei – wie es zum Beispiel hier in Hamburg bei der CDU der Fall war – für gesellschaftliche Gruppen überhaupt nicht mehr durchlässig ist und ein total undemokratisches internes Verfahren zur Aufstellung anwendet. Das ist doch wichtig und darum geht es bei diesem Wahlrecht. Sie malen hier ein Horrorszenario an die Wand, dass plötzlich nur noch Krakeeler und Schreihälse in der Bürgerschaft säßen, die keine sachliche Arbeit mehr leisten würden. Von dieser Diffamierung des Wahlrechts sollten Sie sich distanzieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir diskutieren seit Herbst immer wieder, weil Sie unablässig an diesem Vorhaben festhalten. Deswegen, Herr Jäger, werden wir Sie auch immer wieder damit konfrontieren, dass dieses Vorhaben falsch ist.

Aber wir diskutieren jetzt eine neue Regelung und das ist diese Berlusconi-Klausel. Das wirklich Erschreckende an dieser Klausel ist ja, dass sie immer nur der Partei zugute kommen kann, die allein die Chance hat, die absolute Mehrheit zu stellen, und nicht einer etwaigen Koalition, die möglicherweise ansonsten eine Mehrheit zustande bekäme. Das ist eine Regelung, die haargenau nur auf die CDU zugeschnitten ist. Das sind die verwerflichsten Wahlrechtsklauseln, Klauseln, die nur einer Partei nützen können. Da vergreifen Sie sich ganz gewaltig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Mene mene tekkel u-parsin, sehen Sie die Zeichen an der Wand? Hören Sie darauf. Dass die Menschen dieser Stadt hoch empört sind, dass mit Volksentscheiden, mit dem Wahlrecht so umgesprungen wird, wie Sie das tun – ich kann Sie nur warnen. Es ist nicht nur an den Infoständen so und wenn wir uns hinstellen und sagen, das sei doch eine schlimme Sache. Wenn Sie gehört haben, was Herr Weidmann vom Zentralausschuss der Bürgervereine an deutlicher Kritik an diesem Vorhaben geübt hat, das Wahlrecht zu ändern, sollten Sie noch einmal sehr intensiv nachdenken und überlegen, ob Sie nicht sehr intensiv dabei sind, an dem Ast zu sägen, auf dem Sie selbst sitzen. Es ist mitnichten so, dass die Bürgervereine besonders der SPD oder der GAL nahe stünden. Die Tradition ist dort eine ganz andere. Wenn selbst solche Organisationen, die traditionell eher im konservativen Lager angesiedelt sind, Ihnen sagen, Sie seien auf einem Irrweg, sollten Sie das sehr Ernst nehmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Jäger, eigentlich sind Sie als intelligenter Abgeordneter bekannt, aber dass Sie jetzt Herrn Sattelmeier als Kronzeugen für Ihre Wahlrechtsdemonstration anführen,

(*Michael Neumann SPD:* Der hat das Bundesverdienstkreuz!)

ist einfach nur peinlich. Das ist wirklich der letzte Kronzeuge, der Ihnen dazu einfallen kann.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann noch etwas zum Thema "Verfassungsrechtliche Bedenken", die Herr Langhein hier vorgetragen hat. Diese Bedenken hatten Sie vielleicht auch schon vorher. Wenn sie einmal geäußert worden wären, hätte der Erste Bürgermeister – der jetzt hier nicht mehr sitzt – das Gesetz, das durch Volksentscheid zustande gekommen ist, gar nicht verkünden dürfen. Dann hätte es verfassungsrechtliche Bedenken gegeben, dann hätte er diese Bedenken anmelden müssen. Das ist das Prüfungsrecht des Bürgermeisters, bevor ein Gesetz ins Gesetzblatt kommt. Da gab es keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Jetzt kommen Sie damit. Das soll glaubwürdig sein? Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Rolf Harlinghausen CDU:* Wenn die Bürger gewusst hätten, wie sie wählen, wären Sie auch nicht hier!)

- B Dann reden Sie hier von einem "realitätsangepassten Wahlrecht". Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, was Sie dazu vorgetragen haben. Nein, es ist der CDU-Realität angepasst, nicht der Realität der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dazu braucht man sich nur anzusehen, wie der Kompromiss zustande gekommen ist. Da bekommt Frau Hochheim noch ein paar Bezirkswahlkreise, damit sie entsprechend mitstimmt.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Waren Sie dabei, Herr Dressel?)

Aber es dürfen auch nicht so viele sein, dass dann vielleicht Herr Fischer aus Harburg seinen Einfluss geltend macht und die sieben Harburger Bürgerschaftsabgeordneten das Gesetz dann hier nicht passieren lassen. Das ist doch ein Kuhhandel auf Kosten der Demokratie.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann sagen Sie auch noch, das Wahlrecht, so wie es im Gesetzblatt stehe, sei eine Meinung. Wo kommen wir denn hin, wenn wir sagen, die gültige Gesetzeslage sei eine Meinung? Was ist das für ein Verständnis von Recht und Gesetz? Darauf legt die CDU sonst immer sehr viel Wert. Das ist einfach nur abenteuerlich, Herr Langhein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Deshalb kann man zum Abschluss nur sagen: Sie haben da noch etwas von demokratischem Diskurs erzählt. Es gab einen demokratischen Diskurs, nämlich vor dem Juni 2004. Ich weiß nicht, ob Sie da schon in der Bürgerschaft waren, zumindest waren Sie aber ab März wohl dabei.

Diesen Diskurs haben wir als CDU und SPD gemeinsam in dieser Auseinandersetzung verloren. Wir haben die Bürgerinnen und Bürger nicht von dem Fünfteiler-Modell überzeugen können. Das war unser Vorschlag. Das Volk hat entschieden. Auch wenn wir als SPD Zweifel haben und damals für etwas anderes gestanden haben, haben wir dies zu respektieren. Daran halten wir uns und sie halten sich nicht daran. Das ist schlimm.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Reinert und die CDU-Fraktion, Sie hatten sich so vehement gegen die Wortwahl von Herrn Müller gewehrt, der von einem "erlaubten Putsch" gesprochen hatte. Wenn man dies genau auseinander nimmt, was kann mit einem erlaubten Putsch gemeint sein? So etwas wie eine legale, aber illegitime Machtergreifung.

(*Bernd Reinert CDU:* Das Wort "Machtergreifung" macht es nicht besser!)

Sie müssen sich schon die Frage gefallen lassen, ob es denn etwas anderes sei, wenn sich zwei Drittel des Volkes dafür entscheiden, dass der LBK in städtischer Hand bleiben soll, und die CDU dann etwas anderes entscheidet. Was ist es anderes als eine illegitime, aber durchaus legale Machtergreifung, wenn das Volk sich Regeln gibt, wie Volksbegehren geregelt werden sollen, und die CDU dann wiederum etwas Verfassungswidriges macht – wie Sie ja gerade vom Verfassungsgericht bescheinigt bekommen haben –, das diesem widerspricht? Was ist es anderes als eine illegitime, wenn auch legale Machtergreifung, wenn sich das Volk mit Zweidrittelmehrheit für ein Wahlrecht entscheidet und Sie etwas ganz anderes machen wollen? Da müssen Sie sich den Vorwurf eines erlaubten Putsches durchaus gefallen lassen, Herr Reinert.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Richtig schön fand ich allerdings die Ausführungen von Herrn Voet van Vormizeele, man müsse jetzt Verantwortung übernehmen. Was ist denn das für eine Verantwortung? Wir hatten uns doch im Parlament darauf geeinigt: Mit der Einführung von plebiszitären Elementen wollten wir ein Stückchen Verantwortung in die Hände des Volkes legen. Man kann der Auffassung sein, an dem einen oder anderen Punkt habe das Volk einen Fehler gemacht. Ich stehe inhaltlich zu diesem Wahlrecht. Aber selbst abstrakt gesehen, wenn man einen Punkt fände, in dem das Volk etwas gemacht hat, das in Ihrer Auffassung falsch ist

(*Michael Neumann SPD:* CDU wählen, zum Beispiel!)

– das sei Ihnen zugestanden –, wäre doch der nächste Punkt, dass zur Verantwortung auch dazugehört, dass man sie lernen muss und nur dann lernen kann, wenn man diese Fehler macht. Sie gerieren sich im Moment wie eine Oberglocke, die dem Volk als ihren Kindern auf die Finger haut, um sich vor ihren eigenen Kindern zu schützen. Das ist Ihr komisches Verständnis von Verantwortung. Ich kann nur hoffen, dass Sie Ihre Kinder anders erziehen.

C

D

A (Beifall bei der GAL)

Ganz absurd wurde es bei den Krokodilstränen, die vergossen wurden. Es sei Ihnen nicht leicht gefallen, sich zu einigen. Es bestehe auch eine Streitkultur und es sei so toll, wie groß diese in Ihrer Fraktion gewesen sei. Wir wollen festhalten: Sie streiten sich im Moment nicht darüber, ob Volkes Wille mit Füßen getreten werden soll, Sie streiten sich intern nur noch darüber, wie man Volkes Wille am besten mit Füßen tritt. Das ist Ihre Streitkultur. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Ihnen nichts anderes mehr einfällt, als die "Bild-Zeitung" zu Ihrem Kronzeugen zu berufen,

(*Michael Neumann SPD*: "Bild" geht ja noch, aber Herr Sattelmeier!)

dann sagt das schon etwas über das Niveau, auf dem Sie diese Debatte führen.

(Beifall bei der GAL)

Sie haben tatsächlich seit 1993 nicht viel gelernt, seit dem Urteil des Hamburgischen Verfassungsgerichtes, dass Sie immer noch in der Tradition Ihres ehemaligen Vorsitzenden und immer noch in der Tradition des Ausklingens von Wahllisten stehen und nichts dazugelernt haben. Wenn eine Zweidrittelmehrheitsentscheidung des Volkes als nur eine Meinung dargestellt wird – Herr Dressel hat es gesagt – oder auch, darüber hinausgehend, als etwas, das in den Bereich der intellektuellen Spinner – das hatten Sie ja so zitiert – reiche, müssen Sie sich nicht wundern, wenn Sie auch zur Politikverdrossenheit beitragen. Mit solch einem Vorgehen sorgen Sie dafür, dass es immer neue Protestparteien und immer mehr Populisten und Extremisten gibt. Im Ergebnis schaden Sie damit der Demokratie.

B

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Reinert für drei Minuten.

(*Ingo Egloff SPD*: Jetzt wird es philosophisch!)

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin nicht nur hier nach vorne gekommen, um die ungerechtfertigten Angriffe auf meinen Kollegen Lafrenz zurückzuweisen.

(*Michael Neumann SPD*: Warum kann Herr Lafrenz das nicht allein sagen?)

Herr Lafrenz hat im Gegensatz zu Ihnen die Fähigkeit zu differenzieren. Er hat die Fähigkeit zu sagen, eine Sache sei notwendig, es müsse gehandelt werden, trotzdem sehe er die Bedenken. Sie machen es sich hier ausgesprochen einfach und entziehen sich damit Ihrer Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Aber das ist nicht der einzige Grund, dessentwegen ich an diese Stelle getreten bin. Ich möchte noch zwei, drei Bemerkungen zu anderen Dingen machen, die hier in der Debatte gesagt wurden: Die zwei Drittel der Hamburgerinnen und Hamburger, die dieses Wahlrecht angeblich befürwortet haben – es waren gute 21 Prozent der Hamburger, die sich für dieses neue Wahlgesetz ausgesprochen haben.

(*Inge Ehlers CDU*: Genau so war es! – *Doris Mandel SPD*: 21 Prozent der Einwohner!)

C

Die Legitimationsgrundlage ist durchaus nicht besser als die Legitimationsgrundlage der Bürgerschaft. Wir werden unserer parlamentarischen Verantwortung gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir ein Wahlrecht haben, bei dem nicht sichergestellt ist, dass das Wählervotum auch tatsächlich zu einer parlamentarischen Mehrheit wird, haben wir irgendwo einen Fehler im Wahlsystem. Diesen versuchen wir zu korrigieren.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sarrazin?

Bernd Reinert (fortfahrend): – Ich kann angesichts der Zeit, Herr Kollege Sarrazin, keine Zwischenfrage zulassen.

Abschließend noch ein Wort zum Stil dieser Debatte.

(Zurufe von *Katja Husen GAL* und *Aydan Özoguz SPD*)

Den unerträglichen Ausdruck eines legalen Putsches hat Herr Müller, zu Recht gerügt, dann noch mit einem SED-Vergleich übertroffen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Lieber Herr Maaß, eine weitere Ihrer gezielten Provokationen. An und für sich sollten Sie für so etwas zu intelligent sein. Mit dem nicht zufällig geäußerten Wort "Macht-ergreifung" dürfen wir von Ihnen an dieser Stelle wirklich eine Entschuldigung erwarten.

D

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zu Punkt 3, der Drucksache 18/3838, der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichtes.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichtes – Drucksache 18/3838 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Martens und Frau Thomas abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann Ihren Stimmzettel

- A in die Wahlurne. Ich darf nun Martens bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmenabgabe abgeschlossen ist. Hiermit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.32 Uhr

Wiederbeginn: 16.39 Uhr

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir die Sitzung wieder eröffnen können.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 114 Stimmzettel abgegeben worden. Alle 114 Stimmzettel waren gültig. Frau Hannelore Wirth-Vonbrunn erhielt 97 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

- B Frau Wirth-Vonbrunn ist hiermit erneut zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden und ich bitte Sie, hier nach vorn zu kommen.

Frau Wirth-Vonbrunn, die Bürgerschaft hat Sie soeben erneut zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Hierzu darf ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aussprechen. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

Hannelore Wirth-Vonbrunn: Ich nehme die Wahl an, Frau Präsidentin!

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Da Sie bereits Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind, haben Sie den Eid nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht vor der Bürgerschaft schon geleistet. Eine erneute Vereidigung ist somit nicht erforderlich.

Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen nun als Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts weiterhin eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute, Glück und auch Befriedigung für Ihre Aufgabe.

Hannelore Wirth-Vonbrunn: Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 18/4139, Bericht des Wirtschaftsausschusses: Wirtschaftskriminalität – Ignoriert der Senat Gefahren für den Wirtschaftsstandort Hamburg? sowie Schutz vor EC-Karten-Betrug – Einführung von KUNO in Hamburg

[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksachen:

18/1353: Wirtschaftskriminalität – Ignoriert der Senat Gefahren für den Wirtschaftsstandort Hamburg? (Große Anfrage der SPD-Fraktion)
18/1659: Schutz vor EC-Karten-Betrug – Einführung von KUNO in Hamburg (SPD-Antrag)
– Drucksache 18/4139 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/4262 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Wirtschaftskriminalität und Korruption konsequent bekämpfen! – Drucksache 18/4262 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt haben sich die Gemüter wieder etwas beruhigt. Wir kommen aber trotzdem zu einem nicht minder wichtigen Thema für die Innen- und Wirtschaftspolitik dieser Stadt, nämlich zu der Frage: Wie gehen wir mit Wirtschaftskriminalität um? Ein Bereich, der schwere finanzielle und wirtschaftliche Schäden bedeuten kann. Daher haben wir uns im Wirtschaftsausschuss mit diesem Thema über ein Jahr beschäftigt. Wir haben eine Anhörung vorgenommen. Es gab dazu eine Senatsbefragung. Insofern war es richtig, dass wir uns hier auch zwischen den Fraktionen einvernehmlich verständigt haben, dieses Thema intensiv zu beackern.

Ich möchte mit etwas durchaus Positivem – auch aus Sicht der SPD – beginnen, denn es gibt in diesem Bereich durchaus eine positive Entwicklung, die man auch nennen muss und die ich auch nennen möchte. Im Bereich der Polizei ist das Projekt der Verbrechensbekämpfung nach schier endlosem Hickhack innerhalb der Polizei vorangekommen, auch mit einer Neuformierung des Bereichs der Wirtschaftskriminalität im Landeskriminalamt und durchaus im Konsens mit den Polizeigewerkschaften. Aber das war eine Sache, die sehr lange gedauert hat. Es ist ein Wunder, dass die Kommissare zwischendurch noch die Zeit hatten, gelegentlich auch noch Verbrechen aufzuklären, weil sie ständig mit Umzügen und Umorganisationen genervt wurden. Das Ende ist aber positiv, denn der Bereich ist jetzt stärker aufgestellt.

Positiv ist auch, dass die Dienststelle Interne Ermittlungen anerkannt ist und gute Arbeit macht, und zwar nicht nur innerhalb Hamburgs, sondern auch national und international. Hier kann man klar feststellen, dass in diesem Bereich Korruption und Kriminalität auch konsequent und nachhaltig angegangen wird.

Jetzt komme ich zum "aber". Ansonsten setzt der Senat im Bereich der Korruptionsbekämpfung viele falsche Signale. Die Abschaffung des Korruptionsregisters war und ist ein schwerer Schlag für die Korruptionsbekämpfung in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die hohe präventive Wirkung, die ein solches Register enthält, um Korruption wirklich zu bekämpfen und auch Signale gegen die Wirtschaftskriminalität zu setzen, kann durch eine noch so gute Dienststelle Interne Ermittlungen nicht ersetzt werden. Während das Land Berlin erklärt hat, dass man dieses Signal gegen Korruption benötigt – sie haben nämlich witzigerweise den anderen Weg gewählt und am 1. Juni tritt jetzt dort ein neues eigenes

C

D

- A Landeskorrupsionsregistergesetz in Kraft – macht Hamburg genau das Gegenteil und schafft dieses Korruptionsregister ab. Das ist das falsche politische Signal, denn das sagt aus: Grünes Licht für Korruption in Hamburg. Und das kann nicht das Signal sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sogar Deutschlands bekanntester Korruptionsbekämpfer, Herr Oberstaatsanwalt Schuppensteiner, der vielen sicherlich aus Funk und Fernsehen bekannt ist und der seit 20 Jahren gegen Schmiergelder und Korruption in vielerlei Unternehmen und Behörden kämpft, hat jüngst auch auf dieser Konferenz zum Thema Korruptionsbekämpfung in Hamburg vorgeschlagen, die Tilgung dieses Registers zu revidieren. Mit ihm haben sich an der Stelle Transparency International, Der Bund der Steuerzahler und die gesamte öffentliche Meinung in Hamburg auch so verhalten. Sie stehen bei dem Thema Abschaffung des Korruptionsregisters hier ganz allein. Von daher sollten Sie diesen Punkt noch einmal überdenken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nun haben Sie in der Debatte über die Abschaffung des Korruptionsregisters ausgeführt, dass Sie sich für ein Bundeskorruptionsregister stark machen wollen. Aber wir haben in der Ausschussberatung festgestellt, dass von Ihrer Seite hierzu rein gar nichts passiert ist.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

- B Es wäre vielleicht sinnvoll gewesen, wenn der Kollege Uldall, heute an dieser Debatte teilgenommen hätte, um seine Ausführungen zu diesem Thema zu machen, denn im Wirtschaftsausschuss hat er hierzu nicht viel gesagt. Es ist seine verdammt Pflicht und Schuldigkeit, für diesen Senat bei dem Ministerkollegen Glos in Berlin dafür zu sorgen, dass dieses Thema jetzt angegangen wird. Das war auch das politische Versprechen, das Sie hier gegeben haben, als das Korruptionsregister getilgt wurde. Aber es ist nichts passiert und das ist einfach peinlich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Wahrheit ist, dass Sie gar kein Bundeskorruptionsregister wollen. Das war aber bisher das erklärte Ziel. Vielleicht äußern sich der Senat oder die Abgeordneten noch hierzu. In der vorherigen Legislaturperiode haben Sie schon ein rotgrünes Korruptionsregister abgelehnt und jetzt verbummeln Sie auch das eigene.

Daher wollen wir Ihnen mit unserer Initiative auf die Sprünge helfen. Wir schlagen vor, dass Hamburg im Bundesrat initiativ wird, auf Bundesebene ein solches Register einzuführen. Wir führen auch aus, was dieses Register beinhalten soll. Wir wollen kein Schmalspur-Korruptionsregister haben, sondern wir benötigen ein Korruptionsregister, in dem wirklich alle Bereiche wettbewerbsrelevanter Wirtschaftskriminalität mit hineinkommen. Das heißt, in dieses Register gehört alles, was wirklich den Wettbewerb und die wirtschaftliche Entfaltung hier gefährdet. Von daher muss endlich etwas passieren.

(Beifall bei der SPD und bei Antje Möller GAL)

Das ist wirklich mal ein Beweis, den Sie hier antreten können. Vielleicht ist es für Sie sogar machbar, unserem Antrag zuzustimmen. Sie können hier beweisen, wie ernst Sie es mit der Bekämpfung von Kriminalität im Bereich der "Nadelstreifen" nehmen. Haben Sie hier wirklich

auch gelernt, dass Sie das genau so ernst nehmen müssen, wie andere Kriminalitätsformen? Wir sind gleich sehr gespannt, wie Sie sich hierzu verhalten wollen.

C

Der nächste Punkt, den wir in der Initiative auch aufgegriffen haben, ist: Kommt Korruption wirklich heraus? Ein Verbrechen, das die Beteiligten, nämlich der Bestechende und der Bestochene, nicht aufdecken wollen, ist schwer zu ermitteln, denn beide Seiten sind Täter. Das hat Ihr Leiter der Dienststelle Interne Ermittlungen, Herr Detlef Kreuzer, auf einer Tagung von Transparency International selbst ausgeführt, was auch richtig ist. Er hat – und daher schlagen wir das an dieser Stelle ausdrücklich vor und sind uns der Unterstützung des Innensenators eigentlich fast sicher –, zu schauen, wie man in dem Bereich die Ermittlungskompetenzen erweitern und verbessern kann.

Ein Beispiel ist, dass man die Wohnraum- und Telefonüberwachung harmonisieren will. Das ist doch absurd, dass man im Bereich schwerer Korruption zwar Wohnungen verwahren kann, also Wohnraumüberwachung betreiben kann, aber der minderschwere Eingriff, die Telefonüberwachung, nämlich das Abhören von Telefongesprächen, ist nach der Strafprozessordnung nicht möglich. Das ist ein Widerspruch, der aufgelöst werden muss.

Daher kann ich mir vorstellen, dass wir an dem Punkt hier im Haus sogar einer Meinung sind. Es kann und darf nicht sein, dass Korruptionsbekämpfer an dieser Stelle im Dunkeln tappen.

Ich möchte noch ein wenig weitergehen und zumindest als Anregung hier mit anführen, dass auch die Korruptionsbekämpfer der Meinung sind, dass wir im Bereich der Korruptionsbekämpfung auch einmal über das Thema der Kronzeugenregelung nachdenken müssen. Diese Regelung gibt es sowohl im Betäubungsmittel- als auch im Geldwäschebereich. Es muss zumindest darüber diskutiert werden, ob es sinnvoll ist, auch hier Täter aus diesem Korruptionsgeflecht herauszuholen. Ich bin der Meinung, dass es keine Denkverbote geben darf, und ich würde mir wünschen, dass wir hier eine gute und offene Debatte führen können.

D

Ich möchte noch zwei Punkte anführen, die aus unserer Sicht wichtig sind und die wir auch im Ausschuss diskutiert haben. Die Online-Anzeige, die jetzt durchaus gut und erfolgreich eingeführt ist, könnte beispielsweise nach niedersächsischem Vorbild um ein eigenes internet-basiertes Meldesystem für den Bereich Korruption und Wirtschaftskriminalität ergänzt werden. Das ist eine Sache, die dort sehr erfolgreich läuft. Warum ist das nicht ein Punkt, den man hier in die Online-Anzeige mit implementiert?

Der zweite Punkt ist auch eine Sache, bei der wir eigentlich Konsens haben müssten. Das ist dieses EC-Karten-System, was Betrüger hindern oder jedenfalls Meldemöglichkeiten im Bereich des EC-Karten-Betrugs schaffen soll. KUNO ist das alte System. Hier gibt es jetzt ein Nachfolgesystem, das wirklich etwas für die Kunden bewegen kann, die in eine solche Lage geraten sind. Auch hier ist eigentlich Konsens vorhanden. Es gibt einen Beschluss der Innenministerkonferenz. Daher die Aufforderung an Sie: Handeln Sie, Herr Senator, sorgen Sie dafür, dass dieses erfolgreiche System auch in Hamburg eingeführt wird.

(Beifall bei der SPD)

- A Zu den anderen Punkten möchte ich an dieser Stelle nichts mehr ausführen. Vielleicht kommen wir im Rahmen der Diskussion noch weiter dazu. Sie sehen, dass wir nichts Abstruses vorschlagen. Es geht darum, machbare und konkrete Schritte zu unternehmen, wie wir in dem Bereich Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Korruption noch einen Zahn zulegen können. Es sind schon Fortschritte erzielt worden, aber manches geht in die falsche Richtung und das haben wir benannt.

Daher unsere Aufforderung an Sie: Gehen Sie diesen Weg mit, die scheinbar saubere Nadelstreifen-Kriminalität muss genauso konsequent bekämpft werden, wie die andere Kriminalität. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lemke.

Dittmar Lemke CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde, dass wir soeben eine ziemlich erstaunliche Vorstellung von Herrn Dr. Dressel erlebt haben.

Die SPD versucht sich hier als Sicherheitspartei darzustellen

(Wilfried Buss SPD: Das ist sie ja auch!)

und die Wahrheit ist, dass Hamburg, seit dieser Senat regiert, nicht mehr die Hauptstadt des Verbrechens in Deutschland ist.

- B (Beifall bei der CDU)

Mein Rat in dieser Angelegenheit ist: Lassen Sie einmal Ihre politische Glaubwürdigkeit evaluieren.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion nimmt natürlich die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität sehr ernst. Es handelt sich um einen für die Bürger unserer Stadt sehr wichtigen Bereich. Es ist natürlich sowohl ein Standort- als auch ein Sozialfaktor, denn Wirtschaftskriminalität führt bei einzelnen Bürgern zu dem Verlust großer Geldwerte oder ihres Vermögens und der Konkurs von Unternehmen führt natürlich auch zum Verlust von Arbeitsplätzen.

Die erste Frage, die man sich hier stellen muss, lautet: Wie ist eigentlich das Maß der Wirtschaftskriminalität in Hamburg zu beurteilen? Hier haben wir die Anhörung im Wirtschaftsausschuss gehabt und alle Experten haben übereinstimmend darauf hingewiesen, dass wir mit den Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik natürlich sehr wenig anfangen können.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Weil das Dunkelfeld so groß ist!)

Es gibt ein enormes Dunkelfeld. Unser Ziel muss es natürlich sein, dieses Dunkelfeld verstärkt aufzudecken. Ich möchte hierfür ein Beispiel anführen.

Bei der Schwarzarbeit hatten wir im Jahre 2000 124 und im Jahre 2004 666 aufgedeckte Fälle. Das ist eine Steigerung von 400 Prozent. Jetzt fasst man sich ans Herz und denkt über ein eventuelles Anwachsen nach. Dann stellt man fest, dass die Mitarbeiterzahl beim Zoll im gleichen Zeitraum auch ungefähr um 400 Prozent gestiegen ist. Das heißt, die gestiegenen Mitarbeiterzahlen haben zu einer verstärkten Erhellung des Dunkelfeldes gesorgt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben Sie bei unseren Kriminalitätsstatistiken in den Neunzigerjahren aber nicht festgestellt!)

– Herr Dr. Dressel, ich weiß gar nicht, was Ihre Aufregung jetzt soll. Ich dachte bisher, in Ihren Adern fließt nur Kamillentee.

In Hamburg ist Wirtschaftskriminalität vorhanden. Da es eine Metropole mit besonderer wirtschaftlicher Dynamik ist, gibt es natürlich auch das Risiko einer erhöhten Aktivität der Wirtschaftskriminalität.

Wir haben aber keine Anhaltspunkte dafür, dass es in Hamburg ein Maß der Wirtschaftskriminalität gibt und dadurch das Vertrauen des Bürgers in den Staat nachhaltig gestört wäre. Man darf also Hamburg auch nicht als eine Hochburg der Wirtschaftskriminalität darstellen. Ich glaube, dass es einfach wichtig ist, dass wir hier auch einmal ein realistisches Bild der Strafverfolgungsbehörden und der Situation in der Stadt zeichnen.

(Dr. Wilfried Maier GAL: Je mehr Wirtschaft, je mehr Kriminalität!)

Die Expertenanhörung hat ergeben, dass die Hamburger Strafverfolgungsbehörden gut aufgestellt sind. Diese Aussage traf auch Herr Schöndube, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Wir haben in den letzten Jahren eine erhebliche Personalverstärkung vorgenommen. Hierfür möchte ich nachstehend einige Beispiele nennen.

Es gibt Dienststellen für Geldwäsche und Vermögensabschöpfung. Eine sehr wichtige Dienststelle ist das Betreuungsprogramm zur Spionageabwehr durch das Landesamt für Verfassungsschutz. Hier werden 170 Unternehmen in Fragen der Spionageabwehr beraten, und zwar kompetent und spezialisiert. Das ist eine großartige Sache.

Was das Korruptionsregister betrifft, Herr Dr. Dressel, bitte jetzt zuhören, sind Sie hier wieder mit Ihrer "ollen Kamelle" angekommen, nämlich mit einem Korruptionsregister nach dem Vergabegesetz. Ich nenne das hier eine "olle Kamelle" und komme wieder auf den Kamillentee zu sprechen.

(Gesine Dräger SPD: Dann sagen Sie doch mal was Inhaltliches dazu!)

– Es ist eine "olle Kamelle" und ich will Ihnen auch sagen, warum. Sie müssen überhaupt erst einmal dafür sorgen, dass vernünftige Gesetze gemacht werden und keine Gesetze, bei denen der Bürger vollständig das Vertrauen in diesen Staat verlieren wird. Das war nämlich beim Vergabegesetz der Fall.

(Ingo Egloff SPD: Sie wissen doch nicht, wovon Sie reden!)

Ein Gesetz, in dem ein Langhorner korruptes Unternehmen in ein Register eingetragen wird und ein Norderstedter Unternehmen nicht, ist doch wirklich albern. Und hier werden die Bürger vollständig das Vertrauen in das Gesetz verlieren.

(Beifall bei der CDU – Gesine Dräger SPD: Sind Sie nun dafür oder dagegen?)

– Warten Sie ab, ich werde Ihnen das erklären.

Die CDU-Fraktion vertritt seit langem die Auffassung, dass ein Korruptionsregister nur bei überregionaler Erfas-

- A sung etwas bringt. Dieser Erkenntnisprozess hat sich bei der SPD erst sehr langsam durchgesetzt. Mit Ihrem zusammengeschnittenen Zusatzantrag verlangen Sie jetzt das, was schon seit Jahren "State of the Art" ist, Herr Dr. Dressel.

Allerdings bestehen bei diesem Zusatzantrag rechtstaatliche Bedenken. Wir können doch keine Eintragung in ein Korruptionsregister nur aufgrund einer Anklage der Staatsanwaltschaft vornehmen. Die Eintragung in ein solches Register ist natürlich mit großen Konsequenzen verbunden. Derjenige wird keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten. Das kann zu Konkursen und zur Arbeitslosigkeit führen.

Ich bin der Meinung, dass nur eine rechtskräftige Verurteilung zur Eintragung in ein solches Register führen darf und keinesfalls ein bloßer Verdacht oder womöglich sogar eine Diffamierung durch ein anderes Unternehmen, wie sich die SPD das anscheinend vorstellt. So geht das nicht.

(Beifall bei der CDU – *Barbara Ahrons CDU*: Genau! – *Gesine Dräger SPD*: So ein Quatsch!)

Jetzt kommen wir zum System KUNO. Ich hatte mich bislang in den Medien gegen das System KUNO ausgesprochen. Das räume ich hier auch gern ein.

(*Michael Neumann SPD*: Stimmt, das war der Aufmacher!)

- B Es ist allerdings so, dass das jetzt geplante System KUNO nichts mehr mit den Pilotprojekten aus den vergangenen Jahren zu tun hat. Es ist natürlich klar, dass ein Teil des Handels das sichere PIN-Karten-System einfach aus Kostengründen nicht einführt und bei dem Lastschriftverfahren bleibt. Dieses Lastschriftverfahren ist natürlich wesentlich unsicherer, als das PIN-Verfahren. Es wäre politisch wünschenswert, dass wir das PIN-Verfahren voranbringen.

Ich bin der Meinung, dass der Staat die dadurch verursachten Sicherheitskosten nicht übernehmen sollte. Der jetzige Unterschied ist, dass auf der Plattform des europäischen Handelsinstitutes das System KUNO eingerichtet wird. Das heißt, die Wirtschaft trägt ihre Sicherheitskosten in diesem Punkt selbst und daher wird das System KUNO auch eingeführt.

Ansonsten gilt Folgendes – und das ist bei unserer gemeinsamen Anhörung im Wirtschaftsausschuss auch ganz klar zum Ausdruck gebracht worden –: Wirtschaftskriminalität bekämpft man nicht durch Aktivismus, sondern durch nachhaltige Qualität der Arbeit in den Dienststellen.

Die CDU-Fraktion stellt sich vor, dass hier zukünftig der fachliche Austausch noch weiter gefördert werden kann

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das schlagen wir ja vor!)

und wir können uns auch vorstellen, dass man eventuell an der Universität Hamburg eine Professur für Wirtschaftskriminalität einrichtet. Hierdurch würde sich eine Art Kompetenzzentrum entwickeln können. In diese Richtung denken wir und wir würden uns freuen, wenn Sie mitdenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort bekommt Herr Kerstan. C

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Entgegen der Ausführung von Herrn Lemke, ist das ein Thema, über das sich zu sprechen lohnt, denn natürlich ist Hamburg einer der großen Schwerpunkte von Wirtschaftskriminalität in Deutschland. Das hat erst einmal nichts direkt damit zu tun, wie intensiv hier jetzt ermittelt oder präventiv gearbeitet wird, sondern das liegt in der Natur der Sache begründet, denn in wirtschaftlich starken Städten – und hierzu gehört Hamburg zweifellos – passiert natürlich auch die meiste Wirtschaftskriminalität. Daher muss man dieses Thema schon ein bisschen ernster nehmen und nicht in der nonchalanten Art darstellen, wie Sie es hier präsentiert haben, Herr Lemke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich muss auch ganz ehrlich sagen, dass es mich ein bisschen irritiert, dass die Union, die sehr stark ihren Wahlerfolg von 2001 als Partei von Gesetz und Ordnung begründet hat, jetzt hier so nebenbei erklärt, dass die Wirtschaftskriminalität nicht so wichtig ist.

Wenn man sich diese Verbrechensstatistiken von 2001 anschaut, die Hamburg als Hauptstadt des Verbrechens in Deutschland ausgewiesen hat, dann wird man feststellen, dass das 2001 die Realität war. Es gab allein 26 000 Fälle von Anlagebetrug, die 2001 in der Polizeistatistik aufgetaucht sind. Im vorhergehenden Jahr waren es 278 Fälle und im Jahr danach waren es 173. Das hat wenig damit zu tun, dass dann in den Jahren vorher oder hinterher nicht ermittelt wurde, sondern dass genau in diesem Jahr eine sehr große Kette aufgefliegen ist. D

Wenn Sie jetzt erklären, die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität ist wichtig, weil unter Ihnen diese Stadt wichtiger geworden ist und verweisen hierbei auf die polizeiliche Kriminalstatistik, dann muss man schlicht und ergreifend sagen, dass man das von den Fällen der Wirtschaftskriminalität nicht loslösen kann.

Insofern finde ich es wirklich sehr bedenklich, dass Sie einerseits diese Zahlen, die immer für einen harten Kurs im Bereich von Drogendealern, Migranten und anderen Gruppen interpretiert werden müssen, benutzt haben, andererseits aber bei denjenigen, bei denen eine große Anzahl von Fällen zur Debatte steht und Menschen mit ihrer Altersversorgung sowie teilweise mit ihren Betrieben an den Rand der Existenz getrieben wurden, diese hier so nebenbei abgehandelt werden. Das sind zwei Seiten einer Medaille und Sie schauen immer nur auf eine Seite. Das macht Sie als eine Partei von Gesetz und Ordnung nicht gerade glaubwürdig.

(*Michael Neumann SPD*: Sind sie ja auch nicht! – Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist nun mal leider nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland so, dass es, wenn man von Korruption spricht, nicht mehr wie vor 20 oder 30 Jahren ein Thema ist, dass hierbei vielleicht der wirtschaftliche Verkehr zwischen Nord und Süd eine Rolle gespielt hat.

Nein, Deutschland ist in den Bereichen im internationalen Vergleich zurückgefallen. Deutschland ist in der Statistik durchaus nicht nur in den Bereichen der Wirtschaftskriminalität von Unternehmen untereinander, sondern auch in dem Bereich Bestechung von Beamten innerhalb des öffentlichen Vergabewesens ziemlich weit nach oben

A gerückt. Daher ist es auch gut, dass in diesen Bereichen verstärkte Anstrengungen ergriffen werden. Und diese Abteilung wurde hier schon lobend erwähnt.

Aber es reicht doch nicht, wenn der Staat bei seinen eigenen Beschäftigten schaut und darauf achtet, dass diese sich nicht bestechen lassen und alles sauber handhaben, sondern die andere Seite der Medaille gehört doch auch dazu. Für diejenigen, die bestechen, muss es Konsequenzen haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und das spielt bei Ihnen überhaupt keine Rolle mehr.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das können Sie so nicht sagen!)

Ich gebe Ihnen Recht, dass die Aufklärung unglaublich schwierig ist. Über Jahre beschäftigen sich Dutzende von Anwälten, Staatsanwälten, Justizbeamten mit solchen Verfahren, die häufig zu keinem Ergebnis führen oder es wird ein windiger Deal geschlossen. Aber das bedeutet doch nicht, dass letztendlich wir hier als Parlament ein klares Bekenntnis dazu abgeben müssen, dass diejenigen, die öffentliche Stellen oder Beamte bestechen, auch rechtliche und spürbare finanzielle Konsequenzen zu erdulden haben.

Was könnte man als Parlament eigentlich unternehmen? Wir erlassen Gesetze und Verordnungen. Häufig ist das, was auf dem Papier steht, in der Realität gar nicht das, was wirklich passiert. Aber letztendlich ist eines, was wir hier tun, doch das alles Entscheidende. Wir definieren als Parlament, was geduldet ist, was die Regeln sind, was anerkannt und was nicht anerkannt ist. Hier hat die letzte Bürgerschaft ein ganz klares Bekenntnis abgelegt. Sie hat gesagt, dass diejenigen Unternehmen, die öffentliche Stellen bestechen, in Zukunft finanziell leiden müssen und von Aufträgen ausgeschlossen werden. Das war auch gut und richtig so.

Wenn Sie sich jetzt, ohne dass sich irgendetwas geändert hat und ohne dass es eine Anschlussregelung gibt, dieses Bekenntnis zur Seite wischen und es ersatzlos abschaffen, was ist das für ein Signal, das Sie in die Stadt hinaussenden? Was ist das für ein Signal an die ehrbaren Kaufleute dieser Stadt? Was ist das für ein Signal an das Rechtsempfinden und den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt? Das sollten Sie sich wirklich ernsthaft fragen.

Sie sind der Meinung, dass Sie diesen Bereich ernsthaft betreiben und sagen: Recht und Gesetz, das ist das eine. Aber in anderen Politikfeldern kennen Sie auch überhaupt keine Gnade. Es gibt beispielsweise eingereiste Migranten, die vor 15 Jahren gegen die Gesetze verstoßen haben, indem sie falsche Angaben gemacht haben. 15 Jahre später erklären Sie, dass hier gegen Gesetze verstoßen worden ist, was geahndet werden muss. Dann werden Familien auseinandergerissen und Kinder, die hier aufgewachsen sind, werden für die Fehler ihrer Eltern vor 15 Jahren in Sippenhaft genommen. Hier kennen Sie keine Gnade. Aber bei Wirtschaftskriminellen sagen Sie: Na ja,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Schwamm drüber!)

das Signal ist nicht notwendig. Nein, hier senden Sie falsche Signale und schädigen den Zusammenhalt in dieser Stadt sowie das Rechtsempfinden in dieser Gesellschaft mit fatalen Folgen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das wird auch sehr deutlich, wenn man sich einmal anschaut, was der Sachverständige, den die CDU-Fraktion bei der Anhörung benannt hat, in Bezug auf Wirtschaftskriminalität ausgeführt hat. Er hat gesagt, ich zitiere:

"Das Hellfeld der aufgeklärten Straftaten beträgt 5 Prozent und das Dunkelfeld 95 Prozent. Wenn man natürlich mehr Polizei einsetzen würde, könnte man hier vielleicht ein paar Prozente mehr in das Helle zerren. Aber letztlich würde das gar nichts ändern. Durch Strafen kann man Wirtschaftskriminalität eigentlich nicht verhindern. Daher ist es auch gar nicht so wichtig, dass man in diesem Bereich stärker ermittelt und stärker eingreift. Wichtig ist nur, dass der Eindruck entsteht, dort würde ermittelt und ab und an wird auch mal einer vor Gericht gestellt."

Dann frage ich mich wirklich – und hier kann man darüber streiten –, ob das jetzt richtig ist, dass diese negative Generalprävention im Bereich der Wirtschaftskriminalität wirklich sinnvoll ist oder nicht. Sie scheinen diesem Ansatz auch zu folgen. Aber dann müssen Sie sich wirklich die Frage stellen lassen, warum Sie in anderen Bereichen von Drogenkriminalität oder von Straftaten mit Migrationshintergrund ganz eindeutig auf Härte und Prävention setzen und betonen: Nur wenn wir hart durchgreifen, gibt es eine Prävention. Das ist dann für Sie das alles entscheidende Kriterium. Bei den Leuten mit Nadelstreifen vergessen Sie das sehr schnell. Hier muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, dass bei dieser Debatte ein wirklich nicht sehr schöner Beigeschmack entsteht.

Bei den Kleinen zeigen Sie Härte und erklären: Härte ist notwendig zur Prävention. Das ist öffentlichkeitswirksam und man kann damit durchaus auch Wählerstimmen gewinnen. Aber im Bereich der Wirtschaftskriminalität – hier können Menschen wirklich ihre gesamte Alterssicherung verlieren und Unternehmer teilweise an den Rand ihrer Existenz geraten, dass sie ihre Firma verkaufen müssen –, sind Sie der Meinung, dass Prävention und Härte nichts bewirken.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Woran liegt das eigentlich? Warum behandeln Sie die einen mit Härte und Strafe als Prävention, aber die anderen nicht? Hängt es damit zusammen, dass diese Menschen so aussehen, wie Sie oder ich, nämlich im Nadelstreifen mit Krawatte, wie wir? Hat das vielleicht damit zu tun – Herr Dr. Dressel hat hierauf hingewiesen –, dass dort Täter und Opfer häufig die gleiche Motivation haben und Reiche aus Habgier andere habgierige Reiche schädigen? Ist das denn weniger schlimm? Muss sich der Staat hierum nicht kümmern?

Ich möchte noch einmal diesen einen Aspekt, den Herr Schöndube vom Bund der Kriminalbeamten herbeigezogen hat, vor diesem Hintergrund doch sehr in Frage stellen. Er hat gesagt, ich zitiere:

"Die meisten Fälle der Wirtschaftskriminalität finden zwischen Unternehmen statt. Solange die Wirtschaft das nicht ernst nimmt, warum soll die Polizei dann in dem Bereich besondere Anstrengungen unternehmen?"

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, diese Einschätzung teile ich nicht. Letztendlich ist es eine Straftat, bei der Men-

C

D

- A schen andere Menschen schädigen. Wenn dann die Betroffenen versuchen, das mit Bordmitteln zu lösen oder teilweise unter den Teppich zu kehren, dann kann das doch kein Grund sein, dass wir in diesem Bereich sagen: Wenn die sich nicht weiter anstellen, dann schauen wir dort auch nicht weiter hin. Hier gehört das politische Bekenntnis her und es müssen mehr Anstrengungen als bisher getroffen werden.

Sie sollten sich auch nicht dem Eindruck aussetzen, den Sie schon in der Koalition mit der Schill-Partei erweckt hatten. Dort wurde mit unnachgiebiger Härte gegen Drogensüchtige vorgegangen, allerdings mit einer Ausnahme, nämlich dort, wo in der Schickeria Koks geschneift wurde. Das ist nicht so auffällig und nicht so unappetitlich. Hier soll die Polizei mal nicht so genau hinschauen. Das ist eine Tradition, die Sie mit Ihrem Koalitionspartner – das haben Sie seinerzeit mitgetragen – begründet haben. Sie sollten wirklich aufpassen, dass Sie im Bereich der Wirtschaftskriminalität, der so genannten Nadelstreifenkriminalität, nicht den Eindruck erwecken, dass das ein Bereich ist, bei dem man nicht so genau hinschauen muss.

Letztendlich sei gesagt: Straftat ist Straftat. Wenn Sie auf der einen Seite Härte propagieren, dann muss das auf der anderen Seite genauso geschehen. Ich kann nicht feststellen, dass Sie hier entschieden genug vorgehen. Ich bin der Meinung, dass wir dieses Thema nicht aus den Augen verlieren sollten.

Herr Dr. Dressel hat angesprochen, dass es eine neue Schwerpunktsetzung und auch neue Strukturen gegeben hat. Ich glaube daher, dass wir in einem oder zwei Jahren das Thema durchaus noch einmal aufrufen sollten, um zu sehen, was es gebracht hat. Eines ist sicher, bei den Wachstumsraten der Wirtschaftskriminalität können die Wirtschaft als Ganzes und auch sehr erfolgreiche Wirtschaftsbranchen nicht mithalten. Ich glaube nicht, dass wir das akzeptieren sollten. Wenn Sie wirklich meinen, dass Sie die Partei des Rechts und der Ordnung sind und dass diese Stadt sicherer werden sollte, dann müssen Sie in diesem Bereich mehr unternehmen als bisher. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Nagel.

Senator Udo Nagel: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss hat sich intensiv mit den Themen Wirtschaftskriminalität, Korruption und mit dem Schutz vor EC-Kartenbetrug auseinandergesetzt. Die Experten-Anhörung und die Befassung im Ausschuss haben deutlich gezeigt, dass Hamburg bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Korruption gut aufgestellt ist.

(Beifall bei der CDU)

Aber, Herr Dr. Dressel, Sie sind sich treu geblieben. Bei den Themen zur Inneren Sicherheit loben Sie erst ein bisschen und am Schluss heißt es immer: Ja, aber...

Die organisatorischen Rahmenbedingungen bei der Justiz und der Polizei stimmen. Sowohl Staatsanwälte als auch Polizisten sind gut aus- und fortgebildet und sie sind auch erfolgreich, um das einmal ganz deutlich zu sagen. Das zeigt auch gerade der Fall, über den heute in den

Medien ausführlich berichtet wird. Das ist das richtige Signal in diesem Kriminalitätsbereich, Herr Kerstan. Es handelt sich nämlich hier um einen Fall von organisierter Kriminalität aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität.

Auch personell setzt die Hamburger Polizei einen Schwerpunkt. Hier darf ich Ihnen auch noch einmal ganz bewusst widersprechen, Herr Kerstan. Wir nehmen das Thema ernst, was Sie gerade an dem jetzigen Fall sehen, und wird nicht mal eben nebenbei behandelt, sondern es ist ein Schwerpunktthema der Hamburger Polizei. Daher hat die Hamburger Polizei im Landeskriminalamt eine eigene Abteilung "Wirtschaftskriminalität" mit fast 160 Mitarbeitern. Hinzukommen noch die Mitarbeiter aus der Abteilung "Organisierte Kriminalität", die sich ebenfalls mit Wirtschaftsstraftaten beschäftigen.

Es ist dieser Senat, der das Personal dieser Dienststelle und andere Dienststellen der Polizei erheblich aufgestockt hat.

(Beifall bei der CDU – *Barbara Ahrons CDU: Genau!*)

Es ist dieser Senat, der weiß, dass die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil ist. Die Polizei setzt bei ihren Aktivitäten nicht nur auf Repression, sondern auch auf Prävention. So gibt es hier beispielsweise sehr gute Kontakte der Polizei mit Hamburger Wirtschaftsunternehmen, mit der Handelskammer und der Handwerkskammer.

Darüber hinaus wurde aber auch deutlich, dass das Vorgehen gegen Wirtschaftskriminalität nicht allein auf polizeiliche Mittel beschränkt werden kann. Es bedarf beispielsweise neben einem steuer- und strafrechtlichen Vorgehen insbesondere auch einer Wirtschaftsethik verschiedener Ansätze, die aus dem betrieblichen Selbstverständnis heraus bereits einem strafbarem Verhalten und Korruption vorbeugt.

Des Weiteren kommt aber auch der Abschöpfung illegal erlangten Vermögens eine ganz große Bedeutung zu. Nur wenn die Täter erfahren, dass der Staat ihnen ihr illegal erlangtes Vermögen wieder abnimmt, kann der Anreiz für Wirtschaftskriminelle auch tatsächlich reduziert werden. Auch hier sind die Staatsanwaltschaft und die Polizei in Hamburg gut gerüstet und seit Jahren erfolgreich tätig.

Die enge Kooperation mit anderen Behörden, wie beispielsweise mit der Zoll- und Steuerfahndung sowie mit der Bundespolizei in einer Dienststelle im Landeskriminalamt Hamburg, ermöglicht eine ressortübergreifende Bekämpfung und das mit großem Erfolg.

Die Summen, die hier jährlich eingezogen werden, belegen dieses eindrucksvoll. So wurden beispielsweise im vergangenen Jahr mehr als 9 Millionen Euro aus den Strafverfahren gesichert. Die Gelder gehen unter anderem an Geschädigte, in das Sozialsystem und in den Haushalt. Neben den strafrechtlichen Folgen für die Täter wird dadurch auch wieder ein Stück weit Gerechtigkeit hergestellt.

Auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung und Prävention ist Hamburg seit langem Vorbild und das nicht nur in Deutschland. Das Dezernat Interne Ermittlungen der Innenbehörde verzahnt zum einen die Aktivitäten in den Behörden in Hamburg und zum anderen unterstützt es

- A Behörden in ganz Europa bei dem Aufbau einer funktionierenden Korruptionsbekämpfung.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sagen Sie doch mal was zum Register!)

Hamburg ist beispielsweise aktuell für ein Ausbildungsprojekt der EU mit Tschechien im Gespräch und wir haben gute Chancen, den Zuschlag zu erhalten. Die Anti-Korruptions-Konferenz, deren Geschäftsführung beim Dezernat Interne Ermittlungen liegt, entwickelt Empfehlungen für Antikorruptionsstrategien und -maßnahmen, die in den Hamburger Behörden umgesetzt werden. Ich freue mich, dass die Handelskammer an der Anti-Korruptions-Konferenz beteiligt ist. Es zeigt auch, dass wir uns im Bereich der Prävention sehr stark engagieren.

Darüber hinaus stehen hier Beratungen, Schulungen und Informationsgewinnung im Bereich der Korruption im Vordergrund. Die bei "Pro Honore" eingerichtete Vertrauensstelle ermöglicht eine anonyme Mitteilung von Hinweisen zu Korruptionsverdachtsfällen.

Insofern, Herr Dr. Dressel, sind wir auch nicht auf eine Teilbenachrichtigung über ein Onlinesystem für die Polizei angewiesen und müssen daher auch nicht nach Niedersachsen schauen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Zum Korruptionsregister haben Sie noch gar nichts gesagt!)

Sie sehen, dass Hamburg einen umfassenden Bekämpfungsansatz bei der Korruption gewählt hat, an dem sich viele europaweit orientieren und ich möchte mit einem gewissen Stolz sagen, dass nicht von ungefähr vor kurzer Zeit die Antikorruptionskonferenz des Europarates hier bei uns in Hamburg stattfand und von der Dienststelle Interne Ermittlungen organisiert wurde.

B

Kommen wir zum Abschluss zu einem weiteren Thema des Wirtschaftsausschusses, dem EC-Kartenbetrug. Hierbei ist mir aber vorab eine Botschaft wichtig. Ich halte nach wie vor die Karten-Zahlung mit PIN für das sicherste System, also das elektronische Cashsystem mit dem PIN-Einsatz.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dort wird im Online-Prüfverfahren sichergestellt, dass nur mit nicht gesperrten Debitkarten tatsächlich eingekauft werden kann. Dennoch haben wir jetzt der Einführung von KUNO zugestimmt. Zur Erklärung, hinter dem Wort KUNO verbirgt sich "Kriminalitätsbekämpfung im unbaren Zahlungsverkehr unter Nutzung nicht polizeilicher Organisationsstrukturen".

Lange Verhandlungen mit den polizeilichen Vertretern, mit dem Einzelhandel sowie den Banken- und Sparkassenverbänden haben zu dem von uns gewünschten Erfolg geführt. Mittlerweile sind die Bedingungen, die wir in Hamburg an ein derartiges Sperrsystem gestellt haben, erfüllt. Es gibt ein zentrales System, das die Lasten auf alle Beteiligten gleichmäßig verteilt und somit ökonomisch und auch effektiv ist.

Die zentrale Plattform beim EuroHandelsinstitut schafft die Grundlage für eine bundesweite Sperre von entwendeten EC-Karten. Die webbasierte Anwendung fördert die schnelle und einfache Sperrung – und das ist der entscheidende Punkt – mit einer polizeilichen E-Mail.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wann geht das los in Hamburg?)

Zurzeit steht der Pilotbetrieb kurz vor dem Abschluss. In der Polizei Hamburg sind die rechtlichen Prüfungen, die technische Realisation für eine Teilnahme am KUNO-Verfahren und die Organisation sowie Vorbereitungen fast abgeschlossen. Ich gehe davon aus, dass wir noch vor der WM 2006 in die Endphase des bisher erfolgreich verlaufenen Pilotprojektes kommen, um nach der Freigabe des Systems KUNO so schnell wie möglich dieses auch umsetzen zu können.

C

Ich möchte noch einmal betonen, dass Hamburg bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, der Korruption und beim EC-Kartenbetrug sehr gut aufgestellt ist. Der Senat ignoriert eben nicht die Gefahren für den Wirtschaftsstandort Hamburg, wie das hier unter anderem behauptet wurde.

Sicherheit ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine wachsende und produktive Wirtschaftsmetropole. Sicherheit ist ein Standortvorteil für die Wirtschaft und für die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt. Die Hamburger Sicherheitsbehörden werden daher auch in Zukunft mit allen Konsequenzen und ohne Kompromisse gegen Straftäter vorgehen, damit uns Sicherheit und dadurch auch die Lebensqualität der Bürger in Hamburg erhalten bleiben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator Nagel, wir haben natürlich wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass es im Bereich der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität unter Ihrer Führung eine Wendung gegeben hat. Das ist richtig. Sie gehen in diesem Bereich konsequenter vor, als Ihr Vorgänger. Aber die CDU als führende Partei im Senat hat auch das zu verantworten, was Herr Schill im Senat betrieben hat. Er hat nämlich erklärt, dass die Bekämpfung der "Weißen Kragen"-Kriminalität nicht so wichtig ist. Wir kümmern uns lieber um die kleinen Drogenhändler. Auch das haben Sie zu verantworten.

D

(Dr. Andreas Dressel SPD: Er war Polizeipräsident! – Beifall bei der SPD)

Insofern ist es natürlich gut, dass hier ein Umdenken eingesetzt hat. Sie haben hier von gesellschaftlichen Werten gesprochen. Ich glaube, dass man in einer Gesellschaft nur Werte vermitteln kann, wenn diejenigen genauso mit der gleichen Härte verfolgt werden, die im Bereich der Wirtschaftskriminalität auffällig sind. Der Schaden ist für die Gesellschaft ungleich höher als beispielsweise bei Ottonormalverbraucher, der akzeptieren soll, dass er geblitzt wird, wenn er zu schnell fährt oder ein Parkticket erhält.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben doch Tatbestände festzustellen, wie beispielsweise bei der Mehrwertsteuerhinterziehung. Hier geht es um 50 Milliarden Euro – und das ist knapp geschätzt –, die dem Staat vorenthalten werden, weil hier getrickst wird. Auch das ist kriminell, wenn hier versucht wird, dem Staat das an Steuern vorzuenthalten, was ihm eigentlich zusteht, und auf der anderen Seite jeder kleine Lohnempfänger seine Steuern treu und brav abführen muss.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

- A Wenn Sie beispielsweise mit dem Gesamtverband des Versicherungsgewerbes sprechen, dann wissen Sie, wie groß der Schaden im Bereich Versicherungsbetrug ist, was im Allgemeinen als Kavaliersdelikt im Bereich der Wirtschaftskriminalität angesehen wird. Der Schaden liegt jedes Jahr zwischen 4 und 5 Milliarden Euro. Das sind Gelder, die der Volkswirtschaft verloren gehen und die jeder ehrliche Beitragszahler mit finanzieren muss. Das ist auch die Realität.

Tatsache ist auch, dass es jahrelang üblich war und von den Steuerbehörden geduldet wurde, dass Schmiergelder, die man beispielsweise in Ländern der Dritten Welt bezahlt, steuerlich absetzbar waren, weil es ortsüblich war. Das ist schlicht und ergreifend eine Sauerei und führt nur dazu, dass sich jeder fragt, warum er eigentlich die Steuern in diesem Land bezahlt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Zuruf von *Barbara Ahrons CDU*)

– Das sind bundespolitische Themen, Frau Ahrons, da haben Sie Recht. Aber daher ist es um so wichtiger, dass wir dort, wo wir als Landesparlament und als Landesregierung die Möglichkeit haben, in unserem Bereich einzugreifen und aufzuräumen, dieses auch tun.

Wir müssen doch eines feststellen: Während die letzte Bürgerschaft gegen den Willen der CDU und der FDP beschlossen hat, im Bereich des Vergabe- und des Korruptionsregistergesetzes eine Sanktion für solche Unternehmen einzuführen, die sich nicht ordnungsgemäß verhalten, sind Sie jetzt diejenigen, die das Korruptionsregister abgeschafft und beim Vergabegesetz dem Gesetz die Zähne gezogen haben. Das ist die Realität.

- B

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan GAL*)

Das müssen Sie sich auch vorwerfen lassen. Herr Nagel hat hier kein Wort zum Thema Korruptionsregister erwähnt. Im Ausschuss wurde noch so getan, dass man auf eine bundeseinheitliche Lösung wartet.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Worte reichen nicht!)

Wo setzen Sie sich im Bundesrat denn hierfür ein, dass es eine solche Lösung gibt? Wenn Herr Lemke sich hier hinstellt und erklärt, dass es doch ungerecht sei, dass der Unternehmer aus Langenhorn im Register enthalten ist und der Unternehmer aus Norderstedt nicht, dann ist das doch Unsinn. Wenn der Unternehmer aus Norderstedt in Hamburg eine Straftat begeht und eine Hamburger Behörde beteiligt ist, dann kommt er natürlich in ein solches vorhandenes Register hinein. Aber wenn Sie das Register abschaffen, dann kann er auch nicht mehr darin aufgeführt werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Von daher, Herr Lemke, sind nicht wir, sondern Sie hinter der Zeit. Daher kann ich Ihnen nur empfehlen: Überdenken Sie das noch einmal und stimmen Sie unserem Antrag zu, damit Sie sich wenigstens wieder auf der Höhe der Zeit befinden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Egloff, ich möchte Ihnen auf dem Rückweg zu Ihrem Platz noch zu bedenken geben, dass auch tierische Vergleiche parlamentarischen Regelungen angeglichen werden können.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung. C

Zunächst stelle ich fest, dass die Bürgerschaft den Bericht, Drucksache 18/4139, zur Kenntnis genommen hat.

Nun komme ich zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/4262. Die GAL-Fraktion möchte die Ziffern 2 und 3 separat abstimmen lassen.

Wer möchte dem SPD-Antrag aus Drucksache 18/4262 mit Ausnahme der Ziffern 2 und 3 seine Zustimmung geben, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 des SPD-Antrages annehmen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 3 zu, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 27 a, Drucksache 18/4228, Bericht des Haushaltsausschusses zum Haushaltsplan 2005/2006, Familienfreundliches Quartier in Altona-Altstadt: Städtebauliches Gesamtkonzept auf den Flächen der Schulstandorte Chemnitzstraße und Bruno-Tesch-Gesamtschule sowie Teilflächen des örtlichen Grünzugs mit attraktiven Wohnungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten einschließlich des Neubaus eines modernen familienfreundlichen Schwimmbades, hier: Berichtserstattung zum Gesamtkonzept sowie Nachforderung von Kassenmitteln und Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2006. D

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/3901: Haushaltsplan 2005/2006 Familienfreundliches Quartier in Altona-Altstadt: Städtebauliches Gesamtkonzept auf den Flächen der Schulstandorte Chemnitzstraße und Bruno-Tesch-Gesamtschule sowie Teilflächen des örtlichen Grünzugs mit attraktiven Wohnungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten einschließlich des Neubaus eines modernen familienfreundlichen Schwimmbades hier: Berichtserstattung zum Gesamtkonzept sowie Nachforderung von Kassenmitteln (KM) und Verpflichtungsermächtigungen (VE) im Haushaltsjahr 2006

a) Einzelplan 3.1 in Höhe von 2850 Tausend Euro KM und 9750 Tausend Euro VE

b) Einzelplan 6 in Höhe von 429 Tausend Euro VE (Senatsantrag) – Drucksache 18/4228 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir geben heute nach intensiven Beratungen in den beteiligten Ausschüssen den Startschuss zu einer großartigen städtebaulichen Entwicklung in Altona. Es ist aber nicht nur aus Altonaer Sicht eine tolle Sache, sondern die gesamte Stadt braucht für ihre Zukunftsfähigkeit solche genialen Projekte.

Zunächst möchte ich mich bei der SPD-Fraktion dafür bedanken, dass wir diese Entscheidung heute treffen können. Wir haben es gemeinsam hinbekommen, einvernehmlich die Tagesordnung um diesen Punkt zu ergänzen.

- A Das bedeutet, dass die Entwicklung des Gebietes beschleunigt werden kann. Jeder Tag, den wir bei der Erstellung eines neuen Schwimmbades, einer neuen Schule, einer neuen Sporthalle und neuen familienfreundlichen Wohnungen gewinnen, ist ein guter Tag für die Bürger unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Es hat im Vorfeld viele Irritationen um den Erhalt des Bismarckbades gegeben. Festzuhalten bleibt, dass politisch richtig entschieden worden ist. Hätten wir den Bürgerentscheid nicht korrigiert, dann wäre dieses großartige Projekt nicht machbar und vor allen Dingen nicht finanzierbar gewesen.

In diesem Zusammenhang will ich noch ein kritisches Wort zu Bürgerbegehren sagen. Ich habe wirklich nichts gegen demokratische und bürgernahe Entscheidungen. Im Gegenteil, sie sind notwendig, um Transparenz in das politische Handeln zu bringen. Es kann aber nicht sein, dass gesamtstädtische Interessen, die für viele Bürger ein Gewinn sind, verhindert, blockiert und verzögert werden, um partiellen Einzelinteressen Rechnung zu tragen. Daran, meine Damen und Herren von der Opposition, sollten Sie sich auch bei Ihrem Getöse um das neue Wahlrecht orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Kaum waren die Planungen für dieses neue Projekt bekannt, formierte sich auch hier von Einzelnen Widerstand und uns steht möglicherweise ein neues Bürgerbegehren ins Haus.

- B Deshalb sage ich diesen Leuten noch einmal, welchen Gewinn und welche Aufwertung ihr Quartier durch diese neuen Baumaßnahmen erfährt. Das neue Schwimmbad umfasst ein attraktives Nutzungskonzept mit drei Schwimmbecken, Hamburgs künftig größtem Wasserspielbereich für Kinder sowie großzügige Liege- und Saunabereiche. Es wird eine neue funktionale Ganztagschule mit einer Dreifeldsporthalle als Ersatz für die Schule Chemnitzstraße gebaut.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Sehr gut!)

Dadurch erfährt die abgängige und stark sanierungsbedürftige Bezirkssporthalle eine Kompensation und steht auf dem Gelände der neuen Schule für ein attraktives Sportangebot.

(Beifall bei der CDU)

Weiterhin wird auf der freiwerdenden Schulfläche Chemnitzstraße familienfreundlicher Wohnungsbau mit einer Bruttogeschosfläche von circa 21 000 Quadratmetern realisiert. Das sind in etwa 160 neue Wohnungen.

Bestandteil dieser Drucksache ist auch, dass alle sozialen und kulturellen Angebote erhalten bleiben beziehungsweise weitere hinzukommen.

Meine Damen und Herren! Dieses städtebauliche Gesamtkonzept ist aus einem Guss und wird dem Stadtteil Altona-Altstadt in Bezug auf Lebensqualität und Attraktivität eine riesige Aufwertung bringen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wird diese Entwicklung auch in die angrenzenden Stadtteile positiv wirken. Ich hoffe, dass es nunmehr auch für die SPD klar und deutlich ist und wir

heute zu einem einstimmigen Beschluss bei dieser Drucksache kommen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ernst.

(*Christian Maaß GAL*: Jetzt stimmt doch wenigstens die Chemie wieder!)

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ende letzten Jahres haben sich 35 000 Menschen – und das waren fast 80 Prozent – gegen die Schließung des Bismarckbades ausgesprochen. Gleichzeitig haben sich 30 000 Menschen – das waren 70 Prozent – gegen den geplanten Neubau eines Schwimmbades im Grünzug Neu-Altona ausgesprochen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Da hat Ihre Fraktion eine unrühmliche Rolle gespielt!)

Diese beiden Voten der Altonaerinnen und Altonaer wurden ignoriert und auch das ist ein Beitrag, mit dem der direkten Demokratie in Hamburg schwerer Schaden befügt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Das Bismarckbad ist geschlossen und Ihre Pläne für den Neubau wurden unverändert fortgesetzt.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Zur Recht!)

Nun steht das Potpourri aus Schwimmbadneubau im Grünzug, Wohnungsneubau und Schulbau gemeinsam in der Drucksache und ich möchte zu den einzelnen Komponenten noch etwas sagen.

Wir begrüßen sehr, dass es zu diesem lange geplanten und lange geforderten Wohnungsbau auf dem Schulgelände in Altona-Altstadt kommt. Altona ist ein attraktiver Wohnstandort und die Bebauung kann sehr helfen, um Teilen in Altona, die etwas schwächer dastehen, wie die Neue Große Bergstraße, Auftrieb zu geben. Das ist wichtig und zu diesem Vorhaben gab es auch lange eine breite Zustimmung.

Ich will aber noch etwas zum Bismarckbad sagen. Wir haben nicht nur darum gestritten, welches der richtige Standort für das Bad ist. Dadurch, dass am Standort Bismarckbad weiter massive Flächen für den Einzelhandel zur Verfügung gestellt werden, wird der östliche Teil des Altonaer Bahnhofs, die Bergstraße, erheblich geschwächt. Das ist auch eine Folge der Politik, die Sie leider nicht bedacht haben und gegen die der östliche Teil Altonas schwer zu kämpfen hat.

Ich will Sie aber auch loben. Wir freuen uns, dass Sie den Wohnungsbau nicht nach dem Höchstgebotsverfahren vergeben werden, sondern dass hier das beste Konzept bei einem festgelegten Preis zur Geltung kommen soll. Auch das wird dem Stadtteil gut tun.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweitens brauchen wir auch einen Schulersatzbau für die Schule Chemnitzstraße. Herr Roock, wo ich wohne, sagt man Chemnitzstraße, das mag eine regionale Besonderheit sein. Wir bedauern allerdings, wie Sie diese Planung vorangetrieben haben, weil wir inzwischen sehr viel darüber wissen, wie eine gute Schule aussehen kann. Es ist

- A schade, dass das, was wir darüber wissen, an diesem Standort nicht realisiert wird.

Die Schüler der Ganztagschule werden wenig Freifläche haben, weil auf ihrem Schulgelände der Bolzplatz und die Dreifeldsporthalle realisiert werden sollen. Das ist schade, wenn man eine neue Schule baut, dass man vorweg sowenig Platz zur Verfügung stellen will und die Chance, hier eine echte Stadtteilschule mit viel Platz zu schaffen, vertan wurde.

Etwas Weiteres wurde auch vertan bei einem Schulneubau, der ja nicht mehr so häufig vorkommt, nämlich einmal darüber nachzudenken und das zu realisieren, worüber wir uns im Sonderausschuss "Vernachlässigte Kinder" viele Gedanken gemacht haben: Ob man bei einer Ganztagsgrundschule in einem Stadtteil, in dem es viele nicht so leicht haben, vielleicht doch die Einrichtung der Jugendhilfe oder die Elternschule mit hinein nehmen sollte. Diese Chance haben Sie vertan, weil Sie Ihre Planung überhastet durchgeführt haben. Das bedauere ich, weil das eine Chance ist, die dieser Stadtteil nicht wieder haben wird.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem brauchen wir, um ins Schwimmbad zu gehen, natürlich ein Schwimmbad im Kernbereich von Altona. Wir Altonaerinnen und Altonaer haben uns den Erhalt des Bismarckbades gewünscht. Nun müssen wir den Spatz in der Hand nehmen, weil die Taube vom Dach längst davongeflogen ist.

(Uwe Grund SPD: Die wurde geklaut!)

- B Das Bismarckbad wurde schon verkauft, bevor das Ergebnis des Bürgerentscheides überhaupt feststand. Von daher sind wir froh, dass der öffentliche Druck immerhin dazu gereicht hat, dass in Altona nach langer Pause ein neues Bad gebaut und realisiert wird. Sie haben auch die Zusage von uns, dass die SPD das vor Ort positiv begleiten wird und ihre Vorschläge dort einbringen will.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist auch in Ordnung!)

Ich will aber doch noch sagen, dass das Verfahren der vergangenen Monate und Jahre und auch viele Rahmenbedingungen nicht so gut sind, wie Sie sie hier schildern. Wir haben nach wie vor kein Bäderkonzept für Hamburg, das Sie versprochen haben, aber nicht vorlegen. Wir haben keine klare Aussage, ob der Standort an der Budapester Straße langfristig gesichert ist. In Altona und St. Pauli gibt es große Befürchtungen, dass das das nächste Bad ist, das geschlossen wird.

(Olaf Ohlsen CDU: Man muss jetzt nicht wieder alles infrage stellen!)

Der Standort für das Bad mitten in einem Grünzug ist sicherlich nicht der beste in Altona. Die Planungen verliefen geheim, übereilt und ohne Bürgerbeteiligung. Wir verlieren 2000 Quadratmeter Grünfläche in einem Stadtteil, in dem es wenig Grün gibt. Sie bauen mitten in eine Grünfläche, in der seit Jahren eine intensive Planung mit Bürgerinnen und Bürgern stattgefunden hat, die akzeptiert ist und angenommen wird. Gerade dann wird ein Bad hineingebaut. Die Bebauung ist sehr dicht – das habe ich ausgeführt –, die Schule wird wenig Platz haben und das neue Bad wird eine deutlich schlechtere Anbindung an den ÖPNV haben als das Bismarckbad. Sie sehen, es gibt viele Fragen, die offen, unbefriedigend und nicht geklärt sind.

Ein weiterer Punkt erfüllt uns auch mit Sorge, nämlich dass Sie fortsetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht aktiv in die Planungen einbezogen werden. Das zeigt die Gründung einer neuen Bürgerinitiative, die sich für den Erhalt des Walter-Möller-Parkes einsetzt und das zeigt auch eine Anhörung in der vergangenen Woche, wo mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger waren, um ihre Anregungen einzubringen. Da gab es eine Reihe von Kritik. Herr Roock, was viele aber am meisten gestört hat, ist, dass sie quasi vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.

Ich denke, Altona hat eine lange und gepflegte Tradition der Bürgerbeteiligung. Hier haben wir in letzter Zeit Signale, die so nicht fortgesetzt werden sollten. Hinterzimmer und Geheimniskrämerei sind dem Stadtteil nicht angemessen und führen, glaube ich, auch nicht zu einem guten Ergebnis. All dies zusammengefügt und wohlwogen führt dazu, dass wir uns bei dieser Drucksache enthalten werden. – Danke.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Ploog* CDU: Das ist klar!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ernst, Ihre Kritik, die Sie hier vorgebracht haben, war in großen Teilen doch sehr kleinteilig. Ich denke, es lohnt sich eher, das Vorhaben einmal auf der strukturellen Ebene zu betrachten und da sieht das ganz anders aus. Es geht hier um einen integrierten Ansatz zur sozialen Stabilisierung und baulichen Revitalisierung eines gewachsenen Stadtquartiers, in dem momentan nicht alles zum Besten steht. Es erfüllt damit meines Erachtens nach ein zentrales Anliegen nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik, nämlich die Qualität der Stadt zu stärken und die Attraktivität der Quartiere für alle Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Stabile Nachbarschaften tragen in attraktiven Stadtquartieren wesentlich dazu bei, die Suburbanisierung abzuschwächen und eine Renaissance des urbanen Lebens zu ermöglichen. So wird die Stadt von innen heraus aus den Quartieren gestärkt. Ein Kernelement hierbei ist die aktive Schule.

Meine Damen und Herren, hier wird eine Stadtteilschule entstehen, die es in sich hat, eine Ganztagsgrundschule mit kooperativem Hortangebot, ein kompletter Integrationszug von der ersten bis zur vierten Klasse, eine komplett behindertengerecht ausgestaltete Schule. Die Schule erweitert ihr Profil als Pilotschule Kultur mit außerschulischen Angeboten

(Olaf Ohlsen CDU: Das hat Frau Ernst nicht begriffen!)

und die Freiflächen werden so konzipiert, dass sie für die Kinder ideale Bewegungsräume darstellen. Auch wenn diese Freiflächen etwas kleiner ausfallen als sie es gegenwärtig sind, werden sie in der Qualität höher sein. Die Schule liegt direkt am Grünzug Neu-Altona,

(Olaf Ohlsen CDU: Wohl wahr!)

wo auch vielfältige Bewegungs- und Spielangebote vorhanden sind. Das Schwimmbad setzt dies mit einem

- A erweiterten Schwimmangebot, einer Sauna und einem attraktiven Außenschwimmbecken fort. Dadurch, dass nun alle Funktionsbereiche in dem Schwimmbad auf einer Ebene angeordnet sind, ist es auch für mobilitäts-eingeschränkte Besucher geeignet. Das kommt der benachbarten Schule zugute, aber auch alten Menschen und diese besondere Qualität konnte das alte Bad nicht bringen. Vor der Schule entsteht ein neuer Platz. Dadurch erhält das Quartier einen attraktiven und lebendigen Begegnungsraum und das gleicht auch zum guten Teil den gewissen Verlust an Freifläche aus.

Die bisherigen Nutzer der denkmalgeschützten Schule Thedestraße 99 können drin bleiben. Es handelt sich dabei um den internationalen Jugendverband, die Elternschule, die dann auf der anderen Straßenseite, aber doch in diesem Quartierszentrum ist, die Schlumper Maler und eine Tanzschule. Das ist wirklich ein guter Mix für das Quartier.

Last, not least der Wohnungsbau. Im alten Gebäude der Schule an der Virchowstraße und auf den übrigen Schulflächen sollen – Herr Rook sagte das – rund 160 Wohnungen entstehen. Auch das wird das Quartier stärken. Besonders positiv ist, dass hier – entgegen der ursprünglichen Planung der Finanzbehörde – kein Höchstgebotsverfahren durchgeführt wird, sondern die Fläche zu einem festen Preis ausgeschrieben wird und die Qualität der Konzepte und nicht die Maximierung des Erlöses entscheidet. Dafür haben wir uns insbesondere eingesetzt.

(Olaf Ohlsen CDU: Wunderbar!)

- B Ich denke, das ist ein großer Erfolg bei diesem Vorhaben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Die Vielfalt der Wohnformen, die dort realisiert werden kann, von gefördertem Wohnungsbau über Baugemeinschaften bis hin zu Eigentumswohnungen, ist ein weiteres Qualitätsmerkmal dieses Konzepts. Es fördert die soziale Durchmischung und die Identifikation mit dem Quartier.

Meine Damen und Herren! Wir haben es hier wirklich mit einem Vorhaben zu tun, das in dieser Form selten ist, bei dem Sozial- und Bildungspolitik, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine Synthese zugunsten einer nachhaltigen und integrativen Stadtentwicklung eingehen. Wir haben deshalb dem Senat vorgeschlagen, das Projekt für den bundesweiten ExWoSt, Experimenteller Wohnungsbau und Städtebau, Modellvorhaben "Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere" anzumelden. Im Gegensatz zur Architekturolympiade kann man dort nämlich nicht nur bunte Pläne bekommen, sondern auch investive Zuschüsse, zum Beispiel für eine Dreifeldhalle anstatt einer Zweifeldhalle, zum Beispiel zu Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz des Bades oder für altengerechte Wohnungsangebote. Das macht aus unserer Sicht mehr Sinn als dieses Projekt hastig in die Architekturolympiade einzubeziehen. Im Ernst: Das wirkt hier nur chaotisierend und führt zu Verzögerungen von rund sechs Monaten. Ich möchte deshalb auch ganz klar feststellen: Von der Architekturolympiade steht nichts in der Drucksache, über die wir heute zu beschließen haben. Es gelten daher die Vorgaben, die für die Bürgerschaft beschlossen werden. Wir wollen nicht, dass der Bürgerschaft mit der Architekturolympiade jetzt ein Kuckucksei ins Nest gelegt wird. Das, was hier Beschlusslage ist, ist ausschlaggebend.

Also, Herr Freytag, machen Sie sich auf den Weg nach Berlin und beantragen Sie dort die Förderung für ExWoSt. Da können Sie wirklich noch etwas Gutes für dieses Vorhaben bringen.

(Beifall bei der GAL)

Lassen Sie mich noch auf einige Punkte eingehen, die in den Ausschussberatungen eine Rolle gespielt haben. Die Dreifeldhalle hatte ich angesprochen, die Verkehrserschließung ist auch von Bedeutung. Es war angesprochen worden, dass für den motorisierten Individualverkehr eine Tiefgarage gebaut wird, die von der Holstenstraße angefahren wird. Das ist wichtig, um Parksuchverkehr aus dem Quartier herauszuhalten. Zusätzlich muss aber die Busanbindung des Bades verbessert werden, weil sie tatsächlich nicht mit dem alten Bismarckbad konkurrieren kann. Wir erwarten, dass dieses Ziel, wie auch in der Drucksache dargestellt, von den Behörden angegangen wird.

Was den Eingriff in den Grünzug betrifft, werden 3300 Quadratmeter des Walter-Möller-Parkes für das Bad benötigt. Dafür entsteht am Goversweg eine Grünfläche und ein Quartiersplatz von 2800 Quadratmetern. Die Differenz beträgt demnach 500 Quadratmeter. Das ist die Darstellung der Drucksache. Allerdings haben die Senatsvertreter im Umweltausschuss andere Zahlen vorgebracht.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Lieven, es tut mir Leid, dass ich Sie unterbreche. Ich glaube, wir haben nach Herrn Lieven noch einen Redner und es lohnt sich, sich hinzusetzen und vielleicht auch still zu sein. Herr Lieven, bitte.

(Gerhard Lein SPD: Und an der Senatsbank?)

Claudius Lieven (fortfahrend): Danke, Frau Präsidentin! Demnach beträgt die Differenz 2000 Quadratmeter. Ich denke, das müsste dann doch geklärt werden. Wir wollen, dass Transparenz bei der Planung besteht, gerade auch, weil vor Ort noch nicht vollständig die Überzeugung eingetreten ist, dass dieses Vorhaben gut in das Gebiet eingeführt werden kann. Wir brauchen Behutsamkeit und wir brauchen dort Planungskultur. Das ist sehr entscheidend. Den Seitenhieb auf die Architekturolympiade kann ich mir nicht verkneifen. Die Planungskultur muss vor Ort stattfinden und nicht nur in Symposien auf Kampnagel und sonst wo.

(Beifall bei der GAL)

Ich hoffe daher, dass das Gespräch, wie angekündigt, mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens gesucht wird und man versucht, zu einer kooperativen Lösung zu kommen. Das hat das Vorhaben wirklich verdient.

Meine Damen und Herren! Der Mix macht es. Zusammen ergeben die Vorhaben eine integrierte Erneuerungsstrategie für den Bereich Altona-Altstadt und ich kann mit denselben Worten schließen wie das letzte Mal: Wenn das Konzept umgesetzt ist und seine Wirkung entfaltet, wird man in ein paar Jahren erstaunt sein, was dort in Altona-Altstadt entstanden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei Robert Heinemann CDU)

C

D

A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ernst, Ihre permanenten Enthaltungen bei wichtigen Entscheidungen bringen mich allmählich auf die Palme.

(Christa Goetsch GAL: Reden Sie das Ding doch nicht kaputt!)

Ich habe angenommen, dass die SPD jetzt nach den intensiven Beratungen

(Dr. Willfried Maier GAL: Mehr als Einstimmigkeit ist nicht erreichbar!)

endlich einmal die Kurve bekommt, aber das ist offensichtlich nicht der Fall und das ist ziemlich enttäuschend. Es ist sehr bedauerlich und verdeutlicht das ganze Trauerspiel Ihres destruktiven Verhaltens nicht nur bei diesem Projekt. Frau Ernst, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass sich Ihre Fraktion in Altona bei dem Bürgerentscheid auch enthalten hat. Das ist weder Fisch noch Fleisch.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist gar nichts!)

Das ist wirklich nichts, was einen in der Entscheidung weiterbringt. Ich erinnere an Ihre Entscheidung zur Elbphilharmonie. Auch da haben Sie sich bei der Abstimmung enthalten.

(Dr. Willfried Maier GAL: Sie haben sich auch schon enthalten! – Christa Goetsch GAL: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!)

B Ihre Alternative war und ist auch heute noch, dieses großartige Projekt durch eine Sozialneiddebatte, Herr Dr. Petersen, in Misskredit zu bringen. Das ist verantwortungslos, wohl wissend, dass dieses Projekt insbesondere auch soziale, kulturelle und bildungspolitische Aspekte beinhaltet und gut für unsere Stadt ist.

(Beifall bei der CDU)

Gleichmaßen agieren Sie auch bei diesem Projekt. Sie haben sich auch bei dieser Drucksache im Umweltausschuss, im Stadtentwicklungsausschuss und im Haushaltsausschuss enthalten. Einerseits geben Sie zu, es sei unbestritten, dass Altona ein neues Schwimmbad brauche,

(Dr. Willfried Maier GAL: Was soll ein solcher Beitrag?)

andererseits weisen Sie auf die Konfliktsituation eines möglichen neuen Bürgerbegehrens hin. Konflikte, meine Damen und Herren, müssen ausgetragen werden

(Bernd Reinert CDU: Richtig! – Dr. Willfried Maier GAL: Aber nicht durch solche Reden!)

und an einer Entscheidung kommen Sie nicht vorbei. Hier wollen Sie sich mit einer Enthaltung, Herr Dr. Petersen, aus dem Entscheidungsprozess herausmogeln.

(Beifall bei der CDU)

Da müssen Sie sich doch fragen lassen, wo Ihre Alternativen sind? Kommen Sie doch Ihrem Verfassungsauftrag nach, Herr Dr. Petersen, die Alternative zur Regierung zu bilden.

(Olaf Ohlsen CDU: Hat er doch nicht!)

C Aber da klaffen mir Anspruch und Wirklichkeit wirklich weit auseinander, denn eine Alternative ist nicht zu erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Sie handeln nach dem Motto: Dagegen sein und Enthaltungen bringen uns möglicherweise die eine oder andere Stimme mehr. Aber das ist verantwortungslos. Wir werden heute entscheiden und dieses großartige Projekt auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

D Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 19, Drucksache 18/4116, der Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 24. November 2004 – Metropolregion = Bildungsregion: Engere Zusammenarbeit in der norddeutschen Bildungspolitik –.

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 24. November 2004 (Drucksache 18/1218) – Metropolregion = Bildungsregion: Engere Zusammenarbeit in der norddeutschen Bildungspolitik – Drucksache 18/4116 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Heinemann, bitte.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben gerade wieder gehört, dass man in der Politik reden oder handeln kann. Jetzt trifft es einmal die andere Fraktion, weil die GAL in diesem Fall nur redet. Sie haben heute Ihren Antrag zum Thema Föderalismusreform auf der Tagesordnung, allerdings nur zur Abstimmung, und sprechen darin wieder einmal davon, die Vielstaaterei bei Bildung und Schule aufzubrechen. Wenn man in den Antrag hineinguckt, dann findet man dort etwas sehr Spannendes: Sie fordern, in Zukunft ausgerechnet die Bundesprogramme wieder zuzulassen, wie das Ganztagschulprogramm von Frau Bulmahn, welches der Bundesrechnungshof erst in dieser Woche von vorne bis hinten verrissen hat.

(Ingo Egloff SPD: Nur wegen der Länder! Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Ich würde sagen, ein bisschen schlecht getimed, aber Sie belassen es ja beim Reden. Heute reden Sie ja lieber nicht einmal darüber. Sie stimmen nur darüber ab.

- A Der Unterschied ist, dass wir handeln, auch beim Thema Föderalismus, und das heißt gerade für uns in der Bildungspolitik, dass wir die positiven Elemente des Föderalismus in der Schulpolitik koppeln wollen mit den Vorteilen einer überregionalen Zusammenarbeit. Natürlich hat gerade der Föderalismus in der Schulpolitik für eine Metropole wie Hamburg eine unglaublich große Bedeutung. Länder wie Baden-Württemberg, wie Rheinland-Pfalz oder Thüringen haben doch ganz andere Problemstellungen als wir. Ich glaube, nur die Kultushoheit gibt uns die Chance, zum Beispiel in Fragen wie der Viereinhalbjährigen-Untersuchung, der Praxistage, der Schulformdiskussion und so weiter bildungspolitisch voranzumarschieren in Deutschland.

Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass wir in Hamburg Studenten aus diversen anderen Bundesländern haben, auch aus Schleswig-Holstein. Wir haben auf dem Ausbildungsmarkt Auszubildende oder Bewerber, die mit Mitbewerbern aus dem Umland, aus Schleswig-Holstein, aus Niedersachsen, aus Mecklenburg-Vorpommern konkurrieren. Am Stadtrand und nicht nur dort sind ländergrenzenübergreifende Schulwege keine Seltenheit. Umzüge vom Umland nach Hamburg und umgekehrt führen dazu, dass Kinder aller Klassenstufen, auch von allen Bildungssystemen des einen Bundeslandes in das eines anderen wechseln müssen. Dementsprechend müssen wir uns trotz der Kultushoheit der Bundesländer und auf Grundlage der Standards, die die KMK mittlerweile gesetzt hat, gerade in einer Metropolregion wie Hamburg auf diese gestiegene Mobilität auch einstellen. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern ermöglicht uns auch einen besseren Erfahrungsaustausch, zum Beispiel den Vergleich unterschiedlicher bildungspolitischer Ansätze. Wir können gucken, was funktioniert, wir können von den Erfahrungen profitieren. Natürlich gibt es auch an der einen oder anderen Stelle Synergieeffekte, die dann den Schulen vor Ort zugute kommen.

B

Wir müssen also nicht immer in allen 16 Bundesländern das Rad von vorne erfinden, wenn es schon woanders wunderbar rollt. Das gilt erst recht in der Metropolregion Hamburg, die im Norden zu einer Bildungsregion werden muss. Ich freue mich daher sehr, dass es der Bildungs-senatorin gelungen ist, mittlerweile in vielen verschiedenen Themenbereichen mit Schleswig-Holstein zu einer solchen fruchtbaren Zusammenarbeit zu kommen. Ich nenne nur Themen wie die gemeinsame Reform der gymnasialen Oberstufe, die Einführung gemeinsamer Abiturprüfungen in einzelnen Fächern, die Einführung gemeinsamer Aufgaben für die Prüfung zum Hauptschulabschluss und zum Realschulabschluss, eine Kooperation bei Vergleichsarbeiten, die Zusammenarbeit bei der Einführung der Schulinspektion hier in Hamburg, die Kooperation der Lehrerbildungsinstitute und vielleicht sogar – das wäre besonders schön – langfristig der Versuch einer gemeinsamen, grenzüberschreitenden Schulentwicklungsplanung. Damit sind bereits beim ersten Zwischenbericht, den wir erbeten haben, dreiviertel unserer Ersuchungspunkte in Arbeit oder erledigt. Das ist ein Ergebnis, das ich vor eineinhalb Jahren nicht erwartet hätte, gerade vor dem Hintergrund, dass wir Neuwahlen in Schleswig-Holstein hatten und natürlich auch die Interessen der Länder nicht unbedingt immer deckungsgleich sind. Wir sind damit einer funktionierenden Bildungsregion schon ein gutes Stück nähergekommen. Ich freue mich schon auf den nächsten Zwischenbericht in einein-

halb Jahren, wenn wir sicherlich wieder ein weiteres Stück vorangekommen sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lein.

Gerhard Lein SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat wird ersucht, die bildungspolitische Zusammenarbeit zwischen Hamburg und den beiden Nachbarländern zu intensivieren und zu berichten. Wer wollte etwas dagegen haben? Zusammenarbeit wird ohnehin seit vielen Jahren betrieben und intensiviert. Das ist keine Erfindung dieser Regierung, das liegt im Trend der Zeit. Wenn die Mehrheitsfraktion in diesem Hause fühlt, es sei angesagt, der Regierung eine öffentlichkeitswirksame Vorlage für Regierungshandeln zu liefern, dann gibt es einen solchen Auftrag wie diesen hier, ohne Debatte angenommen am 24. November 2004, also vor eineinhalb Jahren.

(Robert Heinemann CDU: Mit Ihren Stimmen!)

– Ja, natürlich. Wir haben ja auch nichts dagegen, lieber Herr Heinemann. Genau das wollte ich ausdrücken. Das liegt aber im Trend der Zeit und die Frage ist, ob es tatsächlich Anlass für eine so prominente Platzierung in der Bürgerschaft ist, für eine Jubeldebatte, möglicherweise "endlich mit uns der Durchbruch" oder "es ist tatsächlich etwas passiert", wo man sagen kann, der Bericht kommt spät und es gibt zustimmendes Klopfen. Wie dem auch sei. Die Forderung der CDU aus dem Antrag 18/1218 oder zumindest eine davon hat sich bereits durch Zeitablauf erledigt. Die Sache mit der Reform der Lehrerbildung. Da gibt es mittlerweile einen KMK-Beschluss. Da ist der Auftrag auf eine genauere Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein schon überholt. Die Frage ist natürlich auch, ob es überhaupt eine Annäherung der Positionen in der Sache Lehrerbildung geben soll. Oder reicht es, wie hier passiert, dass die Ausbildungskosten bei der Lehrerausbildung fein säuberlich nebeneinander gestellt werden nach dem Motto: Geht es vielleicht auch ein bisschen billiger. Man kann natürlich den inhaltsleeren Ländervergleich auf finanzieller Ebene darstellen, wie Sie das tun, aber das sagt noch keineswegs etwas über die Qualität zum Beispiel der Referendarsausbildung. Vielleicht kann Hamburg hier sogar ein bisschen von Schleswig-Holstein lernen. Dort ist zum Beispiel in den Schulen die Referendarsausbildung schon deshalb willkommener, weil sie nicht so kleinkariert wie bei uns auf das Anrechnungssoll der Schulen angerechnet wird und wo zum Teil mitten im Schuljahr Unterricht aufgelöst werden muss, weil Referendarskollegen Unterricht übernehmen müssen und dann auch noch angerechnet bekommen in den Schulen. Ich glaube, lernen kann man auch von Schleswig-Holstein eine ganze Menge.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt bestätigt sich in der Drucksache der Eindruck, dass die Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein auf bildungspolitischem Gebiet zunehmend funktioniert. Das ist erfreulich und entspricht auch dem Willen dieser Bürgerschaft. Schwieriger ist es mit Niedersachsen. Da läuft eigentlich so gut wie nichts. Es stimmt zwar, dass Niedersachsen mehr Nachbarn hat als Hamburg, nur frage ich mich, was Bremen und Nordrhein-Westfalen und so weiter mit der Metropolregion Hamburgs zu tun haben.

C

D

- A Schulentwicklungsplan findet im Raum Stade oder Hamburg-Süd statt, aber nicht in Bremen oder am westlichen Rand Niedersachsens. Insofern bleibt hier eine ganze Menge offen und ob die Intensität, die in die Verhandlungen mit Schleswig-Holstein gesetzt worden ist, auch in Niedersachsen investiert worden ist, wage ich doch sehr zu bezweifeln. Vielleicht haben da ein bisschen die Wunschträume unseres Bürgermeisters mit dem Nordstaat Feder geführt und gesagt, da müssen wir besondere Markierungen setzen.

Ich möchte noch etwas über die länderübergreifende Schulentwicklungsplanung sagen. Da haben wir das Problem des Gastschulabkommens, das 2007 ausläuft und das wir schon aus der Vergangenheit kennen. Aber Sie haben da zu Beginn Ihrer Regierung vor vier Jahren deutlich Grenzen ziehen wollen. Die Frage ist, ob Sie es einem Bürger, der an der Grenze Hamburgs wohnt, heute vermitteln können, dass er nicht in eine schleswig-holsteinische Schule gehen darf und umgekehrt genauso. Eigentlich können Sie es nicht. Die Hoffnung ist natürlich, dass hier in der Tat auch ein mutiger Schritt von uns gemacht wird. Wie man das sehen will, ist egal, aber es werden tatsächlich mehr Schleswig-Holsteiner in das Hamburger Schulsystem eingeschult, weil sie das Angebot offensichtlich trotz der Kassandrarufer für attraktiver halten und wir großzügiger beim Zulassen dieser Gäste sind.

- B Eine letzte Anmerkung. Leider finden wir im Bericht nichts über die Magnetfunktion Hamburgs bei der Berufsbildung. Schüler mit guten und hohen Abschlüssen drängen weiter nach Hamburg, weil sie in ihren eigenen Regionen keine Ausbildungsplätze finden und sie verdrängen dabei die Hamburger Schülerinnen und Schüler, wenn sie deren Abschlüsse toppen könnten. Unsere Schüler erhalten dann die üblichen schlechten Etiketten der Handelskammer. Hier müsste die Behörde etwas mehr tun als nur wieder einmal wie jetzt geplant eine Großanzeigenkampagne nach dem Motto: Hallo, wir haben den Hauptschulabschluss, wir sind stolz darauf. In dieser Anzeige müsste dann zumindest auch stehen, dass wir damit aber in Hamburg auch keinen Ausbildungsplatz bekommen und obendrein versperrt uns die Regierung zusehends den Weg in vollzeitschulische Maßnahmen.

Es ist bedauerlich, dass der Senat in diesem Bericht im Übrigen kein Wort über die zu erwartenden Auswirkungen durch die Föderalismusreform und Zusammenarbeit der Länder verliert. Hier hätte es gut getan, wenn man diese Diskussionen, die immerhin schon ein viertel Jahr andauern, auch in diesem Bericht zumindest in Ansätzen gefunden hätte.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, Zusammenarbeit, Kooperation intensivieren ist immer etwas Gutes. Wir Grüne haben da in den letzten Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht mit regelmäßigen Nordländerbildungstreffen einschließlich Bremen. Das halte ich für zentral wichtig. Das Ergebnis ist, dass Hamburg so gestrahlt hat, dass alle Nordländer unser "9 macht klug"-Konzept übernommen haben. Deshalb gefällt es mir natürlich nicht so, wenn da zwei eher CDU-dominierte Länder kooperieren, aber das

kann ich natürlich nicht ändern. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Ich kann nur hoffen, dass Frau Erdsiek-Rave da dominieren wird und irgendwann die Gemeinschaftsschule dabei herauskommt. Das ist zumindest meine Hoffnung.

(Gerhard Lein SPD: Gut!)

Aber es sind eine Menge Themen, die angesprochen wurden. Kooperation Lehrerbildung hat schon eine lange Tradition zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein und überhaupt den Nordländern, weil man auch schauen muss, dass man nicht doppelt ausbildet und so weiter. Das ist alles in Ordnung. Was mir nur auffällt, ist, dass Sie jetzt sogar zweimal in einem Widerspruchsfalle gelaufen sind. Die eine haben Sie kurz angeführt mit dem Ganztagschulprogramm. Da haben Sie natürlich leicht daneben getreten, weil sich die Kritik des Rechnungshofes natürlich gegen die Umsetzung der Länder richtete, wo die Gelder entsprechend falsch abgeflossen sind in Projekte, die nichts mit Ganztagschulprogrammen zu tun haben, sondern eher mit Reparaturen und Ähnlichem. Das ist hier nicht haltbar.

Das andere finde ich interessant, weil auch ich mir diesen Gedanken zur Föderalismusreform gemacht habe. Auch dort befinden Sie sich in einem Widerspruch, denn im Grunde genommen geht diese Föderalismusreform auf Kosten der Bildung. Es wird an der Hoheit der Länder und der schärfsten Trennung von Bund und Ländern im Kontext von Bildung, Wissenschaft und Forschung festgehalten. Das wird ja fast wie eine Monstranz dahergetragen. Deshalb unser Antrag, nicht Kleinstaaterei bei Forschung und Wissenschaft und Vielstaaterei bei Schule und Bildung zu produzieren, sondern – am besten über Rahmenstaatsverträge – vernünftige Kooperation zwischen Bund und Ländern.

Sie wiederum sagen, das sei alles wunderbar, Sie täten das ja, und fangen jetzt an zu kooperieren. Das könnte man einfacher haben, indem man den Ländern im Kontext finanzieller Segnungen vieles einfacher macht. So ist es verheerend.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Unser Antrag "Föderalismus", den wir zwar heute nicht debattieren, passt wunderbar dazu: Wir sollten für wichtige Bund-Länder-Projekte weiterhin Geld bekommen – sei es zum Beispiel das SINUS-Transfermodell, sei es die Förderung von Migranten, sei es im Gender- oder EDV-Bereich und so weiter –, indem wir mit Schleswig-Holstein kooperieren. All dies wird durch diese Föderalismusreform verhindert. Ich halte es für absolut falsch. Es werden dadurch von Berlin aus – das machen Sie natürlich nicht – Bildungsfürstentümer gebildet und genau das Gegenteil passiert. Das kann man nicht unterstützen.

Kooperieren Sie weiter. Es ist nett, dass Sie das tun. Dagegen ist nichts einzuwenden. Ich sehe jedoch bezüglich dieser Föderalismusreform nicht, dass es im Kontext von PISA bildungspolitisch zu einem Schub in Deutschland käme. Dass Schleswig-Holstein und Hamburg allein durch Kooperation zu besseren Ergebnissen kommen, ist ein frommer Wunsch. Ich bin sehr skeptisch, was die Ergebnisse angeht. Wir werden sehen. Wir werden ja weitere Berichte erhalten. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse im Kontext einer großen Koalition und einer absoluten Mehrheit der CDU. Schauen wir einmal, was unter dem Strich herauskommt.

A (Beifall bei der GAL und bei *Gesine Dräger SPD*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und stelle fest, dass die Bürger-schaft von der Drucksache 18/4116 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 38 auf, die Drucksache 18/4073, Antrag der CDU-Fraktion "Verbesserung der Ertragslage und der Qualität im Taxengewerbe".

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Verbesserung der Ertragslage und der Qualität im
Taxengewerbe – Drucksache 18/4073 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse, bitte.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der größte Teil der Hamburger Taxenunternehmer arbeitet professionell und gut. Gegenüber den schwarzen Schafen werden wir die Gangart verschärfen. Das ist die Politik von Michael Freytag und der CDU in unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch dringend notwendig, wenn wir das Image der Taxen weiter verbessern wollen.

Das Taxengewerbe in unserer Stadt befindet sich im Umbruch. Viele Jahre ist es vernachlässigt worden. Man hat über Jahrzehnte Entwicklungen zugelassen, die jetzt dazu führen – das nehmen die Menschen auch wahr –, dass es tatsächlich große Qualitätsunterschiede bei den Taxen gibt. Es ist Aufgabe der Politik, für die rechtschaffenen Taxifahrer ein faires Arbeitsumfeld sowie die Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer zu gewährleisten und zu verbessern. Genau dieses machen wir mit unseren Initiativen.

Seit sich der CDU-geführte Senat mit dem Thema beschäftigt, sind bereits viele Dinge angestoßen worden, die jahrelang schleifen gelassen worden sind. Wir haben mittlerweile einen regelmäßigen Taxengipfel in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Wir haben angemessene Tarifierhöhungen, die nicht dazu führen werden – auch wenn vielleicht einige Taxiverbände wünschen, es wäre mehr –, dass die Nutzerinnen und Nutzer in Zukunft Taxen meiden. Wir haben als CDU ein Gutachten zur wirtschaftlichen Lage des Taxengewerbes erstellen lassen, über dessen Inhalt wir heute noch sprechen werden. Es gab eine Image-Kampagne. Wir haben Kundeninformation und Verstärkung der Kontrollen durch Umgestaltung der Taxenstelle in der BSU. Wir haben Ordnungswidrigkeiten bei den Taxen intensiver geahndet. Es gab mittlerweile eine Bundesratsinitiative dieses Senates zur Erhöhung des Bußgeldrahmens bei Verstößen von Taxen und wir haben als neueste Idee – das begrüßen wir als CDU-Fraktion – den Vorschlag des Senators, das Fiskaltaxameter im Rahmen einer Bundesratsinitiative auch in Hamburg einzuführen. Das sind alles richtige Schritte, die notwendig sind, um die Qualität der Taxen und den Service für die Nutzer hier in Hamburg zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Ein viel umstrittener Schritt, der mittlerweile auch Früchte trägt, ist der Qualitätsbereich für Taxen am Hamburg Airport. Dort gab es ja vor der Einführung Taxendemons-

trationen, es gab auch politisch kontroverse Meinungen. Mittlerweile können wir feststellen, dass nach Beginn dieser Offensive über 850 Hamburger Taxiunternehmen einen Vertrag mit dem Flughafen geschlossen haben und das Taxengewerbe am Flughafen durch die verbesserte Qualität, die jetzt dort vorhanden ist, verloren gegangenes Geschäft zurückgeholt und neues dazu gewonnen hat. Dies ist als Visitenkarte für unsere Stadt am Flughafen dringend notwendig geworden.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion setzt jetzt mit ihrem Antrag diese Qualitätsoffensive des Senates für ein verbessertes Taxengewerbe in Hamburg fort. Wir sehen noch weiteren Handlungsbedarf. Da verbindet mich, lieber Kollege Lühmann, eine ganze Menge mit dem Inhalt Ihrer Pressemitteilung. Sie haben gestern erklärt, dass Senator Freytag in seiner Behörde endlich eine restriktivere Ausgabe der Taxenkonzession durchsetzen soll, um die ehrlichen Taxenbetriebe vor unlauterer Konkurrenz zu schützen.

Das Taxengutachten attestiert, dass wir in Hamburg auch keinen funktionsfähigen Taxenmarkt haben. Das ist so. Wir haben keinen funktionsfähigen Taxenmarkt. Gerade deshalb hat die CDU-Fraktion mit dieser Initiative weitere Kontrollen angekündigt. Wir werden es heute in unserem ersten Punkt durch einen Beschluss erreichen, dass auch die Zollbehörde und die Finanzämter gemeinsam mit der Taxenstelle in den Kampf gegen den Schwarzmarkt eingebunden werden, um gerade solche betrieblichen Probleme, wie sie aus dem Gutachten deutlich wurden, zu bekämpfen. Das ist ein richtiger Weg, um den Markt weiterhin zu reinigen und den rechtschaffenen Taxifahrern eine gute Ausgangsbasis zu bieten, in Hamburg ihr Geld verdienen zu können.

(Beifall bei der CDU und bei *Jörg Lühmann GAL*)

Wir wollen aber auch eine schärfere Gangart gegenüber den schwarzen Schafen im Taxengewerbe einlegen. So werden Verstöße gegen personenbeförderungsrechtliche Vorschriften – da erwarten wir noch restriktiveres Handeln – viel öfter, als es in der Vergangenheit der Fall war, auch zu Entziehung und Versagung der Fahrerlaubnis führen müssen. Wir werden auch Verbesserungen vornehmen, was die Prüfung der Ortskunde von Taxifahrern angeht. Deutschkenntnisse spielen dort eine wichtige Rolle. Es kann und darf nicht sein, dass Taxifahrer in dieser Stadt den Gast nicht verstehen und nicht die einfachsten Straßen kennen. Das muss abgestellt werden und dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden auch Themen erörtern, die in anderen Bundesländern schon erörtert worden sind. Ich möchte das vollkommen ergebnisoffen machen, es gibt aber Taxenverbände, die Interesse haben, darüber nachzudenken, ob bei der Farbgestaltung eine Liberalisierung in Frage kommt. In Stuttgart gibt es so etwas. In Hannover fahren schwarze Taxen. Ich will nicht vorwegnehmen, ob das nachher eingeführt werden soll. Es gibt viele Vor- und Nachteile einheitlicher Farbgebung bei Taxen. Es muss jedoch angestoßen werden. Wir müssen mit den Taxenverbänden darüber sprechen. Auch dies werden wir mit diesem Antrag tun.

Wir werden bei den Taxenverbänden als Teil des öffentlichen Personennahverkehrs dafür werben, dass die Sicherheit in und um die Taxen verbessert wird. Der Kol-

C

D

A lege Dressel und ich haben das große Vergnügen gehabt, mehrfach mit Taxenvertretern über Sicherheit für Taxifahrerinnen und Taxifahrer zu sprechen. Auch diesen Punkt wollen wir angehen, damit Übergriffe auf Taxifahrerinnen und Taxifahrer in Zukunft erschwert werden. Da gibt es unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten, Videoüberwachung und Ähnliches. Darüber müssen wir nachdenken. Auch dies wollen wir hier anstoßen und bei den Taxenverbänden dafür werben, dass Taxen als Teil des öffentlichen Personennahverkehrs bei Tage mit Licht fahren. Da ist noch ein grundsätzlicher Antrag anhängig, den wir irgendwann im Innenausschuss diskutieren wollen, ob man das für alle Fahrzeuge haben möchte. Ich möchte im öffentlichen Personennahverkehr, ähnlich wie wir es bei Bussen und Bahnen haben, höchstmögliche Sicherheit für die Nutzerinnen und Nutzer haben. Das gilt auch für die Taxen. Deshalb müssen unsere Taxen in einem sauberen, ordnungsgemäßen Zustand sein und sich möglichst sicher durch den Verkehr bewegen. Alle Verstöße müssen geahndet werden. Diese unsere Initiative bietet eine gute Grundlage dafür. Die CDU und dieser Senat sind auf dem richtigen Weg. Ich bitte um Unterstützung dieses Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Frau Timmermann das Wort.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der uns vorliegende CDU-Antrag trägt den Titel "Verbesserung der Ertragslage und der Qualität im Taxengewerbe". Wie Sie mit diesem Antrag zur Verbesserung der Ertragslage beitragen wollen, hat sich mir nicht recht erschlossen.

B

(Klaus-Peter Hesse CDU: Keine Schwarzfahrer mehr!)

Sich aber für Serviceverbesserungen einzusetzen, egal, in welchem Dienstleistungsbereich, ist immer sinnvoll, allerdings nur so lange, als man dabei die wesentlichen Probleme nicht aus den Augen verliert. Ihre Forderungen kommen aber dem Anschein nach einem Alibiantrag nahe, da Sie sich nicht mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Taxengewerbe auseinandersetzen und nicht auf diese eingehen.

Noch deutlicher wird diese Alibifunktion, wenn man sich die einzelnen Forderungen genauer ansieht: Eine personelle Aufstockung der Taxenstellen in der BSU wurde bereits mit der Drucksache 18/3303 mit der Begründung abgelehnt, die entstandenen Rückstände seien abgebaut. Dass Sie heute, ein halbes Jahr später, dies fordern, zeigt, wie ernst Ihre Forderung offenbar gemeint ist.

In der Antragsbegründung weisen Sie darauf hin, dass vom Senat ein Gutachten über die wirtschaftliche Lage des Taxenverkehrs in Auftrag gegeben wurde. Ein Zwischenbericht dieses Gutachtens liegt mittlerweile vor und zeigt zum Teil desaströse wirtschaftliche Zustände auf. Abgesehen davon, dass das Zwischenergebnis des Gutachtens von den Taxenverbänden erheblich kritisiert wird, da die Verbände der Auffassung sind, dass die Bewertung der Zahlen zu positiv sei, und der Faktor Zeit, der hohe Arbeitszeitaufwand keinerlei Berücksichtigung fand, bleibt als Fazit, dass selbst diejenigen Betriebe, die noch etwas besser dastehen, beim Jahresabschluss allenfalls

auf eine rote Null kommen, sodass ein Spielraum für weitere Belastungen oder gar Investitionen nicht bleibt.

C

Statt jetzt darüber nachzudenken, wie man diesen Dienstleistungszweig in die schwarzen Zahlen hilft, der vor allem für den Tourismus eine große und wichtige Rolle in unserer Stadt spielt, legt man ihm weitere Hindernisse in den Weg. Ich spreche vorrangig von den Flughafengebühren, die, wie das Gutachten sehr deutlich aufzeigt, alle Betriebe mehr oder weniger hart trifft, vor allem, da zu befürchten ist, dass weitere Gebühren an exponierten Standorten wie dem Hauptbahnhof, der Elbphilharmonie oder ähnlichen folgen werden. Auch der Umstand, dass bei den Verhandlungen über die Flughafengebühr nicht alle Hamburger Taxenverbände beteiligt wurden, ist schwer nachvollziehbar und spricht nicht dafür, dass der Senat um eine interessengerechte Lösung bemüht ist.

Auf meine Schriftliche Kleine Anfrage im März dieses Jahres, ob diese Gebühren, die den Zugang des Flughafens möglich machen, bei der nächsten Tarifierhöhung Berücksichtigung finden, hat der Senat – wie so häufig – geantwortet, damit habe er sich bislang nicht befasst,

(Ingo Egloff SPD: Und mit vielen anderen Dingen auch nicht!)

und dies, obwohl die Hamburger Taxen wegen der Flughafengebühr tagelang die Innenstadt und den Flughafen mit Demonstrationen lahm gelegt hatten. Konsequenterweise hat der Senat diesen Aspekt bei der Tarifierhöhung, die am 1. Juni 2006 in Kraft tritt, nicht berücksichtigt. Der Tarifanstieg von 4,2 Prozent deckt allenfalls die gestiegenen Benzinkosten, aber nicht mehr. So ist dieser Branche sicherlich nicht auf die Beine zu helfen. Da fragt man sich wirklich, aus welchem Grund der Senat überhaupt Geld für ein teures Gutachten ausgibt, wenn den katastrophalen Ergebnissen keine Taten folgen. Auch der Hinweis, dass die Flughafen Hamburg GmbH über die Erhebung der Flughafengebühr entschieden habe, hilft nicht weiter, da schließlich die Stadt Hamburg an der FHG beteiligt ist und ihr ebenfalls die zusätzlichen Einnahmen zugute kommen.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass hier mehr Qualität gefordert wird, was zwar sinnvoll ist, aber leider diesem von Ihnen ungeliebten Gewerbebezweig nicht weiterhilft. Daher appelliere ich an Sie, nicht nur Forderungen zu stellen, Herr Hesse, sondern sich mit den Problemen dieser Gewerbetreibenden zu befassen und dafür zu sorgen, dass sich die Wirtschaftslage verbessert.

Ich möchte noch auf einige Punkte Ihres Antrages eingehen. Wir stimmen ihm zu, da es in vielen Bereichen sinnvoll ist nachzufassen, aber es ist auch ein bisschen weißes ...

(Erhard Pumm SPD: Weiße Salbe!)

– weiße Salbe. Das Wort fehlte mir im Augenblick.

Wenn man sich zum Beispiel den Punkt 5 ansieht, in dem es darum geht, dass die Taxen mit Licht fahren: Das ist eine Empfehlung der Bundesregierung. Das ist über kurz oder lang selbstverständlich. Das muss man hier nicht noch einmal gesondert fordern. Zum Punkt 6 – gemeinsam mit den Verbänden Lösungen zur Verbesserung der Sicherheit zu erörtern – gibt es seit zehn Jahren auf Bundesebene ein Sicherheitstraining. Das wissen Sie wahrscheinlich. Auch das ist zurzeit Praxis.

D

- A Bezüglich der Liberalisierung der Farbgebung: Das ist ein Selbstgänger. Die ersten Bundesländer liberalisieren sie, der Bundesrat hat gesagt, es obliege den einzelnen Ländern, eine Entscheidung zu treffen. Man wird über kurz oder lang gar nicht darum herumkommen, gerade, wenn man die Gewerbetreibenden im Auge hat und ihnen helfen will. Der Antrag ist von daher gut gemeint, aber so richtig hilft er dem Gewerbe nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lühmann hat das Wort.

Jörg Lühmann GAL:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zwischenbericht des Gutachtens zur Lage des Taxigewerbes liegt mittlerweile vor. Frau Timmermann hat es bereits gesagt: Er wird von Teilen des Gewerbes hart kritisiert, weil die Methodik zu wünschen übrig lasse. Auch viele Ergebnisse werden kritisiert, sie würden zu schön dargestellt. Wenn diese Kritik der Verbände zuträfe, wäre es schier unerträglich, denn schon das, was bekannt ist, ist so dramatisch, dass wir ganz klar handeln müssen. In einer Situation, in der 58 Prozent aller Taxen, die auf Hamburgs Straßen fahren – also deutlich mehr als die Hälfte – mit unplausiblen Betriebsergebnissen fahren, ist dies – richtig – das Alarmzeichen schlechthin. Der Gutachter hat uns als Leserinnen und Lesern in seiner vorsichtigen Formulierung den Umkehrschluss nahe gelegt, indem er schrieb, auf funktionsfähigen Märkten wie in Fulda und Mannheim gebe es dieses Phänomen nicht. Das bedeutet, dass der Hamburger Taxenmarkt nicht mehr funktionsfähig ist.

- B Wenn man diese Zahlen im Einzelnen betrachtet, muss man genau schauen, was dort los ist: 58 Prozent fahren mit nicht plausiblen Ergebnissen. Das mag bei dem einen oder anderen Einzelunternehmen noch im Rahmen des rechtlich Zulässigen und auch des Anständigen liegen, falls nämlich diese Einzelunternehmen nur zum Zuerwerb betrieben werden. Aber 36 Prozent der Hamburger Taxen, also mehr als ein Drittel, werden in Mehrwagenbetrieben geführt. Wenn in diesen Mehrwagenbetrieben unplausible Ergebnisse vorgelegt werden – das heißt also Gewinne vorgelegt und Kosten angegeben werden, die weit jenseits der Realität liegen und mit denen es einfach nicht ginge –, erinnert mich das an eine schöne Szene aus einem Film, in dem ein Staatsanwalt sagt, wenn etwas aussehe wie eine Lüge, wenn es so rieche und schmecke, dann werde er es wohl eine Lüge nennen dürfen. Aber wenn es um ihn herum gehe und ihn in den Hintern trete, *müsse* er es eine Lüge nennen.

Das ist genau der Punkt, zu dem ich mich frage, was denn da mit der BSU los ist. Warum macht die Kontrollbehörde an diesem Punkt nicht ganz klar, dass sie sich dies nicht gefallen lasse und sich auch schon seit Jahren nicht habe gefallen lassen?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD –
Klaus-Peter Hesse CDU: Das steht ja hier!)

Das ist der entscheidende Punkt. Deswegen stimmen wir Ihrem ersten Punkt zu. Man hätte ihn klarer und deutlicher formulieren können, aber wir haben diese Taxendebatte schon seit längerer Zeit, schon in der letzten Legislaturperiode, hier im Haus gehabt. Da gab es eine Reihe von Beschlüssen – die einstimmig gefasst wurden –, die bei der Behörde in der Regel nicht ernsthaft

verfolgt wurden, um es freundlich auszudrücken. Jetzt scheint es erste Zeichen zu geben, aber auch das ist in der Tat noch nicht wirklich ausreichend.

Ich will noch zu drei Punkten Ihres Antrages, Herr Hesse, etwas sagen: Sie haben eben selbst gesagt, dass der Punkt 5 Ihres Antrages, Licht am Tage, schon in einem eigenständigen Antrag hier behandelt worden ist. Wir haben als Grüne in der Bürgerschaft ernstzunehmende Gründe genannt, deretwegen wir der Meinung sind, dass es mit Licht am Tage so einfach nicht gehe. Ich bin sehr froh darüber, dass unserem Überweisungsbegehren zugestimmt wurde. Warum dieser selbe Punkt hier wieder auftaucht, ist schwer nachzuvollziehen. Vor allen Dingen hat es gar nicht mit Ihrem Anliegen zu tun, die Qualität und Ertragslage des Taxengewerbes zu erhöhen, wenn diese tagsüber mit Licht fahren. Das wird ihnen nicht wirklich helfen, sondern dort wird nur die Frage helfen, die wir grundsätzlich zu lösen haben, nämlich wie es um die Zahl der Konzessionen in der Stadt bestellt ist.

Es gibt unterschiedliche Vorstellungen, wie man zu diesem Ziel kommt. Es gibt die Vorstellungen in Teilen des Gewerbes, die Politik möge eine Obergrenze an Konzessionen festlegen und diese dann gegen den Markt durchsetzen. Ich halte das für einen Fehlschluss.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Genau!)

Es ist viel besser, eindeutig zu erklären, dass solche, ganz offenkundig falschen Ergebnisse nicht auch noch durch Weitererteilung oder sogar vermehrte Erteilung ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Entschuldigen Sie. Ich möchte alle bitten, wieder zu der Ruhe zurückzukehren, die wir vor 20 Minuten in diesem Saal hatten. Das war optimal. Vielleicht erinnern das einige noch. Vor 20 Minuten konnten wir den Rednerinnen und Rednern wirklich zuhören. Ich bitte, wieder dort hin zurückzukommen.

Herr Lühmann, fahren Sie fort.

Jörg Lühmann (fortfahrend): Einen allgemeinen Konzessionsstop lehnen wir aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Ich halte es für sinnvoller, dass, wer mit offenkundig falschen Ergebnissen eine Konzessionsverlängerung oder sogar eine Erhöhung der Zahl der Konzessionen beantragt, diese nicht erhält. Wenn man das genügend stringent macht, müsste sich über einen Zeitraum von drei, vier oder fünf Jahren das Gewerbe auch wieder auf diejenigen Betriebe zurechtschrumpfen, die mit ehrlichen und nachvollziehbar richtigen Zahlen arbeiten, und diese auch geschützt sein. Das große Problem dabei ist ja, dass durch diese Haltung der unkontrollierten Konzessionsvergabe der große Schaden bei den ehrlichen Betrieben entsteht, die sich auf diese Art und Weise gegen offenkundig unehrliche Konkurrenz nicht durchsetzen können und an den Rand gedrückt werden. Dort müssen wir dringend zu ernsthaften Maßnahmen kommen. Deswegen stimmen wir den Punkten 1 bis 4 Ihres Antrages zu. Den Punkt 5 werden wir ablehnen und zu Punkt 6 werden wir uns enthalten.

(*Bernd Reinert CDU:* Das ist eine ganz gute Quote für uns!)

Zu diesem Punkt noch ein Wort: Sie haben gesagt, Herr Hesse, dass Sie damals mit Herrn Dressel auf einer Kon-

C

D

A ferenz waren. Ich war auch dort, die Polizei auch und die Polizei hat eindeutig bestätigt, dass es Überfälle auf Taxis gibt. Das ist jedes Mal eine dramatische Angelegenheit. Es gibt aber Berufsgruppen, die einem wesentlich höheren Überfallrisiko ausgesetzt sind. Das hat verschiedene Gründe, zum einen die zu erwartende Beutesumme, zum Zweiten kann sich jemand, bevor er eine Tankstelle überfällt – was sehr viel häufiger als bei Taxen der Fall ist –, maskieren und er hat keine Nähe zum Opfer aufgebaut. Das ist eine etwas andere Lage. Es mag trotzdem sein, dass es vernünftige Methoden gibt, die Sicherheit von Taxifahrern zu erhöhen. Man sollte dies aber nicht hier in den Fokus eines Antrages stellen. Da gibt es vernünftige Wege, darüber zu diskutieren.

Die entscheidende Frage ist, wie wir die ehrlichen Taxiunternehmer vor den offenkundig unehrlichen schützen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Hesse hat das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Lühmann, Sie können dem Punkt "Fahren mit Licht am Tage" zustimmen, denn hier handelt es sich um eine Empfehlung. Bei der anderen parlamentarischen Initiative geht es um eine Bundesratsinitiative, die es verbindlich machen soll. Wir wollen Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr. Das gilt nicht nur für die Taxen und die Qualität, wie sie sich im Verkehr bewegen, sondern – und da komme ich zu Ihrem zweiten Punkt – das gilt auch für die Sicherheit in den Taxen. Es muss diskutiert werden können, ob das, was wir bei Bussen und Bahnen tun, Videoüberwachung – was große Zustimmung bei der Bevölkerung findet –, bei Taxen, die Teil des öffentlichen Personennahverkehrs sind, auch gemacht werden kann. Wir können dort nicht ausgrenzen und dies nur bei Bussen und Bahnen tun und Taxen ihrem Schicksal überlassen. So geht es nicht.

(Beifall bei *Lars Dietrich und Bernd Reinert, beide CDU*)

Es gibt trotzdem große Übereinstimmung mit dem, was der Kollege Lühmann gesagt hat. Auch wir lehnen einen Konzessionsstop ab. Wir müssen den Markt dort bereinigen, wo er fehlgeleitet ist, indem Taxenunternehmer überprüft werden. Das fordern wir in diesem ersten Antrag.

Liebe Frau Kollegin Timmermann, der Qualitätsbereich am Airport ist ein Erfolgsmodell. Wir stehen dazu, dass die Taxengebühren in Hamburg moderat angehoben werden, weil wir Taxen als Teil des öffentlichen Personennahverkehrs sehen und es den Menschen möglich machen wollen, auch in Zukunft noch Taxen zu bezahlen. Nur, weil einige wenige Taxenunternehmer der Auffassung sind, dass sie mit dem Geld nicht auskämen, das sie über Taxengebühren verdienen, heißt das noch nicht, dass wir die Gebühren so hoch anheben, dass jeder sich am Markt ausreichend bedienen kann. Da haben wir eine politische Verantwortung den Nutzerinnen und Nutzern gegenüber. Dieser werden wir durch eine maßvolle Anhebung gerecht, sodass auch weiterhin Taxen als Teil des öffentlichen Personennahverkehrs bezahlbar bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lühmann hat jetzt das Wort.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Es ist doch alles gesagt!)

Jörg Lühmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Keine Sorge, ich mache es auch ganz kurz.

Ein Wort noch zur Frage der Tarife und zum Qualitätsbereich am Flughafen: Es ist doch so, dass die Zahlen aus dem Zwischenbericht des Gutachtens die dramatische Einkommenssituation dieser Taxenbetriebe beschreibt. Ich möchte daran erinnern, dass wir gestern im Innenausschuss die Frage diskutiert haben, ob zum Beispiel beim Verwehrplatz Tiefstack eine Kreditkartenzahlung beim Auslösen der Fahrzeuge möglich sein solle oder nicht. Da geht es in der Regel bei Sätzen von rund 250 Euro los. Der Betreiber will die Mehrkosten durch Kreditkarten nicht übernehmen, sondern auf die Stadt abwälzen. Aber wenn wir von Taxifahrern bei vergleichsweise geringeren Beträgen und einer dramatisch schlechten Ertragslage verlangen, dass sie auf den Kosten für Kreditkartenabrechnungen sitzen bleiben und diese nicht weitergeben dürfen, finde ich das ungerecht. Das kann man nicht machen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Auch die Frage der Tarife muss man in aller Vorsicht betrachten. Da hilft es nichts, jetzt in Riesensprüngen vorzugehen und den Taxenmarkt über die Tarifffrage kaputt zu machen. Das könnte man ja leider auch durchaus tun. Im öffentlichen Personennahverkehr haben wir alle zwei Jahre moderat angehoben, da geht die Diskussion ja eher um jährliche Anhebungen. Man muss sehen, dass im Taxengewerbe über einen sehr langen Zeitraum überhaupt nicht angehoben worden ist und sich dort Entwicklungen ergeben haben, die von vernünftigen, wirtschaftlichen Betriebsmöglichkeiten für viele Unternehmen weit abrücken. Das macht es unendlich schwierig. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Timmermann, Sie haben das Wort.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch nur ganz kurz zum Thema Tarife: Sie machen es sich ein bisschen zu leicht, Herr Hesse. Auch hier sind Familien betroffen. Wenn Sie sich das Gutachten angesehen haben, haben Sie gesehen, in welcher schwieriger finanzieller Situation sich die Menschen befinden.

Wenn Sie im Gespräch bleiben möchten, haben Sie je Gespräche geführt?

(*Bernd Reinert CDU:* Wenn er sie nicht geführt hat, kann er nicht dabei bleiben!)

Es war vereinbart, dass Gespräche stattfinden, wenn das Gutachten da sei, bevor man die Tarife erhöhe. Das hat alles nicht stattgefunden. Ihr Senat hat deutlich gemacht, dass es eine Tarifierhebung geben werde, und parallel dazu wurde das Gutachten vorgelegt. Das, was Sie hier so vollmundig sagen, dass man im Dialog bleibe, hat alles nicht stattgefunden.

- A Vielleicht können Sie mir erklären, warum Sie bei den Gesprächen mit den Taxiverbänden selektiert haben. Vielleicht können Sie deutlich machen, warum gewählt wurde a) Ja, b) Nein, c) wieder Ja. Gibt es einen Grund, warum man einige Taxiverbände aussperrt, wenn man miteinander spricht? Es wäre für alle sehr hilfreich, dies zu wissen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und wir kommen zur Abstimmung. Die GAL-Fraktion möchte dies ziffernweise tun.

Wer möchte Ziffer 1 des CDU-Antrags aus der Drucksache 18/4073 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer möchte Ziffer 2 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war ebenfalls einstimmig.

Wer nimmt Ziffer 3 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Wer möchte Ziffer 4 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Wer möchte Ziffer 5 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wer stimmt Ziffer 6 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig bei einigen Enthaltungen.

- B Ich rufe Punkt 49 auf, Drucksache 18/4187, Antrag der SPD-Fraktion: Geschichtswerkstätten sichern – lebendige Bürgerkultur fördern!

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Geschichtswerkstätten sichern – lebendige Bürgerkultur fördern! – Drucksache 18/4187 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Frau Fiedler, bitte.

Luisa Fiedler SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Metropole Hamburg ist nicht nur dort, wo die großen Schiffe anlegen und die Leuchttürme leuchten, sondern die Stadt ist für uns vor allem da, wo die meisten Menschen wohnen. Auf ihrer Geschichte und ihren Geschichten gründet ihr historischer und kultureller Reichtum. Es ist für mich daher eine wahre patriotische Aufgabe, wenn sich Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchiven der Geschichten ihres Stadtteils annehmen und widmen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

In jahrelangen akribischen Recherchen erforschen, dokumentieren und bewahren sie die Geschichte der Quartiere, indem sie eine Fülle an Material und mündlicher Überlieferung zusammentragen und dadurch das Vergessene und Vergangene wieder erstehen lassen. Die Lateiner sagten dazu: per aspera ad lucem, von unten nach oben ans Licht. Diese Geschichten sind zwar keine Heldengeschichten, sie erzählen vielmehr vom Leben der einfachen Menschen, aber gerade das Unspektakuläre, das Verborgene, das Gewöhnliche macht diese Stadt unverwechselbar.

Heute ist dank dieser Arbeit unser Bild von Hamburg, von seinen Menschen und ihrer Geschichte differenzierter und vielfältiger denn je. In der Großen Anfrage "Erinnern statt vergessen", 60 Jahre nach Kriegsende, wird auf eindrucksvolle Weise ihr Beitrag zur Erinnerungskultur dieser Stadt dokumentiert. Gerade diese Ergebnisse machen es für Schulen unverzichtbar, vor Ort auf historische Quellen zurückgreifen zu können.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich möchte deswegen an dieser Stelle ein paar Beispiele nennen, stellvertretend natürlich für alle 14 Geschichtswerkstätten in dieser Stadt. Ich nenne die eindrucksvolle Ausstellung zum Feuersturm 1943, die die Geschichtswerkstatt Hamm erarbeitet hat und die auch in diesem Hause gezeigt worden ist. Ich nenne eine ganze Reihe von Buchveröffentlichungen der Galerie Morgenland in Eimsbüttel, die Maßstäbe der Sozialgeschichtsschreibung des Dritten Reiches und der Nachkriegszeit gesetzt hat. Ich nenne Migrationsgeschichte, die in Wilhelmsburg mit dem Projekt "Wilhelmsburg – Williamsburg" aufgearbeitet wurde. Bei diesem Projekt wurden Theater und Literatur als Mittel der historischen Aufarbeitung genutzt. Daraus wurde schließlich in Kooperation mit dem Gymnasium Kirchdorf/Wilhelmsburg ein Theaterstück erarbeitet, dessen Aufführung sowohl auf der Veddel als auch in New York – auf Einladung der dortigen deutschen Gemeinde – Furore gemacht hat. Hier zeigt sich, wie Erinnerungskultur eine Quelle der Auseinandersetzung mit unserer Gegenwart sein kann. Es zeigt aber auch, wie wichtig Geschichtswerkstätten als außerschulische Kooperationspartner und Orte des Lernens sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Unser Antrag hat heute zum Ziel, diese wertvollen Hamburger Institutionen zu erhalten, und zwar in vollem Umfang. Der erste Senat unter Bürgermeister von Beust hat die Zuwendungen für die Geschichtswerkstätten um 139 000 Euro gekürzt und das ist ein Minus von 25 Prozent. Der Senat hatte sogar einen totalen Kahlschlag beschlossen. Wir wissen alle in diesem Haus, wie sehr diese Stadt aufgestanden ist,

(Jörn Frommann CDU: Wer?)

wie massiv diese Proteste von allen Seiten gekommen sind, auch von Ihrer Seite, aus allen Verbänden und deswegen ist uns dieser Kahlschlag erspart geblieben. Nach dem Motto "Vogel frisst oder stirb" haben die Geschichtswerkstätten die Kürzungen als Herausforderung annehmen müssen und angenommen und mit großem Engagement versucht, die drastischen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen zu kompensieren.

Der Bestand der Geschichtswerkstätten ist jedoch strukturell nicht gesichert. Viele Vorhaben mussten zeitlich gestreckt, neue Projekte verschoben oder aufgegeben werden, weil einfach keine Kapazitäten vorhanden sind. Wir hatten im Kulturausschuss dazu eine Anhörung. Im Protokoll ist nachzulesen, dass die Vertreter der Behörde von Stellenreduzierungen, Entlassungen, demotivierten Ehrenamtlichen und kürzeren Öffnungszeiten berichten mussten. Das bedeutet, weniger Kultur für die Stadtteile in dieser Stadt, weniger Kultur für die Menschen vor Ort.

(Wilfried Buss SPD: Eben!)

Aufgrund der drastischen Kürzungen mussten die Kooperationen mit Schulen, zum Beispiel in Ottensen, aufgege-

C

D

- A ben werden und das ist schon skandalös, wenn wir die ganze Zeit darüber diskutieren, wie wir bessere Schulen schaffen können, wie wir uns vernetzen können mit den Einrichtungen in den Stadtteilen und dann haben wir so eine wunderbare Geschichtswerkstatt und diese muss geschlossen werden, weil die Kapazitäten nicht ausreichen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es reichen auch keine Wunderformeln wie die Optimierung der Zusammenarbeit mit Schulen, die der Senat einforderte, was wir im Ausschuss gehört haben und im Protokoll zu lesen war. Ohne zusätzliche Ressourcen, Frau Senatorin, wird es wohl nicht gehen. Schließlich können sich Stadtteile wie Wilhelmsburg oder Bramfeld, in denen eine chronische Unterversorgung der kulturellen Institution vorhanden ist, wie Sie alle wissen, weniger auf die so genannten Synergieeffekte berufen, denn wo nichts ist, kann auch nicht fusioniert werden. Also gilt auch dieser Aspekt Fusionierung der Synergieeffekte nur für Stadtteile, in denen mehrere kulturelle Einrichtungen vorhanden sind.

Meine Damen und Herren! Wir beantragen deswegen für das laufende Jahr, die Kürzungen von 139 000 Euro rückgängig zu machen und dafür nicht verwendete Mittel aus den Töpfen für Kinder- und Jugendkultur sowie besondere Kulturförderung zu verwenden. Natürlich reicht es nicht, nur zu sagen, es soll mehr Geld regnen. Die Kultursenatorin verweist oft – ich finde auch zu Recht – auf erfolgreiche Projekte privater Kulturförderung, auf die so genannten Sponsoren. Unser Antrag enthält daher als zweites Petition das Ersuchen, einen Leitfaden für kleinere Kultureinrichtungen in den Stadtteilen zu entwickeln, für kleine Oasen, für kleine Bausteine der menschlichen Qualität vor Ort. Dieser Leitfaden soll eine Art Lotse für das Akquirieren von Sponsoren werden. Statt die Geschichtswerkstätten mit Lippenbekenntnissen abzuspeisen, sollte ihnen jetzt und heute geholfen werden. Vollkommen unverständlich ist jedenfalls, dass die Regierungsfraktion trotz der Fülle an positiven Fakten nicht einmal im Ausschuss darüber reden will, wie denn den Geschichtswerkstätten substanziell, und zwar mit Ressourcen, geholfen werden kann. Das finde ich in Anbetracht der Tatsache, dass es sich hier um eine richtige Hamburgensie handelt, wirklich schade. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Herr Rusche das Wort.

Dietrich Rusche CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Frau Fiedler eben die Arbeit der Geschichtswerkstätten gewürdigt hat, so kann ich ihr nur zustimmen; die Meinung vertritt unsere Fraktion auch. Wenn aber die SPD in ihrem Antrag dem Senat unterstellt, dass er kein Interesse an der Arbeit der Geschichtswerkstätten habe und wenn ferner unterstellt wird, dass er diesen Werkstätten jegliche Unterstützung versage, dann sind beide Aussagen falsch.

(**Bernd Reinert** CDU: Jo! und Beifall bei der CDU)

Immerhin wird im Antrag nicht unerwähnt gelassen, dass im Haushalt 400 000 Euro für die Geschichtswerkstätten bereitgestellt worden sind, eine Zahl, die nicht gerade Kleingeld darstellt. Eine Erhöhung dieses Betrags nun

durch Heranziehung von vorhandenen Haushaltsresten zu erreichen, verehrte Frau Fiedler, ist schlicht illusorisch,

(**Wilfried Buss** SPD: Warum?)

denn Reste stehen nach der Ihnen allen bekannten Landeshaushaltsordnung nicht zur beliebigen Zweckbestimmung zur Verfügung, sondern nur für ihren ursprünglichen Bestimmungszweck. Wenn Sie Ihren Kollegen, Herrn Zuckerer, gefragt hätten, hätte der Ihnen das sagen können, der ist in diesen Dingen ein ausgesprochener Fachmann.

(**Dr. Willfried Maier** GAL: Bei dem großen Deckungskreis!)

– Richtig! – Die im Antrag genannten Reste bei beiden Titeln werden aber wie geplant benötigt und sind wegen längerfristiger Planung auch nicht disponibel.

(**Wilfried Buss** SPD: Das glaube ich Ihnen nicht!)

– Es kommt nicht darauf an, was Sie glauben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Was die SPD in ihrem Antrag aber unerwähnt lässt, sind die vielfältigen Aktivitäten, mit denen die Kulturbehörde die Geschichtswerkstätten bei ihren wichtigen Aufgaben berät, fördert und unterstützt. So fördert die Kulturbehörde zum Beispiel den Landesverband Soziokultur, in dem die Geschichtswerkstätten zusammen mit anderen kleineren Kultureinrichtungen in hohem Maße organisiert sind. Dieser Verband erfüllt seine Aufgabe, über Förderungsperspektiven zu informieren und zu beraten, nach meiner Kenntnis zu voller Zufriedenheit. Zusätzlich informiert der Fachreferent der Kulturbehörde in den Arbeitstreffen mit den Geschichtswerkstätten regelmäßig über aktuelle Fördermöglichkeiten und berät auch einzelne Projekte in ihrer Entwicklung. Darüber hinaus werden entsprechende Informationen und Hinweise auch in der Fachinformation "Querlight" regelmäßig veröffentlicht und auch das wird von der Kulturbehörde gefördert.

Deswegen ist ein zusätzlicher Leitfaden, wie er hier zur Unterstützung kleinerer Kultureinrichtungen gefordert wird, völlig überflüssig und eine unnötige Geldausgabe, weil es eine ausreichende Menge an Beratungsliteratur auf dem Markt gibt. Viel wichtiger ist aus meiner Sicht eine auf den Einzelfall zielende qualifizierte Beratung, wie sie in der Praxis von der Kulturbehörde ausgeübt wird.

Auf Initiative der Kulturbehörde wird ferner im Kinder- und Jugendkulturbereich ein monatlicher Newsletter erstellt – auch das dürfte nicht unbekannt sein –, den alle Initiativen kostenlos abonnieren können.

(**Wilfried Buss** SPD: Gehen Sie doch auf die Argumente der Anhörung ein!)

– Hören Sie doch besser zu.

Eine Datenbank – auch darüber ist schon gesprochen worden – mit Anbietern kultureller Projektarbeit für Kinder und Jugendliche wurde in Kooperation zwischen Kulturbehörde, Bildungsbehörde und dem Kinder- und Jugendkulturverein installiert und erfreut sich großer Beliebtheit. Ich empfehle Ihnen, einen Blick dort hineinzuworfen. Die Adresse lautet: www.kulturnetz.hamburg.de.

Aus all den genannten Gründen – das ist genau der Punkt zwei des SPD-Antrags – kann dieser Antrag nur abgelehnt werden. Die Geschichtswerkstätten können

- A sich auch in Zukunft auf die Unterstützung des Senats verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Maier hat jetzt das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde zunächst einmal, dass diese Geschichtswerkstätten eine ganz erstaunliche Erfolgsgeschichte sind. Man muss sich vergegenwärtigen, dass sie mit äußerstem Misstrauen betrachtet wurden, als das vor etwa 25 Jahren losging, denn sie waren aus dem Motiv heraus in Gang gekommen, die Geschichte von Verfolgung, von Widerstand während des Dritten Reiches und von Erfahrungen des Krieges abzurufen, da das in unserer Gesellschaft verdrängt wurde. Sie entstanden in dem Moment, in dem diese Erinnerungen gerade noch mündlich abrufbar waren, weil die Vertreter dieser Generation allmählich verschwanden und deswegen die große Bedeutung hatten, mündliche Erzählungen zu sammeln, Oral History zu betreiben.

Diese Geschichtswerkstätten haben etwas hingekriegt, was zu dem Zeitpunkt nicht zu erwarten war, nämlich viele Bürgerinnen und Bürger zu interessieren. Sie verstanden sich zunächst als eine Oppositionsbewegung gegen die bürgerliche Verdrängung des Nationalsozialismus im jeweiligen Quartier. Heute sind sie zu einem politischen und kulturellen Erfolg geworden, weil diese Geschichtswerkstätten Stätten der kulturellen und politischen Identitätsbildung in den Quartieren geworden sind.

B Als Frau Horáková die Geschichtswerkstätten komplett rasieren wollte, spielte vonseiten des Senats noch ein bisschen dieses alte Ressentiment eine Rolle. Aber Gott sei Dank wurde das kassiert und übrig geblieben ist, dass sich inzwischen alle Fraktionen dieser Bürgerschaft darüber freuen, dass es diese Einrichtungen gibt, dass das kulturelle Leben der Stadt dadurch erheblich bereichert wird und in den Quartieren vor allen Dingen auch eigenständige Wurzeln schlägt.

Jetzt aber die Frage, wie es mit der Unterstützung weitergehen kann. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir wieder zur alten Größenordnung der Unterstützung kommen könnten, zu diesen 139 000 Euro mehr. Deswegen werden wir auch ohne große Überzeugung, dass das Geld tatsächlich kommen wird, dem Antrag zustimmen. Aber mir fehlt der Glaube, dass es passieren wird. Ich glaube nicht, dass man sich hinter haushaltsrechtlichen Gründen verschancen kann. Die Deckungskreise in der Kulturbehörde sind so groß, dass das möglich wäre.

(Wilfried Buss SPD: Man muss es wollen!)

Haushaltsrechtlich wäre es möglich, aber es ist nicht nur eine Frage des Wollens, sondern auch des Vorhandenseins von Mitteln. Die haben in der Kulturbehörde inzwischen doch alle ihre Reste schon mehrfach in Zusatzfinanzierungen ausgequetscht. Dieser Haushalt ist innerhalb der Kulturbehörde wirklich sehr knapp gestrickt.

Deswegen hatten wir in der Anhörung auch schon eine weitere Idee entwickelt. Wir hatten gesagt, diese Geschichtswerkstätten erbringen heute für das gesamte Bildungswesen eine wichtige Dienstleistung, die durch den schulischen Geschichtsunterricht nicht ohne weiteres ersetzt werden kann, denn dort ist eine andere Möglichkeit der Erfahrung von Authentizität von Vergangenheit

C möglich. Es sind auch andere Personen, die in die Schulen kommen oder die Schulen in die Werkstatt einladen. Das heißt, man muss Kooperationsbeziehungen zwischen den Geschichtswerkstätten als Kultureinrichtungen vor Ort und den Schulen herstellen. Und wo man solche Kooperationsbeziehungen herstellt, um in gewisser Weise einen Lehrereinsatz zu sparen, kann man auch dafür sorgen, dass das bezahlt und den Geschichtswerkstätten eine Einnahmequelle erschlossen wird durch aktive Teilnahme am öffentlichen Bildungsauftrag.

Es bestand auch eine weitgehende Einigkeit, dass das weiter verfolgt werden sollte, aber ich habe eine Sorge. Dadurch, dass wir jetzt hier darüber debattieren, ist der SPD-Antrag am Ende erledigt und kommt auch nicht mehr in den Ausschuss.

(Bernd Reinert CDU: Das stimmt uns nicht sorgenvoll!)

Wir haben also keinen Anknüpfungspunkt mehr im Kulturausschuss, um diese Diskussion weiter zu verfolgen, die wir gerne auch über die Fraktionen hinweg verfolgen würden, was an Arbeitsteilung dort stattfinden könnte. Ich hätte gerne die Zustimmung der CDU dazu, dass wir uns offen halten, diesen möglichen Lösungsvorschlag weiter innerhalb des Kulturausschusses zu verfolgen.

(Michael Neumann SPD: Überweisen!)

Es ist nun schon vorher entschieden, dass das nicht geht. Mir kommt es nicht darauf an, zum fünfundzwanzigstenmal über die 139 000 Euro zu sprechen, aber ich will das Thema Geschichtswerkstätten offen halten. Wenn das der Fall ist, dann wird es mit diesem Antrag nicht weitergehen, wohl aber mit dem Thema. Wir werden zustimmen, aber wir sehen uns im Ausschuss wieder. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/4187 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/4187 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Punkt 11 auf, Drucksache 18/4027: Große Anfrage der GAL-Fraktion: Die kreative Stadt – Hamburg ist mehr als Handel und Hafen.

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Die kreative Stadt – Hamburg ist mehr als Handel und
Hafen – Drucksache 18/4027 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion federführend an den Kulturausschuss und mitberatend an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Maier, bitte.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Aktuellen Stunde vor 14 Tagen sagte Frau Ahrons einen bemerkenswerten Satz.

A (Wolfgang Ploog CDU: Na!)

Sie sagte, in Berlin leben die Kreativen, aber in Hamburg werde das Geld verdient. Frau Ahrons wollte das als einen Hinweis auf die Stärke der Stadt verstanden wissen. Wenn man einen Moment länger darüber nachdenkt, ahnt man, dass es bei dieser Selbstzufriedenheit, die hinter diesem Satz steckt,

(Frank-Thorsten Schira CDU: Ist sie doch gar nicht!)

in der einen Stadt lebten die Kreativen, während in der anderen Stadt das Geld verdient werde, keineswegs sicher ist, wer am Ende wohin marschiert, das Geld zu den Kreativen oder die Kreativen zum Geld. Dieses kann zum Abstieg der Stadt führen. Wahrscheinlich ist es so, dass unter heutigen Bedingungen Kreativität die knappere Ressource ist und das Geld, um es überhaupt verwenden zu können, wird dahin gehen müssen, wo die Kreativen sind. Das heißt, auch wenn die Stadt nur an ihren wirtschaftlichen Erfolg denkt – sie sollte nicht nur an den denken –, dann muss sie daran arbeiten, gute Bedingungen für Kreativität zu schaffen und die Möglichkeiten zu verbessern, damit Menschen in der Stadt auch kreative Entwicklungen hervorbringen.

Bei solchen Sprüchen der Selbstzufriedenheit deutet sich aber an, dass die Bedingungen des Erfolgs in der heutigen Situation gar nicht wirklich verstanden werden. Man kann der Antwort des Senats auf die Große Anfrage aber einiges entnehmen, was durchaus aufschlussreich ist. So teilt der Senat Ergebnisse der Statistik mit: Die Entwicklung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse ist in den letzten Jahren eher etwas rückläufig gewesen, allenfalls aber stagnierend. Innerhalb dieser stagnierenden Beschäftigungszahl hat aber die Zahl derjenigen, die im Bereich der wissensintensiven Industrien und Dienstleistungen beschäftigt sind, von 1998 bis 2005 um 18 Prozent zugenommen, also in gerade sieben Jahren ein massiver struktureller Wandel hin zu Branchen, die wissensintensive Beschäftigungsverhältnisse brauchen, um Wertschöpfung zu betreiben.

Je stärker aber solche Branchen ins Zentrum der Aufmerksamkeit und der Wertschöpfung geraten, um so wichtiger wird Kreativität, denn die Besonderheit bei wissensintensiven Arbeitsplätzen ist ja, dass die Leute sich nicht einfach an festen Vorgaben orientieren können, denen entlang sie handeln, sondern dass sie immer wieder selbstständig Entscheidungen treffen, Kommunikationsprozesse auslösen müssen, um überhaupt erfolgreiche Ergebnisse zu produzieren. Kreativität von Menschen wird deswegen zur zentralen wirtschaftlichen Ressource. Die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage nährt aber den Verdacht, dass er sich dieses Umstands und der Konsequenzen daraus nicht recht bewusst ist, dass er sich auf der Ahrons-Linie der Selbstzufriedenheit bewegt, statt nach Quellen der Kreativität auch in Hamburg ernsthaft zu suchen.

Einigermaßen vollständig sind in dieser Großen Anfrage die Antworten hinsichtlich der wissensbasierten Industrien und Dienstleistungen. Uninteressiert und geradezu verständnislos sind die Antworten des Senats, wenn nach Feldern gefragt wird wie Förderung von Talenten oder Bedeutung der Toleranz für die Entwicklung der Stadt.

(Christa Goetsch GAL: Das war das Stichwort für die CDU!)

In der "Welt" gab es vor einigen Wochen ein Interview mit dem amerikanischen Ökonomen Richard Florida zum Thema der kreativen Stadt. Darin wurde Florida gefragt, was ihm zu Hamburg einfallen. Man hätte erwartet, dass so etwas kommt wie meistens in Deutschland: Hafen, Tor zur Welt, Container, Hummel, Hummel vielleicht noch – aber nichts davon. Florida antwortete:

"Hamburg ist in künstlerischer, kultureller und vor allem in musikalischer Hinsicht hoch interessant."

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Damit meinte der Mann aber nicht die noch nicht existierende Elbphilharmonie, die der Senat als Beispiel für internationale Strahlkraft anführt, sondern er hatte wohl eher die Läden, Schuppen und Kaschemmen im Auge, in denen Popkulturgeschichte gemacht wurde, nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas, die bis nach Amerika hineinstrahlte, also vom "Star-Club" mit den Beatles bis zum "Eimsbusch Basement". Weiteres Zitat:

"Am Interessantesten erscheint mir an Hamburg mittlerweile die pulsierende Musikszene."

Das sagt er als Wirtschaftstheoretiker, als Ökonom. Seine Begründung für diese Einschätzung geht auf amerikanische Erfahrungen zurück. Zitat wiederum:

"Ihre Position als globale Wirtschaftsmacht verdanken die USA weder der Technologie noch der protestantischen Arbeitsmoral,"

– auf die hier immer sehr viel Wert gelegt wird, –

"sondern der Tatsache, dass Amerika es geschafft hat, talentierte und kreative Menschen aus aller Welt anzuziehen."

Sie müssen nicht so tun, als hätten Sie keinen Wert auf protestantische Arbeitsmoral gelegt. Eben hat noch Herr Hesse gesagt, wir sollten nicht so lange auf der Straße herumstehen, sondern schneller bei der Arbeit sein.

(Beifall bei der GAL)

Talentierte und kreative Menschen aus aller Welt anzuziehen ist also die entscheidende Voraussetzung für amerikanischen wirtschaftlichen Erfolg. Für diese Anziehungskraft sind neben der Existenz von Arbeitsplätzen in Hochtechnologiebereichen auch ein exzellentes Bildungs- und Hochschulwesen sowie Toleranz, also eine Offenheit gegenüber Vielfalt und alternativen Lebensstilen und Lebensformen, ausschlaggebend und da hapert es merkwürdigerweise in Hamburg. Ausgerechnet auf diesem Feld hapert es eher als im Bereich der so genannten Hochtechnologie.

Insbesondere bei den Hochschulen ist die Situation richtig schlecht. Das geht allerdings nicht nur auf die Politik der letzten fünf oder sechs Jahre zurück, sondern zieht sich schon durch die ganzen Neunzigerjahre. Die Anzahl der ausländischen Studierenden an Hamburger Hochschulen lag 2003 mit 8,5 Prozent unter dem westdeutschen Durchschnitt von 9,1 Prozent. Eine Großstadt wie Hamburg, die ihren Studierenden die Vorteile der großen Metropole bieten kann, zieht weniger ausländische Studierende an als Lüneburg oder der Durchschnitt der gesamten Bundesrepublik; das ist sehr bedenklich.

(Zuruf von der CDU)

– Dazu komme ich gleich noch.

C

D

- A Von 2000 bis 2005 ist die Entwicklung so, dass dieser Abstand eher noch zunimmt. Das übrige Deutschland entwickelt seinen Anteil an ausländischen Hörerinnen und Hörern der Hochschulen stärker als Hamburg.

Ein zweites Merkmal, das die Unterdurchschnittlichkeit der Hamburger Hochschulen deutlich macht: Sie sind auch unterdurchschnittlich erfolgreich in ihrer Fähigkeit, Drittmittel einzuwerben. In Hamburg werden nur knapp 12 Prozent der Gesamtausgaben aus dieser Quelle gedeckt. Der deutsche Durchschnitt lag bei 17 Prozent, also fast beim Anderthalbfachen. Insgesamt dürfte die Hauptursache die unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung der Hamburger Hochschulen sein.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Der Anstieg der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben, so die Hypo-Vereinsbank in ihrer Studie, ist im Zeitraum von 1993 bis 2003 mit 10,6 Prozent hinter allen Bundesländern Deutschlands zurückgeblieben.

(Zuruf von der CDU)

– Sie haben sie ja auch noch nicht gesteigert. Es geht so weiter.

Es ist ein strukturelles Problem Hamburgs, dass wir unsere Hochschulen unterausstatten. Bayern hat im selben Zeitraum einen Zuwachs von 43 Prozent zu verzeichnen.

Der Senat greift in seiner Antwort dieses Problem gar nicht auf, sondern beruft sich nur darauf, dass die öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Hamburg doch höher lägen als in Bayern. Was für ein Wunder – wir sind ein Stadtstaat und wir sind nur Hochschulstandort. Bayern ist ein Flächenstaat, in dem es Hochschulstandorte gibt. Das ist überhaupt keine Aufnahme des Problems.

B

Wir wissen auch, dass hier ein Finanzierungsproblem im Hintergrund liegt. Es gibt jedoch auch einen Weg, dieses Finanzierungsproblem zu lösen. Hamburgs unterdurchschnittliche Hochschuleausgaben haben zu tun mit überdurchschnittlich hohen Ausgaben, die andere Städte nicht haben: Das sind Hafen- und Hafeninfrastrukturinvestitionen. Diese exorbitant hohen Hafenausgaben sind ein Hindernis für die Entwicklung der Hamburger Ökonomie.

(Beifall bei der GAL – *Olaf Ohlsen CDU*: Dann können wir ihn ja dicht machen!)

Es ist uns klar, dass wir nicht den Hafen aufgeben können, sondern wir wollen ihn ausbauen. Aber wir schlagen vor, den weiteren Ausbau durch Verkauf von Anteilen der HHLA zu finanzieren. Das jetzige Programm muss nicht aus dem Sonderinvestitionsprogramm, also aus Steuermitteln, finanziert werden, sondern der Infrastrukturausbau kann aus HHLA-Anteils-Verkäufen finanziert werden. Es ist völlig unvernünftig, dass der Staat an diesem Betrieb festhält, einem Umschlagbetrieb, und die Hafensubventionierung noch ausweitet, statt endlich davon herunterzukommen und in diejenigen Bereiche zu investieren, in denen es wirklich um Innovation geht.

(Beifall bei der GAL)

Besonders unsensibel ist der Senat aber, wenn es darum geht, die Bedeutung von Toleranz und Offenheit für die Attraktivität der Stadt zu begreifen. Wir weisen zum Beispiel in unserer Anfrage darauf hin, dass die Internationalität sehr viel geringer ist, als man selbst immer denkt. So

liegt der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung bei uns mit 14,6 Prozent niedriger als in so gut wie allen anderen westdeutschen Großstädten. In München liegt er bei 24 Prozent, in Stuttgart bei 24 Prozent, in Frankfurt bei 22 Prozent, in Köln bei 18 Prozent und bei uns noch nicht einmal bei 15 Prozent, ganz abgesehen von dem viel erfolgreicherem Amsterdam mit noch höherem Ausländeranteil. Der Senat gibt uns auf diesen Hinweis die Antwort, der Ausländeranteil einer Stadt sei kein Wert an sich. Das wussten wir auch! Es kommt aber darauf an, dass man etwas daraus macht. Wenn man die Einwanderer vom Arbeitsmarkt fernhält, wenn man mehr an hohe Abschiebequoten denkt als an Nutzung der speziellen Fähigkeiten der Einwanderer, erfährt man den Ausländeranteil als Belastung und nicht als einen Reichtums-motor und als eine Quelle kultureller Bereicherung, was er sein könnte.

C

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dafür, was bei gelingender Integration herauskommen könnte, sind die Filme Fatih Akins ein Beispiel. Wir heften uns alle gern an die Brust, dass seine Filme in Hamburg entstanden sind.

Traurig sind auch die Auskünfte zur "Gay-Toleranz". Für Schwulenpolitik gibt es, wie man der Antwort auf die Großen Anfrage entnehmen kann, eine halbe Stelle und einen polizeilichen Infostand bei der Christopher-Street-Day-Parade.

(Heiterkeit bei der GAL)

Insgesamt kann man festhalten, dass der Senat unsere Fragestellung nach den Bedingungen der Kreativität in Hamburg nicht aufnimmt, sondern wie gewöhnlich bei Anfragen auf stur schaltet. Das Muster dafür: Die GAL fragt, ob sich der Senat um die Aufnahme in das Creative-Cities-Network der UNESCO bemühen wolle, in das gerade Berlin als erste europäische Stadt aufgenommen wurde. Die Antwort:

D

"Der Senat hat sich damit nicht befasst."

Das kann man getrost als Antwort auf unsere Frage insgesamt nehmen. Fast ausnahmslos geht es nach diesem Muster, wenn wir durch eine Frage auf ein Problem hinweisen, gibt der Senat entweder keine Antwort oder er bläst eine Art Triumphmarsch ab. Ein solcher Umgang mit Problemen fördert aber nicht Kreativität, sondern leider Dummheit. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort wünscht der Abgeordnete Wankum. Er bekommt es auch.

Andreas Wankum CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren!

"Ich liebe diese Stadt, aber ich liebe sie mit Wehmut. Sie schläft, meine Schöne, sie träumt."

Das schrieb kein geringerer als der heute schon einmal zitierte Hamburger Ehrenbürger, Helmut Schmidt, 1962 in der "Welt". Dennoch dauerte es von dort an noch 40 Jahre, bis jemand kam, der unsere Schöne wach küsste.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der GAL)

- A Dass sie nach derart langem Schlaf manchmal noch ein klein Wenig gähnt und sich wohligh räkelt, mag man ihr verzeihen. Aber wach ist sie inzwischen.

Um es anders zu formulieren, meine Damen und Herren von der GAL, auch bei dieser Anfrage versuchen Sie mit vielen der genannten Zahlen wieder einmal, uns die Verantwortung für Entwicklungen in die Schuhe zu schieben, deren Ursachen tatsächlich in den Versäumnissen des Senats liegen, dem unter anderem Sie angehört haben.

(*Christian Maaß GAL:* Haben Sie denn überhaupt zugehört?)

Beispielhaft, lieber Herr Maaß, erwähne ich hier den von Ihnen in Ihrer Anfrage angeführten 55. Platz Hamburgs im European Innovation Scoreboard 2003, der auf Grundlage des Trends zwischen 1998 bis 2002 unter Auslassung der Zahlen für 2001 ermittelt wurde.

Doch kommen wir zum Thema, "Die kreative Stadt – Hamburg ist mehr als Handel und Hafen". Ich fange mit dem zweiten Teil an, "Hamburg ist mehr als Handel und Hafen". Mit Verlaub, Herr Dr. Maier, diese Feststellung ist eine Binsenweisheit und bedarf nicht der Erwähnung. Hamburg ist jedoch auch – und das zu einem ganz wesentlichen Teil – Hafen und Handel und wird dies auch in Zukunft bleiben.

(Beifall bei der CDU – *Jens Kerstan GAL:* Dann schauen Sie einmal in den Investitionsplan der Wirtschaftsbehörde!)

Bei aller Begeisterung für Innovation und Kreativität dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass auch viele Produkte der "kreativen Klasse" auf die klassischen Dienstleistungen von Handel und Transport angewiesen sind. Wachstumsmotor Hamburgs und der gesamten Metropolregion ist der Hamburger Hafen. Bei aller Zukunftszugewandtheit werden wir dies immer im Auge behalten.

Wichtig ist es, darauf zu achten, dass wir beim Blick in die Zukunft den Menschen keine Zukunftsangst vermitteln. Dennoch, sehr geehrter Herr Maier, stimme ich mit dem von Ihnen zitierten Ökonomen, Richard Florida, dahingehend überein, dass Kreativität auf die zukünftige Entwicklung einer Stadt oder Region einen wesentlichen Einfluss hat, wenn es nicht gar der entscheidende Faktor ist.

(Beifall bei der CDU)

Interessant finde ich, dass Sie sich auf den US-Wirtschaftserfolg beziehen. Ich stimme allerdings nicht Ihrer Einschätzung zu, dass Hamburg auch heute noch in diesem Bereich nichts tue. Hamburg ist eine kreative Stadt und wird, wenn es nach uns geht, dieses auch zukünftig sein, eine Stadt, in der auch ordentlich Geld verdient werden soll, lieber Herr Maier.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Ja, sicher!)

Neben den notwendigen und richtigen sowie erheblichen Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung des Hafens, die ihrerseits positive Effekte für die Unternehmen und Institute im kreativen Bereich haben, werden wir im Rahmen des Sonderinvestitionsprogrammes wie bisher bedeutende Investitionen in die Förderung und Forschung von Technologie tätigen. Ich beziehe mich hier auf DESY, Nanotechnologie und die Kompetenzcluster Life Science und Luftfahrt. Hier erfüllt unsere wachsende Stadt heute endlich wieder ihre Lokomotivfunktion als

Metropole über den Bereich des deutschen Nordostens hinaus.

Darüber hinaus wird die Verbesserung der finanziellen Situation der Hamburger Hochschulen durch das Studienfinanzierungsgesetz künftig in erheblichen Maße der Ausstattung der Hochschulen und damit ihrer wissenschaftlichen Forschung in Hamburg zugute kommen, eine Initiative, der Sie sich, meine Damen und Herren von der Opposition, bekanntlich mit allen Mitteln widersetzen, jetzt sogar mit einer zusätzlichen öffentlichen Anhörung.

Durch die Gründung der HafenCity-Universität fördern wir die Ausbildung gerade und besonders im kreativen Bereich. Im Zusammenspiel mit den Bauaktivitäten insbesondere in der HafenCity, in Altona und an anderen Stellen führt dies zu einer deutlichen Erhöhung der Attraktivität Hamburgs für Architekten, Stadtplaner und andere Vertreter dieses Sektors.

(Beifall bei der CDU)

Vergleichbares wie für die HafenCity-Universität gilt für die Errichtung des Kunst- und Medien-campus Finkenau, der dem ohnehin hohen Niveau Hamburgs als Medienstadt, insbesondere als führendem Werbestandort, weiteren Auftrieb geben wird.

Wenn Sie in Ihrer Anfrage kritisieren, Hamburg habe seine Führungsposition als bedeutendste Designmetropole an Berlin verloren,

(*Farid Müller GAL:* Ja!)

darf ich dies als Beispiel dafür benennen, dass Kreativität allein offensichtlich für wirtschaftlichen Erfolg nicht ausreicht. Die von der UNESCO als Stadt des Designs aufgenommene Bundeshauptstadt glänzt, wie ein Blick in die Bertelsmannstudie "Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005" zeigt, mit einer ausgeprägten und anhaltenden Wachstumsschwäche, wie sie sonst nirgendwo in Deutschland so zu beobachten ist.

Letztlich ist es der Beharrlichkeit dieses Senats zu verdanken, den Ausbau des Airbusgeländes in Finkenwerder auch wirklich umzusetzen

(*Ingo Egloff SPD:* Herr Wankum, das glauben Sie doch nicht wirklich!)

und so langfristig Hamburgs Stellung als Standort dieses technologisch außerordentlich wichtigen Unternehmens und die mit ihm verbundenen, hoch spezialisierten, qualifizierten und kreativen Arbeitsplätze zu sichern.

Es genügt eben nicht, meine Damen und Herren von der GAL, Schönwetterreden zu halten.

(*Farid Müller GAL:* Das müssen Sie gerade sagen!)

Wir machen Politik für die Menschen von heute und sichern die Arbeitsplätze von morgen.

(Beifall bei der CDU)

Wer beispielsweise heute die Region rund um Boston beobachtet, findet dort eine Metropolregion vor, in der mit Kreativität der erfolgreiche Wandel vom Teil des Rust Belts in eine Wissenschafts-, Forschungs- und moderne Industriemetropole gelungen ist.

C

D

- A Es bleiben die entsprechenden Unternehmen, neue kommen mit ihren Arbeitsplätzen in allen Bereichen hinzu, im oberen genau wie im unteren Bereich.

Kreative Stadt, Kulturmetropole, auch menschliche Stadt – dies alles sind Teile des Ganzen, das wir im Rahmen der Wachsenden Stadt umsetzen. Wir setzen wichtige Akzente im kulturellen Bereich – das ist hier schon erwähnt worden – und wir setzen sie in all den anderen Bereichen. Wir vergessen auch nicht, dass es wichtig ist, um Kreative anzulocken, dass diese ein Wohnumfeld haben, das sich vor allen Dingen durch eins auszeichnet, nämlich durch Urbanität, dieses nicht nur in der HafenCity und anderen Bereichen Hamburgs, sondern wir tun auch alles, damit wir urbanen Wohnraum dort schaffen, wo sich Kreative wohl fühlen und wo Infrastruktur vorhanden ist, anstatt, wie über eine viel zu lange Zeit, dort dieses eben nicht zu tun und stattdessen zersiedelnd in den Grünraum zu gehen und die Menschen, gerade die kreativen, dieser Stadt fernzuhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat aus einer Rede von 1983 beginnen. Sie schwingt bei diesem Thema bei vielen mit.

"Aus diesem Grunde",

steht dort,

- B "brauchen wir eine neue Ausrichtung der Entwicklung unserer Stadt, eine neue Hamburg-Politik, eine Politik, die die Pflege menschlicher Fähigkeiten im wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Wettbewerb noch stärker in den Vordergrund stellt, eine Politik, die sich ausrichtet auf die Gewinnung kreativer Menschen für Hamburg."

So schon Klaus von Dohnanyi, 1983.

(Dr. Willfried Maier GAL: 1983, genau!)

Hier sind die Kreativität und die menschliche Komponente schon genannt.

Zu dem was Herr Wankum zu Beginn seiner Rede zu vermeiden meinte, dass die schlafende Schöne, Hamburg, jetzt erst wach geküsst worden sei, kann ich nur eines bemerken: Es mag sein, dass Hamburg wach ist, aber wenn man die Antwort auf diese Anfrage liest, muss man feststellen, dass der Senat schläft.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte das mit einem Beispiel belegen. Gefragt wurde, was der Senat zu tun gedenke, um die gesellschaftliche Toleranz zu stärken. Die Antwort ist:

"Hamburg ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Weil sich Gesellschaften entwickeln, muss auch Toleranz sich immer neuen Herausforderungen stellen und in wechselseitiger Achtung voreinander gelebt werden. Dazu ist die Mitwirkung aller gesellschaftlicher Gruppen und Kulturen erforderlich."

Die Frage war, was der Senat tue. Die Antwort ist: Er tut nichts, jedenfalls nicht selbst.

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Wenigsten ehrlich!) C

Die Anfrage teilt sich in drei große Bereiche. Herr Maier hat sie vorhin schon genannt. Zum ersten Bereich, Technologie, gibt es noch Antworten, in Form von herunter gebeteten Zahlen des Statistischen Landesamtes. Im zweiten Bereich, Talente, wird es schon ein bisschen schwieriger. Dort muss der Senat einräumen, dass es mit Bildung, Schulbildung und Universitätsbildung in Hamburg nicht ganz so schön aussieht, wie er es gern hätte.

Der dritte Teil, Toleranz, zeichnet sich dadurch aus, dass der Senat keinerlei Ahnung hat, worum es dabei geht. Bei der Kultur verweist er, wie üblich, auf Elbphilharmonie und Tamm-Museum und das als Antwort auf die Frage, welchen Stellenwert der Senat der Kunst und Kultur im Rahmen der Stadtentwicklungsprojekte "Sprung über die Elbe" und HafenCity einräume und welche Formen der Kunst und Kultur wie und mit welchen Beträgen im Rahmen dieser Projekte gefördert würden. Dem Senat fallen diese beiden Großprojekte ein.

Tatsächlich ist es aber so, dass viel wichtiger für das Wachstum von Kreativität, für das Entstehen und die Tragfähigkeit von Kultur das ist, was im unteren Teil der Pyramide stattfindet, dort, wo Kulturschaffende nachwachsen, wo sie ihren Humus, ihre Erde, ihren Lebensraum brauchen. Das ist nicht die Elbphilharmonie. Das sind nicht die großen Museen, sondern das sind lebendige Stadtteile, die auch in ihrer Lebendigkeit unterstützt werden.

(Andreas Wankum CDU: Das habe ich doch gerade gesagt!) D

Hamburg ist in den Siebziger- und Achtzigerjahren für genau diese Basiskultur berühmt geworden. Dafür hat dieser Senat – wir hatten es gerade in der Debatte zuvor – offenkundig nichts übrig. Die Debatte zuvor ging um Geschichtswerkstätten. Dort geschieht so etwas, dort wird so etwas aufgebaut. Dort wird gekürzt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das Zitat von Frau Ahrons, das Herr Maier vortrug, ist bezeichnend: Die Kreativen seien in Berlin, das Geld in Hamburg. Die Frage ist, was in zehn Jahren sein wird. Wenn es denn so sein sollte, wie Klaus von Dohnanyi schon 1983 in seiner Rede erwähnte, dass Wachstum und wirtschaftliche Prosperität darauf basieren, dass immer mehr Kreativität gefordert ist, sieht es mit der Entwicklung entsprechend schief aus, wenn wir uns lediglich darauf berufen, dass hier jetzt das Geld ist. Entscheidend ist, wo das Wachstum ist und was wächst.

Noch ein Wort zu dem scheinbaren Gegensatz, der sich im Titel der Großen Anfrage bemerkbar zu machen scheint: "Die kreative Stadt – Hamburg ist mehr als Handel und Hafen". Selbstverständlich ist es mehr als Handel und Hafen, zumal wir in Hamburg nicht nur Handel, Hafen und Dienstleistung haben wollen, sondern auch immer unser Interesse war und ist, auch Industrie hier zu halten

(Beifall bei der SPD)

wie beispielsweise, Herr Wankum, Airbus. Das ist aber nicht auf dem Acker dieses Senates gewachsen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: So!)

- A sondern dieser Senat hat es lediglich geschafft, unter großen Mühen und Schwierigkeiten umzusetzen, was längst vorher eingeleitet und eingetütet worden ist.

(Beifall bei der SPD – *Ingo Egloff SPD*: Sie durften die Bänder durchschneiden!)

Bei der HafenCity wollten sie ursprünglich auch nicht mitspielen.

Den Gegensatz zwischen Hafen, Handel und Kultur – so, wie er sich ein bisschen in der Bemerkung zeigt, die Herr Maier vorhin machte, was die Investitionen anbelangt – kann man ziemlich einfach ausgleichen. Es ist kein wirklicher Gegensatz, denn das Geld, das im Hafen verdient wird, sollte dann ja auch wieder reinvestiert werden. Wenn wir es dann schaffen, in Bildung zu investieren, die Hochschulen auszubauen, die Schulen zu verbessern, haben wir auch wieder den Dreh zu dem, was benötigt wird.

Bei der Frage der Privatisierung der HHLA wird – da besteht ein kleiner Gegensatz zwischen uns – vor allen Dingen eine Rolle spielen, um wie viel es denn gehe, welcher Einfluss noch gewahrt bleiben solle und welche Auswirkungen Privatisierungen im Endeffekt haben. Ich möchte auf ein anderes Beispiel zurückkommen: Auch wenn bei der Privatisierung des LBK anfangs möglicherweise noch keine unangenehmen Folgen zu sehen sind, wenn man die Frage der Privatisierung zu Ende denkt, wird sich das Angebot verändern, wenn dann der Konkurrenzdruck kommt.

- B (*Barbara Ahrons CDU*: Das heißt ja nicht, dass es schlechter würde!)

Wenn ich mir anschau, Frau Ahrons, wie Privatisierungen in anderen Ländern im Endeffekt ausgegangen sind, führt es in solchen Bereichen der Grundversorgung im Zweifel eher zu Verschlechterungen. Wir können gern über das Ausmaß dieser Privatisierungen streiten, aber nicht darüber, ob sie getätigt werden müssen oder nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort Senator Uldall.

(*Michael Neumann SPD*: Zum Thema Kreativität?)

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Überschrift, die die GAL für Ihre Große Anfrage gewählt hat, trifft den Nagel auf den Kopf: Hamburg ist mehr als Hafen und Handel, Hamburg ist eine kreative Stadt. Völlig Recht haben Sie, Herr Maaß.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Ja!)

Wir wollen doch nicht so tun, als ob es irgendjemanden hier im Hause gäbe, Herr Dr. Maier, der Ihre Einschätzung nicht teilen würde, die Sie im ersten Teil Ihrer Rede vorgetragen haben, dass nämlich zu einer wachsenden, sich positiv entwickelnden Stadt und ihren Menschen auch eine kreative Szene und Kreativität gehöre und ohne eine solche Kreativität ein Erfolgskurs,

(*Dr. Till Steffen GAL*: Sie wissen nur nicht, wie es geht!)

C wie wir ihn in den letzten Jahren hingelegt haben, nicht zu erreichen gewesen wäre. Insofern kann ich Ihrer Rede folgen – wenn ich von dem kleinen Piekser, der wohl als rhetorische Pflichtübung gegen Frau Ahrons erbracht werden musste – absehe. Wir müssen an der Kreativität weiter arbeiten. Das Besondere von Kreativität ist, dass sie ständig weiter entwickelt werden muss.

Ich bin jedoch der Auffassung, dass wir in dieser Debatte als Hamburger mit mehr Selbstbewusstsein auftreten müssen, Herr Dr. Maier. Wir wollen erkennen, was hier Positives in Hamburg zu vermelden ist. Unter den tausend Zahlen, die Sie abgefragt haben, sind natürlich immer irgendwelche, die zu einem schlechten Bild führen, wenn man sie miteinander in Relation setzt. Es gibt bei uns in der Stadt auch vieles zu verbessern, aber alles in allem merkte man doch Ihrer Rede und der Rede von Herrn Schäfer an, dass Kritik aus der Antwort zu dieser Anfrage und der Darstellung der heutigen Situation abzuleiten außerordentlich schwer fällt.

(Beifall bei der CDU)

Sie kommen nicht an der Tatsache vorbei, dass Hamburg – ohne dass diese Aussage von irgendjemandem in Zweifel gezogen würde – die Stadt ist, in der die kreativsten Werbeagenturen und die kreativsten großen PR-Agenturen Deutschlands zuhause sind, Herr Dr. Maier.

(Beifall bei der CDU)

D Es gibt in Hamburg über 1600 ortsansässige Designer und Designagenturen. Wir sind die Designmetropole Deutschlands. Gerade in den letzten Jahren haben sich in der Hansestadt zahlreiche Designunternehmen gegründet und immer mehr internationale Designagenturen eröffnen ihre Dependance hier. Ich verstehe überhaupt nicht, dass die Grünen – die ja dafür mitverantwortlich sind, dass sich diese Stadt nach außen gut verkauft –, einfach so tun, als ob es nicht so sei, wenn wir dies vorstellen, obwohl dies in der Szene der Kreativen unbestrittene Tatsachen sind. Sie sollten diese mit verbreiten, statt hier ein hämisches Gelächter beizusteuern.

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der GAL)

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel dafür nennen, dass sich Hamburg wirklich aus der Kreativität positiv in neue Wirtschaftszweige hinein entwickelt: Das gilt für die Games-Branche. Hamburg ist inzwischen die Hauptstadt der Games-Unternehmen in Deutschland geworden. Hier sind rund 1000 Arbeitsplätze in den letzten Jahren entstanden. Hamburg hat sich zur am stärksten wachsenden Medienstadt in dieser Sparte entwickelt.

Wir können überhaupt auf das stolz sein, was sich hier in Hamburg alles entwickelt. Die amtliche Statistik bildet den Medien- und IT-Sektor richtig ab. Hier sind 17 000 Unternehmen in diesem Sektor und 100 000 Beschäftigte zu verzeichnen. Nun kommt das Gute:

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Noch etwas!)

Wir haben hier nicht nur von der Quantität sehr viele Beschäftigte und Unternehmen, sondern wir haben eine ausgewogene Struktur dieser Unternehmen, die Sie in anderen Städten in dieser Form nicht finden. Das bedeutet, dass Hamburg durch das Zusammenwachsen bisher getrennter Bereiche – wir nennen es die Medienkonvergenz – einen immer größeren Marktanteil erobern wird und wir hierfür eine bessere Ausgangsposition haben als andere Städte in Deutschland. Darüber müssen wir uns

- A freuen in Hamburg. Das darf nicht durch irgendwelche Kritikasterei begleitet werden.

(Beifall bei der CDU – *Werner Dobritz SPD*: Das ist ja ein Skandal!)

Es fiel vorhin das Stichwort, dass man hier entsprechende Netzwerke entwickeln möchte. Ich habe seinerzeit von meinem Vorgänger Thomas Mirow das Netzwerk "Hamburg@work" übernommen. Hamburg und Design haben wir weiterentwickelt. Aber da Sie, Herr Dr. Maier, die Musikwirtschaft gerade so in den Mittelpunkt gerückt haben, kann ich nur entgegnen, dass wir dann die Interessengemeinschaft "Hamburger Musikwirtschaft" noch zusätzlich entwickelt haben, ohne die anderen Punkte zu vernachlässigen. Ich finde, Ehrlichkeit gehört einfach zu einer gemeinsamen Diskussion dazu.

Wenn wir etwas für den Kreativstandort Hamburg unternehmen wollen, dann müssen wir auch anerkennen, dass diese Dinge sich positiv entwickeln. Das ist eine Unterstützung, die Sie der Musikwirtschaft in Hamburg und gerade den vielen kleinen Gruppen geben müssen, anstatt das einfach jetzt nur zu bemäkeln und irgendwelche Kritik zu üben. So kommen wir in dieser Frage nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Zum Stichwort Musik gehört natürlich auch, dass sich der Musikstandort St. Pauli durch die Förderung des Entertainment-Centers am Spielbudenplatz und des Musikgründerzentrums "Karostar" an der Feldstraße positiv entwickelt.

- B Als wir 2001 die Regierung übernommen haben, war diese Szene bei weitem schlechter aufgestellt, als sie es heute ist. Das ist doch etwas Gutes, Herr Dr. Maier. Darüber müssen Sie reden. Sie müssen den Leuten, die diesen Weg in die Selbständigkeit gehen, Mut machen und ihnen nicht irgendwelche Dinge vorreden.

Im Musikbereich haben wir doch ganz offensichtlich diese schönen Erfolge der letzten Zeit gerade dadurch erringen können, weil es uns gelungen ist, die Musikszene zu beleben. Wenn Texas Lightning vor kurzem den Eurovision Song Contest-Vorentscheid gewonnen hat,

(*Jens Kerstan GAL*: Dazu haben Sie viel beigetragen!)

dann liegt das mit daran, dass wir eine lebendige Musikszene in Hamburg haben.

(Zurufe von der GAL)

– Ihre Zwischenrufe unterstreichen, dass Ihnen diese Aussage nicht passt.

(Beifall bei der CDU)

Oder verfolgen Sie einmal, was sich in der Filmwirtschaft getan hat und welche Preise wir auf diesem Sektor gewonnen haben. Das will ich hier gar nicht alles aufzählen.

(*Katja Husen GAL*: Sie, Herr Uldall!)

Sie wissen, was wir als Hamburger in dieser Branche alles an schönen Erfolgen verzeichnen konnten.

Mit dieser Situation geben wir uns aber nicht zufrieden. Wir wollen weiter arbeiten und Hamburg nicht nur als Medienstandort, sondern auch weiter als Kreativstandort voranbringen. Wir haben eine Neuorganisation in unserer

Behörde für Wirtschaft und Arbeit vorgenommen, indem wir dort neue Medien, Medienrecht, Rundfunk, Hamburg Marketing und Filmförderung zusammengeführt haben. Wir haben mit Herrn Dr. Richtberg einen Medienkoordinator für unsere Stadt gewonnen. Er ist ein exzellenter Fachmann. Das sind die Fortschritte, die wir in Hamburg für die Zukunft brauchen.

Ich möchte gerade die jüngsten Entscheidungen nennen, die wir kürzlich hier im Hause mit unserem Vorschlag, mehr Investitionen für Arbeitsplätze vorzunehmen, behandelt haben. Hier werden die Games-Branche, der Animation-Sektor, Handy TV und digitale Spartenkanäle gestärkt. Das sind die Beiträge, mit denen Sie wirklich eine Verbesserung der Situation erreichen können.

Ich bin strikt dagegen, dass man eine künstliche Kritik nur aus dem Grunde konstruiert und hier Dinge entwickelt, weil man nichts Vernünftiges findet, woran man ernsthaft Kritik üben kann.

(*Christa Goetsch GAL*: Och, nee!)

Wenn man für Hamburg eintreten will, darf eine solche Kritik nicht stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen abschließend zwei Zitate nennen, weil unsere Ausführungen von Ihnen sowieso nicht akzeptiert werden. Daher lassen wir Dritte reden. Es wurde kürzlich ein Vortrag "Hamburg, Stadt der Tüftler und Kreativen" von Professor Straubhaar gehalten. Er hat gesagt, ich zitiere:

"Der Standortwettbewerb belohnt die Attraktivität einer Stadt und bestraft Ineffizienz. Der Rückzug der Menschen aus der Fläche stärkt die Wachstumskerne. Mit seiner Strategie der Cluster-Bildung ist Hamburg darauf gut vorbereitet."

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Hört, hört! – Unruhe im Hause)

Nun habe ich zum Abschluss noch etwas besonders Schönes mitgebracht, nämlich den "Stern", der morgen erscheinen wird.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von allen Fraktionen: Oh, oh!)

Auf der ersten Seite steht, ich zitiere:

"Boomtown Hamburg – Die Weltstadt am Wasser begeistert Touristen, Architekten und Unternehmen."

Der "Stern" hat völlig Recht.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Nein, ich will eben den Gedanken zu Ende bringen. Dann kann man gern Fragen stellen.

Der "Stern" bringt – natürlich, wie immer, von ihm einmalig gekonnt geliefert – so wunderschöne Bilder von unserer Stadt, dass einem eigentlich das Herz überlaufen müsste. Auch wenn Ihnen der Titel des "Sterns" nicht passt, investieren Sie morgen die paar Euros und kaufen Sie sich ihn. Dann werden Sie die richtige Antwort auf die Rede von Herrn Dr. Maier aus der Feder eines "Stern"-

- A Journalisten hören. Er wird unter anderem auch sagen, weil hier von der Linken des Hauses ein bisschen Miesepetrigkeit verbreitet wird, dass wir für Lebensfreude, Optimismus und für ein Vorangehen von Hamburg sind.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der GAL und der SPD: Ja, hei, genau!)

Die SPD und die GAL – das haben wir in den Reden gehört – suchen doch immer etwas zum Kritisieren. Und hier passt das "Stern"-Zitat wunderbar dazu:

"In Hamburg ist man einfach nicht in der Stimmung, sich die gute Laune verderben zu lassen."

– Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

(*Bernd Reinert CDU:* Jetzt redet er alles wieder schlecht!)

Dr. Willfried Maier GAL: Ja, Herr Senator, das war jetzt eine Art "Freibier-Rede". Ich glaube, Ihre Rede hat gerade ein bisschen dargestellt, worin das Problem liegt,

(Beifall bei der GAL)

nämlich in der Art und Weise, den einen oder anderen Erfolg zu einem Triumphalismus aufzublasen, ohne dass man überhaupt noch Kernpunkte eines Problems diskutieren kann.

- B (Beifall bei der GAL – *Andreas Wankum CDU:* Welches Problem?)

Das klassische sozialwissenschaftliche, aber auch philosophische Denken hat immer betont, dass die Kraft der Erneuerung stets aus dem Negativen kommt. Nur aus der Kritik heraus entwickelt sich das Bessere. Sie sind andauernd der Lobhudler. Das ist schwierig für ein Weiterkommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich will noch einmal daran anknüpfen, was ich als das wirkliche Problem sehe. Herr Dr. Schäfer hat Herrn von Dohnanyi aus einer Rede von 1983 in Bezug auf zu starke Hafenorientierung der gesamten Wirtschaft zitiert. Das sagte Dohnanyi vor der Öffnung der Mauer und vor der Öffnung Osteuropas.

(*Ekkehard Wersich CDU:* Und der Befreiung Harburgs!)

Das fiel 1989 in sich zusammen.

Seitdem ist diese naturräumliche Lagegunst in Hamburg wieder akut und seitdem entwickelt sich die Stadt im Hafen lebhaft, aber insgesamt bräsig. Man verlässt sich darauf, dass das immer so weitergeht, aber das ist ein Fehlschluss. Wir haben schon den großen strukturellen Wandel zum Containerhafen nur schwer verkraftet, der hier zunächst einmal bedeutet hat, dass sehr viel Wertschöpfung und Arbeitsplätze verloren gingen.

Aber wir reden hier gar nicht davon, dass der Hafen keine zentrale Rolle spielen soll, sondern wir möchten nur deutlich machen, dass wir auf einem stärkeren zweiten Bein stehen müssen. Und dieses stärkere Beine wird uns nicht

wachsen, wenn wir es unterernährt halten und immer nur Blut in das andere Bein hineingeben.

Daher muss hier eine strukturelle Entscheidung her. Wir müssen uns als Hochschulstandort ausbauen, der aber mehr Geld kostet, als wir gegenwärtig hineingeben. Wir werden nicht viel mehr an Steuereinnahmen und auch insgesamt nicht mehr an Mitteln zur Verfügung haben. Das heißt also, wir müssen unsere gegenwärtigen Mittel anders disponieren.

Wir müssen weniger öffentliche Mittel in den Hafenbereich hineingeben. Das haben wir auch nicht nötig, weil dort tatsächlich mehr Reichtum in städtischer Hand angehäuft worden ist als erforderlich. Die weiteren Investitionsprogramme für die nächsten zehn Jahre könnten wahrscheinlich aus Verkäufen finanziert werden. Warum das nicht getan wird, ist einfach unverständlich. Das ist die Hamburger Bräsigkeit. Es nützt auch nicht, hier Gesänge abzuhalten, dass man schon wieder den einen oder anderen Betrieb gewonnen hat.

Natürlich läuft im Augenblick der Hafen gut. Das ist auch gar nicht unser Problem. Ich habe hier auch überhaupt nicht den Vorwurf erhoben, dass dieser Senat alles verbockt hat. Ich habe ausdrücklich davon gesprochen, dass das schon ein längerfristiges Hamburger Problem ist. Des Weiteren habe ich nur kritisiert, dass der Senat dieses Problem gar nicht aufnimmt und als solches nicht diskutiert, sondern es ständig durch Trompetenstöße zu übertrumpfen versucht.

(*Barbara Ahrons CDU:* Ne, das stimmt nicht! – Beifall bei der GAL)

Ich habe nun ausdrücklich erklärt, dass wir nicht alles kritisieren, sondern dass wir der Meinung sind, dass im Bereich Bildung – und insbesondere in der Wissenschaft –, eine Unterfinanzierung vorliegt, die geändert werden kann.

Darüber hinaus glaube ich, dass Sie noch viel weniger verstanden haben, was wir eigentlich mit der Forderung nach Kreativität im Bereich "Toleranz" meinen. Es geht doch nicht darum, dass eine neue Interessengemeinschaft Hamburger Musikwirtschaft gegründet worden ist. Überlegen Sie doch einmal, wo denn diese Hamburger Musikszene in den Fünfziger- und Sechzigerjahren entstanden ist? Beispielsweise im "Onkel Pö", einer alten Flüchtlingsbaracke am damaligen Mittelweg, wo heute der Jahreszeiten-Verlag steht. Heute sind diese Kreativitätszentren eher die "Rote Flora" oder es war die "Hafenstraße". Dieses Element des Widerstandes, des Provokativen, des sich Auseinandersetzens und des sich Reibens ist das, was Faszination nach draußen und in die Jugendszene hinein ausübt. Aber das werden Sie nie in die Birne kriegen,

(Beifall bei der GAL – *Michael Neumann SPD:* Eigenheim-Besitzer!)

Es geht nicht darum, dass Sie diese – wenn alles gesettled ist – auch noch ein bisschen pampern und die Wirtschaftsunternehmen, die die Labels dann verlegen, besonders fördern.

Zunächst einmal geht es um diesen Grundgestus der Toleranz, der heute viel wichtiger wird als früher, weil wir damals in der Situation der Nachkriegszerstörung, des Wiederaufbaus und dann auch noch des zeitweisen wirtschaftlichen Niedergangs der Werften und des Hafens

- A noch wahnsinnige Leerflächen in der Stadt hatten, wodurch sich vieles spontan entwickeln konnte.

Heute müssen wir bewusst dafür sorgen und Entscheidungen treffen, denn es ist viel schwieriger, hier bewusst Bereiche zu schaffen, die billig sind und in denen sich Leute entwickeln können, die uns gar nicht mögen, aber trotzdem die Entwicklungschance haben müssen, weil von denen meistens das Neue kommt.

Nicht das, was ich jetzt gut finde, ist unbedingt neu. Ich bin jetzt 64 Jahre alt und weiß doch auch, dass ich nicht den Geschmack habe, der vielleicht in zehn, 15 oder 20 Jahren ausschlaggebend sein wird. Vielleicht kommt etwas Altes wieder, aber die Sache geht immer weiter durch den Widerspruch zu dem, was vorhanden ist. Und den muss man richtig befördern und aushalten. Hier hilft Ihnen auch nicht, wenn solch ein "Gut-Wetter"-Blatt, wie der "Stern" inzwischen geworden ist, auch noch einmal in die Hamburg-Posaune bläst.

Ich rede überhaupt nicht vom momentanen Stadt-Marketing, sondern ich rede von unseren strukturellen Problemen. Wir haben beispielsweise eine halb so hohe Ausländerquote wie andere westdeutschen Städte und trotzdem kommen wir damit nicht klar. Wir haben eine höhere Schulabbrecherquote als die anderen großen Städte. Das ist doch irgendwie verrückt. Wir haben weniger objektive Probleme, gehen aber schlechter damit um. Das sind die strukturellen Fragen an verschiedenen Stellen. Was mich daran ärgert,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

- B ist, dass Sie diese strukturellen Fragen überhaupt nicht aufnehmen, sondern versuchen, sich darüber hinwegzusetzen. Ich glaube, das ist die schlechteste Förderbedingung für Kreativität.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Wankum.

Andreas Wankum CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Maier, ich weiß gar nicht, worin der Gegensatz zu dem liegt, was Senator Uldall gesagt hat.

Ich möchte hier auch noch einmal ein Zitat von Herrn Professor Straubhaar erwähnen, der vorhin schon von Ihnen, Herr Senator Uldall, zitiert wurde. Er hat ausgeführt, ich zitiere:

"Die Kreativen lieben diese Stadt."

Aber es nützt nichts, nur stundenlang – so wie Sie – über Probleme zu diskutieren, sondern es ist wichtig, nach Lösungen zu suchen und diese umzusetzen. Und das tun wir.

(Beifall bei der CDU – *Barbara Ahrons CDU:* Genau!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Titel der Großen Anfrage suggeriert in der Tat einen Gegensatz zwischen Kreativität auf der einen Seite und dem, was traditionell an Hafen und

C Handel in dieser Stadt vorhanden ist, auf der anderen Seite. Diese Schlussfolgerung will ich ausdrücklich nicht ziehen und auch nicht unterstützen. Das sage ich schon mal vorab.

Hamburg hat in den letzten Jahrzehnten einen riesigen Wandel von einer fast ausschließlich auf maritime Wirtschaft ausgerichteten Stadt mit den dazugehörigen verarbeitenden Industrien im Hafen, wie Kautschuk, Mineralöl, Zigaretten oder Lebensmittel, hin zu einer Dienstleistungs- und Medienmetropole vollzogen. Das ist doch schon Fakt in dieser Stadt.

Trotzdem hat dieser Prozess, den wir vor 25 Jahren eingeleitet haben und zu dem auch die Gründung der TU Hamburg-Harburg gehörte – Herr Dr. Schäfer hat darauf hingewiesen, dass damals dieses Programm "Unternehmen Hamburg" hieß –, natürlich nicht dazu geführt, dass wir, solange wir an der Regierung waren, das Thema Hafen und Handel zu Recht nicht vernachlässigt haben. Das sollten wir auch in Zukunft nicht tun.

Die Untersuchungen, die wir alle gemeinsam kennen und auch hinreichend diskutiert haben, zeigen doch, dass 154 000 Arbeitsplätze in der Metropolregion vom Hafen direkt und indirekt abhängig sind. Das sind Arbeitsplätze, die augenblicklich vorhanden sind. Und das sind nicht "Tetje mit de Utsichten" für die Zukunft, sondern das ist die Realität, die auch gepflegt werden muss.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU – *Bernd Reinert CDU:* Richtig!)

Das gleiche gilt auch für den Bereich der Industrie. Wir haben 108 000 Industriearbeitsplätze in dieser Stadt. Das sind nur 15 Prozent der Beschäftigten. Trotzdem ist es so, dass die ansässigen unternehmensorientierten Dienstleister in dieser Stadt 30 Prozent ihres Umsatzes aufgrund der industriellen Basis erzielen. Auch das ist ein Bereich, den wir momentan haben und nicht vernachlässigen dürfen.

Herr Dr. Schäfer hat zu Recht darauf hingewiesen, dass für uns Sozialdemokraten die Erhaltung der Industrielandschaft in dieser Stadt eine wichtige Aufgabe ist, die wir auch in Zukunft verstärkt vollziehen wollen.

Warum habe ich diese Zahlen genannt? Ich habe diese Zahlen genannt, um deutlich zu machen, was an Arbeitsplätzen in den traditionellen Bereichen vorhanden ist. Das heißt doch nicht, dass man die Bereiche IT, Medien oder Kreativität vernachlässigen soll. Ich glaube, das will keiner und wir auch nicht. Jeder, der eine anständige Politik in dieser Stadt macht, setzt in der Wirtschaftspolitik auf mehrere Felder und richtet sich nicht einseitig aus.

Wir haben doch gesehen, was passiert ist, als die hochgejubelte IT-Blase geplatzt ist und wie viele Leute mit einmal, obwohl es riesige Erwartungen gab, in die Arbeitslosigkeit geraten sind. Daher können wir froh sein, dass wir in dieser Stadt neben diesen zukunftsorientierten Dingen auch etwas Handfestes haben, wie beispielsweise industrielle Arbeitsplätze oder Hafenarbeitsplätze.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU – *Karen Koop CDU:* Jawohl!)

Natürlich ist es glamouröser, Filme zu machen oder in der IT-Branche zu arbeiten, als Kupfer oder Stahl zu produzieren. Das ist doch unbestritten. Trotzdem kommt eine Dienstleistungsmetropole wie Hamburg ohne eine indus-

- A trielle Basis und ohne eine Basis im Hafen und Handel nicht aus. Das ist auch ein Fakt.

(Beifall bei Karin Timmermann, Jan Quast und Dirk Kienscherf, alle SPD)

Aber ansonsten ist der Ansatz in der Großen Anfrage der GAL richtig, nämlich auf wissensbasierte Technologien zu setzen. Das folgt nicht nur allein daraus, dass man etwas gegen die alte Wirtschaft hat, denn das habe ich soeben hinreichend dargelegt, dass das bei uns nicht der Fall ist, wenn man sie überhaupt als "alt" bezeichnen kann, sondern das folgt daraus, dass wir in einer globalisierten Welt darum kämpfen müssen, den Lebensstandard, den wir haben, zu erhalten. Das werden wir aber nur können, wenn wir anfangen, in Forschung und Bildung zu investieren und wenn wir versuchen, mit guten und hochwertigen Produkten auf dem Weltmarkt zu bestehen. Das ist die Zukunft und hier hat die GAL in ihrem Ansatz Recht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gibt Untersuchungen der OECD, die besagen, dass eine Dienstleistungsmetropole wie Hamburg, die dazu noch einen Hochtechnologiebereich, wie beispielsweise die Luftfahrtindustrie, hat, eine Abiturientenquote von 50 Prozent benötigt.

(Farid Müller GAL: Ja!)

Zurzeit liegen wir bei 35 Prozent. Das heißt, wir alle gemeinsam haben hier noch eine riesige Aufgabe zu bewältigen, um dieses Ziel zu erreichen und auch die Zukunft zu sichern.

(Glocke)

B

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren Kollegen! Die Errichter dieses Rathauses haben viel Geld dafür aufgewandt, dass jeder von Ihnen einen Platz hat. Das gilt auch für Staatsräte, die ihren Platz hier vorne haben.

Ich würde Sie gern bitten, die Versammlung dort hinten doch ein wenig aufzulösen. Dann ist die Diskussion hier sehr viel einfacher zu führen. – Herr Egloff, fahren Sie bitte fort.

Ingo Egloff (fortfahrend): Danke schön, Herr Präsident.

Angesichts eines Arbeitsmarktes, auf dem wir aufgrund der demographischen Entwicklung in Zukunft auch mit anderen Regionen der Welt um qualifizierte Menschen kämpfen müssen, werden wir uns natürlich auch der Frage zuwenden müssen: Wie liberal ist das Klima in dieser Stadt? Wenn wir mit Amerika um Spitzenforscher konkurrieren, dann ist diese Frage eklatant und muss positiv für Hamburg beantwortet werden.

Wir haben doch momentan schon die Situation, dass ein Unternehmen wie Airbus 1800 Ingenieure sucht und diese trotz nationaler Ausschreibung auf dem nationalen Markt nicht finden kann, sodass wir wissen, dass wir in Zukunft uns diesbezüglich international ausrichten müssen, um Leute hier nach Deutschland zu bekommen. Aber dann muss man sich hinsichtlich der Zuwanderungspolitik auch ehrlich und offen die Karten legen. Hierzu gehört auch, ob man nur verbal liberal ist oder ob man wirklich liberal ist.

Wer beispielsweise anfängt, gut qualifizierte afghanische Flüchtlinge, die nach vielen Jahrzehnten gut integriert in

dieser Stadt leben, allein aus ideologischen Gründen auszuweisen, derjenige muss sich auch darüber Gedanken machen, welches Signal das an Menschen aussendet, die wir haben wollen und die in diese Stadt kommen sollen, weil sie hochqualifiziert sind und unsere Wirtschaft sie benötigt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und genau an dieser Stelle, meine Damen und Herren von der CDU, müssen Sie sich entscheiden, was Sie wollen. Der BDI ist hier schon weiter, weil die Damen und Herren in den Unternehmen diese Entwicklung inzwischen festgestellt haben und auch sehen, dass in wenigen Jahren die Gefahr droht, dass wir technologisch abgehängt werden, wenn wir keine Fachkräfte aus dem Ausland mit entsprechender Qualifikation bekommen können.

Dann muss man sich entscheiden, ob man die Stammtische in Deutschland bedienen oder wirklich eine liberale Metropole sein will.

(Michael Neumann SPD: Eine menschliche!)

Dann muss man sich öffnen und die Liberalität auch wirklich leben. Und man muss den Menschen draußen auch ein Signal geben, dass sie hier willkommen sind. Hier reicht nicht nur ein Welcome Center, sondern die gesamte Politik muss hierauf ausgerichtet sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Müller.

(Zuruf von der CDU: Och, nee!)

D

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzten Worte, Herr Egloff, haben gut getan. Sie haben es auf den Punkt gebracht. Das eine ist nicht ohne das andere zu haben.

Beim Thema Toleranz haben Sie Ihre Hausaufgaben noch lange nicht gemacht, im Gegenteil hier sind Sie sitzen geblieben. Das zeigt auch das Dilemma der CDU auf, eine Marketing-Kulisse aufzubauen, die aber für die kreativen und die wissensbasierten Jobs von morgen nicht funktionieren kann. Diese Menschen kommen nämlich nur in die Regionen, in denen sie sich willkommen fühlen

(Klaus-Peter Hesse CDU: Deswegen kommen sie ja!)

und sich mit ihnen solidarisch zeigen. Ich denke hierbei an Menschen aus anderen Ländern und an Menschen, die vielleicht anders leben, um das hier auch einmal kurz zu erwähnen.

Richard Florida hat ausdrücklich als ein Kriterium den Geldfaktor genannt. Und so umstritten das Thema auch in den Vereinigten Staaten ist – wie wir wissen –, so klar ist doch, dass die Region den Wohlstand von morgen hat, die gut zu Lesben und Schwulen ist, sie anerkennt und ihnen das Gefühl gibt, dass sie genau die gleichen Menschen mit gleichen Rechten sind wie Heteros. Hier ist das Dilemma von Ihnen. Sie wollen nur das eine und bei dem anderen wollen Sie den Stammtisch bedienen. Das ist Ihr Konzept von morgen. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der GAL)

- A Mit den Ausführungen von Herrn Egloff war ich nicht ganz zufrieden, weil ich ein bisschen das Gefühl hatte, dass er die Branchen vom alten Jahrhundert verteidigt. Er will beides. Er will hunderte von Millionen Euro in den Hafen stecken, aber er will auch mehr in Bildung investieren. Herr Egloff, Sie haben aber nicht erklärt, wie Sie beides finanzieren wollen. Das hat bisher kein Senat geschafft.

Daher sagen wir Grünen zu beiden Volksparteien, dass wir uns hier in Zukunft entscheiden müssen.

(Bernd Reinert CDU: Ne!)

Wir müssen uns überlegen, ob noch 750 Millionen Euro in den Hafen investiert werden müssen und weitere Millionen Euro noch folgen oder ob wir sagen: Bildung ist der Schlüssel der Zukunft. Und hier gibt es von Ihnen bisher keine klaren Aussagen.

(Olaf Ohlsen CDU: Sie haben keine Ahnung! Das ist ja grausam!)

Ich möchte noch ganz kurz etwas zur Lobhudelei von Wirtschaftsminister Uldall sagen.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, Sie mögen das alles nicht hören. Sie können ja gehen, wenn es Ihnen nicht passt, denn es gibt hier keine wichtige Abstimmung.

Aber nicht überall ist der "Stern" und in Hamburg gibt es in einigen Bereichen Probleme. Im Medienbereich – ich sage hier nur ein Stichwort "Filmförderung" – ging es gar nicht um viel Geld. Hier ging es um 1,5 Millionen Euro, die gekürzt wurden. Das war aber ein verheerendes Signal für die Filmemacher. Wie Sie vielleicht lesen konnten, hat Berlin Anfang des Jahres die Summe noch einmal dazu gelegt, die Hamburg gekürzt hat.

B

(Bernd Reinert CDU: Von unserem Geld!)

Das interessiert aber nicht die Kreativen.

(Bernd Reinert CDU: Aber die Soliden!)

Wenn Berlin das Signal ausgibt...

(Unruhe im ganzen Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Nicht alle miteinander. Der Abgeordnete Müller hat das Wort.

Farid Müller (fortfahrend): Kommen Sie doch nicht mit dem Problem des Länderfinanzausgleiches, wenn wir hier ein Problem haben, wie wir bestimmte Branchen in dieser Stadt halten können und wieder mehr aufbauen können.

(Claudius Lieven GAL: Das nennt man Cluster-Förderung!)

Hier geht es darum: Wie verteile ich meine vorhandenen Gelder selbst? Wir haben als Grüne einen Finanzierungsvorschlag gemacht, denn das Geld wäre vorhanden gewesen. Aber Sie waren dagegen.

(Beifall bei der GAL)

Und wenn wir schon bei der Musik sind und Sie den Interessenverband Musik als einen großen Erfolg des Senats anzuführen. Natürlich ist das eine gute Sache und ein erster Schritt, wunderbar. Aber schauen wir uns doch einmal an, was die Bürgerschaft für diesen Verband im Haushalt bewilligt hat? Hamburg ist das knappe 500 000

Euro wert. Aber 750 Millionen Euro stehen für den Hafen zur Verfügung. Hier sieht man, was passiert und wo die Schwerpunkte liegen.

C

(Bernd Reinert CDU: Wie viele Leute arbeiten im Hafen! – Unruhe im Hause)

– Bei Ihrer Fraktion ist kein Durchkommen mehr.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Müller, wir wollen heute Abend nicht richten, wer hier wann und wie durchgekommen ist. Sie haben das Recht darauf, dass Ihnen die Abgeordneten zuhören oder für Gespräche den Raum verlassen. Aber bitte nicht aufrechnen, wer hier wann in diesem Hause heute Abend besonders laut ist. Das bringt uns nicht weiter. – Herr Müller, fahren Sie bitte fort.

Farid Müller (fortfahrend): Im Ergebnis ist es jetzt ja ruhig.

(Bernd Reinert CDU: Nur Sie sind laut!)

Ich finde, diese Debatte ist doch eine gute Sache.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, eben war es noch ruhig.

Farid Müller (fortfahrend): Das heißt ja nicht im Umkehrschluss, dass ich jetzt schweige.

D

(Beifall bei der CDU)

Aber es zeigt, meine Damen und Herren von der Union, dass Sie gar nicht bereit sind, über die Entwicklung dieser Stadt in den nächsten Jahren zu debattieren. Sie sind dazu nicht in der Lage und Ihr Senator offenbar auch nicht. Das ist traurig.

Wir als Grüne werden die Debatte führen und wir werden sie mit den Menschen in dieser Stadt führen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich stelle fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/4027, besprochen worden ist.

Ich kann die Feststellung des Abgeordneten Müller von eben nicht treffen, dass es hier sehr leise ist. Wäre es so, würde alles viel schneller gehen.

Wer stimmt nun einer nachträglichen Überweisung dieser Drucksache federführend an den Kulturausschuss und mitberatend an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 46, Drucksache 18/4184, Antrag der CDU-Fraktion: Investitionsfonds des Sonder-Investitionsprogramms Hamburg 2010, hier: Neugestaltung der Freifläche an der Außenalster.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Investitionsfonds des Sonder-Investitionsprogramms**

A **Hamburg 2010, hier: Neugestaltung der Freifläche an der Außenalster – Drucksache 18/4184 –]**

C

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/4277 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der GAL:

Baden in der Alster: Leben und Entspannen mitten in der Großstadt! – Drucksache 18/4277 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Die Fraktionen nehmen einverständlich eine Debatte nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/4184 und 18/4277 an den Umweltausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Zunächst zum GAL-Antrag aus der Drucksache 18/4277. Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

(Dr. Till Steffen GAL: Spaßbremse!)

Nun kommen wir zum CDU-Antrag aus der Drucksache 18/4184.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren! Ich habe Zeit.

(Zurufe von der SPD: Wir auch!)

– Das ist schön.

B Über Ziffer 5 des CDU-Antrages möchte die GAL gesondert abstimmen lassen. Wer möchte den CDU-Antrag mit Ausnahme von Ziffer 5 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

D

Wer möchte auch Ziffer 5 des CDU-Antrages zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.02 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren die Abgeordneten Marino Freistedt, Hans-Christoff Dees und Dr. Heike Opitz nicht anwesend.